



„Familienpolitik ist das wichtigste Zukunftsthema
für unser Land“

Bundesfamilienministerin Renate Schmidt

Familien – unsere Investition in die Zukunft

Dokumentation eines Fachkongresses

Familien – unsere Investition in die Zukunft



„Familien – unsere Investition in die Zukunft“
 Dokumentation Fachkongress des Zukunftsforum Familie e.V.
 Familienpolitik
 Zukunftsforum Familie e.V. (Hrsg.)

Dokumentation des Fachkongresses mit Beiträgen von

- Christiane Reckmann
Vorstandsvorsitzende des Zukunftsforum Familie
- Magda Göller
Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie
- Klaus Böger
Senator für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Berlin
- Prof. Dr. Hans Bertram
Vorsitzender der Kommission für den 7. Familienbericht,
Humboldt Universität zu Berlin
- Kerstin Griese
Vorsitzende des Ausschusses für Familien, Senioren,
Frauen und Jugend des Bundestages
- Renate Schmidt
Bundesfamilienministerin

Darüber hinaus sind die Ergebnisse der Diskussionen in den
 Zukunftsforen dokumentiert

Vertrieb:
 Zukunftsforum Familie e.V.
 Oppelner Straße 130, 53119 Bonn

Tel: 0228/6685-260
 Email: low@awobu.awo.org

Redaktion: Magda Göller (verantwortlich), Evelin Klein

Gestaltung: büro29
 Druck und Satz: Druckerei Frank GmbH, 52070 Aachen

Fotos: Evelin Klein, Christine May-Bous
 © Zukunftsforum Familie e.V.
 Bonn 2004

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Ge-
 nehmigung des Herausgebers und der Autorinnen und Au-
 toren.

Diese Publikation wird durch das Bundesministerium für Fa-
 milien, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Inhalt

Familien – unsere Investition in die Zukunft

8 Vorwort zur Fachtagung

Grußwort
 Christiane Reckmann, Vorstandsvorsitzende
 des Zukunftsforum Familie

8 Grußwort Klaus Böger, Senator für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Berlin

8 Einführung in die Tagung Magda Göller, Geschäftsführerin des Zukunfts- forum Familie

8 Lebenslagen von Familien heute – Anforderungen an die Politik von morgen Prof. Dr. Hans Bertram, Vorsitzender der Kommission für den 7. Familienbericht, Humboldt Universität zu Berlin

8 Familien im Zentrum der Politik Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familien, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages

8 Familien im Spiegel der Kunst Theatergruppe „Die Gorillas“

8 Ideenwerkstatt: „Wir entwickeln die Zukunft von Familien gemeinsam“

8 FORUM 1: Familien und kommunale Sozialpolitik

8 FORUM 2: Familien und Arbeitswelt

8 FORUM 3: Familien und Generationengemein- schaften

8 FORUM 4: Familien und soziale Dienstleistungen

8 In der Familie liegt die gesellschaftliche Zukunft Renate Schmidt Bundesfamilienministerin

8 Podiumsdiskussion „Innovative Familienpolitik trotz leerer Kassen“ Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin Hans-Jörg Seeh, Stellv. Ehem. Bürgermeister der Stadt Freiburg und Stellv. Vorsitzender des Deut- schen Vereins Steffen Reiche, Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg Wilhelm Schmidt, Stellv. Vorsitzender des AWO- Bundesverbandes Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunfts- forum Familie Moderation: Bärbel Romanowski, Freie Journalistin, Berlin

8 Anhang Wir über uns – Das Zukunftsforum Familie stellt sich vor

8 Tagungsablauf

8 Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

8 Verzeichnis der Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer

Das **Zukunftsforum Familie** möchte mit dieser Veröffentlichung die Fachtagung „Familien – unsere Investition in die Zukunft“ dokumentieren, die am 26./27. Oktober 2003 im Roten Rathaus in Berlin stattgefunden hat. Die Fachtagung „Familien – unsere Investition in die Zukunft“ hat die aktuellen familienpolitischen Diskussionen aufgegriffen und sie in Bezug gesetzt zu neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und zur Praxis vor Ort.

In Anbetracht einer notwendigen Reformierung unserer sozialen Sicherungssysteme verknüpft mit der Bedeutung des demographischen Faktors, hat sich das Verständnis und der Einfluss von Familienpolitik in den letzten Jahren verändert.

Im aktuellen sozialpolitischen Kontext entwickelt sich Familienpolitik zunehmend zu einem wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Thema und wird mehr und mehr als Investitions- und Querschnittspolitik verstanden.

So wurde in dieser Legislaturperiode der Familienpolitik ein zentraler Stellenwert in den Wahlprogrammen aller Parteien zugewiesen und im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankert. Im weiteren Verlauf wurden im Rahmen der Agenda 2010, die für eine weitreichende Reform unseres Sozialstaates in Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit, Finanzen und Bildung steht, auch familienpolitische Maßnahmen beschlossen.

Vor dem Hintergrund dieser sozialstaatlichen Entwicklung kommt dem Zukunftsforum Familie eine besondere Bedeutung zu: **„Wir wollen Familien stärken und Lobby sein für Kinder in Armut, Familien in schwierigen Lebenslagen und Einwanderfamilien. Unsere Familienpolitik hat zum Ziel ein aktives, demokratisches und verantwortungsbewusstes Zusammenleben in vielfältigen Lebensformen, an dem sich alle Altersgruppen und Nationalitäten gleichberechtigt beteiligen“.**

Eine gelungene Familienpolitik sorgt für soziale Gerechtigkeit und sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund ist eine Neuorientierung in der Familienpolitik für das Zukunftsforum Familie eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes, die wir aktiv mitgestalten möchten.

Im Zentrum der Umsetzung einer prospektiven Familienpolitik steht für uns insbesondere die strukturelle Verbesserung der Situation von Kindern und Familien durch bspw.:

- die Förderung der Integration von unterschiedlichen familialen Lebenslagen,
- den Aufbau einer familienfreundlichen Infrastruktur vor Ort,
- die Sicherung von Chancengerechtigkeit durch den Aufbau einer bedarfsgerechten und verlässlichen Betreuungsinfrastruktur,
- der Entwicklung familienfreundlicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf,

- die Sicherung von politischer, gesellschaftlicher und sozialer Teilhabe durch bildungspolitische Maßnahmen,
 - die interkulturelle Öffnung von sozialen Dienstleistungsangeboten,
- um nur einige wichtige familienpolitischen Themenbereiche zu nennen.

Mit unserem Fachkongress „Familien – unsere Investition in die Zukunft“ haben wir einige dieser Themenfelder aufgegriffen und damit einen Beitrag dazu geleistet, aktuelle Schwerpunkte einer modernen Familienpolitik zur Diskussion zu stellen. Es ist uns gelungen, dafür ausgewiesene Expertinnen und Experten aus der Politik, der Wissenschaft und aus Verbänden zu gewinnen

Trotz der, gemessen an der Bedeutung der Themen, der Aktualität und der hochrangigen Besetzung, unbefriedigenden Teilnehmerzahl ist es ein Verdienst dieser Konferenz, die verschiedensten Interessengruppen an einen Tisch zu bekommen mit dem Ziel, einen modernen Zukunftsentwurf für Familien zu entwickeln. So waren Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bundesländern, von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und verschiedener Familienverbände der Bundes-, der Landes-, und der kommunalen Ebene, genauso wie Vertreter und Vertreterinnen aus der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft an der Diskussion beteiligt. Im Plenum und in den Foren haben Teilnehmerinnen/Teilnehmer

aus verschiedenen Handlungsfeldern und politischen Richtungen mit den Referenten/Referentinnen über eine zeitgemäße Familienpolitik diskutiert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sind insbesondere in den Beiträgen aus den vier Foren zusammengefasst.

Wir hoffen, dass wir den Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Praxis, Politik und Wissenschaft vielfältige Anregungen und neue Impulse für ihre Arbeit mitgeben konnten.

Das Zukunftsforum Familie bedankt sich an dieser Stelle bei allen, die durch ihre Mitwirkung an der Fachtagung zur Diskussion und Zukunftsentwicklung einer bedarfsgerechten Familienpolitik beigetragen haben. Ein besonderer Dank gilt den Autorinnen und Autoren der in dieser Dokumentation zusammengestellten Beiträge und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für seine fachliche und finanzielle Unterstützung.

Den Leserinnen und Lesern wünschen wir eine spannende Lektüre.

Christiane Reckmann
Vorstandsvorsitzende
Zukunftsforum Familie

Magda Göller
Geschäftsführerin
Zukunftsforum Familie



**Meine Sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**

ich begrüße Sie alle, verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Berlin und dem gesamten Bundesgebiet, die Mitglieder des Zukunftsforum Familie und meine Vorstandskollegen sowie die Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle des Zukunftsforum Familie, die Ihnen als Ansprechpartnerinnen in allen wichtigen Fragen zur Verfügung stehen.

Besonders begrüßen möchte ich Herrn Senator Klaus Böger (Senator für Bildung, Jugend und Sport im Berliner Senat), Herrn Prof. Dr. Hans Bertram von der Humboldt-Universität in Berlin (Vorsitzender der Kommission für den 7. Familienbericht), die Referentinnen und Referenten unserer Fachtagung sowie Frau Bärbel Romanowski (freie Journalistin in Berlin), die die Podiumsdiskussion moderieren wird.

Als besondere Gäste darf ich die Vertreterinnen und Vertreter des zuständigen Bundesministeriums begrüßen, stellvertretend für alle Frau Dr. Irene Falconere, des Weiteren die Vorsitzende des Müttergenesungswerks, Frau Prof. Dr. Bonnemann-Böhner, die stellv. Präsidentin des Deutschen Familienverbandes und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft deutscher Familienorganisationen, LV Niedersachsen, Frau König, die Vorsitzende des Bundesverbandes Pro Familia, Frau Prof. Dr. Lange, die Geschäftsführerin des Verbandes alleiner-



ziehender Mütter und Väter, Frau Peggy Liebisch, den stellv. Vorsitzenden des Deutschen Vereins und Mitglied des AWO-Bundesvorstandes, Herrn Hansjörg Seeh sowie den Geschäftsführer der AWO, Herrn Rainer Brückers.

Ich freue mich, dass Sie hier sind und gemeinsam mit uns zum Thema „Familien – unsere Investition in die Zukunft“ diskutieren möchten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ihnen zu Beginn des Fachkongresses unseren neuen, bundesweiten familienpolitischen Fachverband „Zukunftsforum Familie“ kurz vorstellen: Das Zukunftsforum Familie wurde am 26.10.03 im Reichstagsgebäude, also ganz in der Nähe zum heutigen Tagungsort, auf die Initiative der Arbeiterwohlfahrt hin gegründet.

Das Zukunftsforum Familie ist ein gemeinnütziger Verein, mit Mitgliederversammlung und Vorstand organisiert, und steht Ver-

bänden und Organisationen, deren Einrichtungen und Diensten sowie Selbsthilfegruppen und Einzelpersonen offen. Wie Sie sich vorstellen können, nehmen wir, insbesondere in Zeiten von knappen Ressourcen, auch gerne Fördermitglieder auf.

Wir setzen uns als familienpolitischer Fachverband für eine Familienpolitik ein, die sich an solidarischen und demokratischen Zielen orientiert. Damit tragen wir der heutigen gesellschaftlichen Notwendigkeit Rechnung, den Wandel „der Familie“ anzuerkennen und sozialstaatlich zu unterstützen, denn nach wie vor sind Familien das Zentrum unserer Gesellschaft.

Das Zukunftsforum Familie versteht Familie als eine Vielfalt von familialen Lebensformen, die unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen in den Blick nimmt.

Aus diesem Grunde setzen wir uns für die Gestaltung eines sozialen, gesellschaftlichen und politischen Weges ein:

- der starke Kinder und Jugendliche hervorbringt,
- der die Chancengerechtigkeit für Frau und Mann garantiert,
- der Eltern- und Erziehungskompetenzen stärkt
- und die Vielfalt der Kulturen integriert.

Das Zukunftsforum Familie wurde gegründet mit dem Ziel, auf Bundesebene die Rahmenbedingungen für Familien mitzugestalten. Der Familienpolitik kommt meines Erachtens eine zentrale Rolle zu, denn im

Rahmen der Familienpolitik werden die Weichen gestellt für das künftige Zusammenleben. Sie bildet die Grundlage für die ökonomische Absicherung, für die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit sowie für die Bewertung von Versorgungsleistungen gegenüber Kindern, behinderten und alten Menschen. Familien und familiäre Netzwerke, die solche Aufgaben übernehmen, benötigen Unterstützung und eine entsprechende Infrastruktur.

Das Zukunftsforum Familie mischt sich entsprechend in die familienpolitischen Debatten ein und gestaltet somit aktiv Politik mit. Wir halten dieses aktive Mitgestalten für sehr bedeutsam, gerade in einer Zeit, in der wir alle vor großen Umbrüchen stehen.

Meine Damen und Herren, jeden Tag werden wir mit gesellschaftlichen Herausforderungen, Reformvorhaben und einer schwierigen Wirtschaftslage konfrontiert. Jeden Tag wird uns bewusst, die nächste Generation steht vor einer teilweise ungeklärten Zukunft. Die jetzige Generation soll durch Einschnitte diese Unsicherheit abmildern.

– Aber wie?

Darüber lässt sich trefflich streiten.

- Wir wollen gerechte Reformen mit vertäglichen Auswirkungen auf Familien.
- Wir wollen nicht meckern, wir wollen mitgestalten.

Die jetzige Generation soll durch Einschnitte diese Unsicherheit abmildern.
– Aber wie?

Dieser erste familienpolitische Fachkongress ist in diesem Kontext zu sehen. Wir freuen uns sehr, dass es uns gelungen ist, ein aktuelles Programm mit hochkarätigen Referentinnen zu gestalten. Wir danken dem Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend, dass es und durch die finanzielle Unterstützung ermöglicht hat, diesen Kongress zu organisieren und durchzuführen. Wir freuen uns ganz besonders, dass es uns gelungen ist, die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Renate Schmidt, zu gewinnen und wissen ihre Teilnahme, mit der wir morgen rechnen können, sehr wohl zu schätzen.

Wir freuen uns auf interessante Vorträge und anregende Diskussionen und planen, die Vorträge und die heute und vor allem morgen gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse zu dokumentieren.

Ich wünsche uns allen zwei anregende und kreative Tage und übergebe das Wort an Senator Böger.

Jeden Tag wird uns bewusst, die nächste Generation steht vor einer teilweise ungeklärten Zukunft.



Meine sehr verehrten Damen und Herren,

von Hermann Hesse ist ein melancholisches Gedicht „Seltsam im Nebel zu wandern“, überliefert, das in der bedrückenden Aussage gipfelt: „Kein Mensch sieht den andern, jeder ist allein“.

Sie werden vielleicht fragen, was Hermann Hesse mit Familienpolitik zu tun hat.

Mir fiel dieses Gedicht angesichts unserer brisanten gesellschaftspolitischen Fragen ein; Fragen, die nicht erst seit heute ein Umdenken erfordern und gerade unsere Politik für Familien betreffen.

Wir müssen uns dem Befund stellen und bekennen: *Ja, unsere Gesellschaft hat Familien – um in Hesses Bild zu bleiben – lange mit ihrer Last im Nebel wandern lassen. Zu lange und allein.*

Es gibt unbestreitbare familienpolitische Erfolge, die in den letzten Jahrzehnte erzielt wurden.

Dennoch muss diese Gesellschaft ihr Augenmerk noch viel stärker auf die Situation und die Bedürfnisse der Familien richten, damit wir alle miteinander sagen können: Diese Gesellschaft ist eine familienfreundliche Gesellschaft. Das ist und muss unser Ziel sein. Und hier bleibt viel zu tun.

Die lange Elternzeit in Deutschland z.B. führt dazu, dass Mütter größere Schwierigkeiten haben, wieder in den Beruf einzusteigen, als in anderen Ländern Europas, um nur einen Punkt zu nennen. Inzwischen lichtet sich der familienpolitische Nebel.



Familie ist kein „weiches“ Politikfeld mehr, sondern ein zentrales Zukunftsthema, das Auswirkungen auf alle anderen Politikfelder hat.

Auch für die Politik ist die Sicht klarer geworden. Familie ist kein „weiches“ Politikfeld mehr, sondern ein zentrales Zukunftsthema, das Auswirkungen auf alle anderen Politikfelder hat.

Diese veränderte Wahrnehmung ist auch engagierten Vereinen und Verbänden wie Ihrem Zukunftsforum Familie zu danken, die im Interesse von Familien arbeiten, sich organisieren und ihre Stimme erheben. Daher freue ich mich auch sehr, Sie heute im Berliner Rathaus begrüßen zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Hat Familie Zukunft?
Diese Frage gilt es zu beantworten.

Unsere Bevölkerungspyramide steht Kopf – unsere Geburtenrate bildet weltweit mit das Schlusslicht.

Wir haben es jahrzehntelang nicht so recht bemerkt oder verdrängt und müssen nun schnell und nachhaltig die nötigen Veränderungen einleiten.

Politisch, durch den Umbau und die Regeneration der sozialen Sicherungssysteme. Gesellschaftlich, durch ein neues Verständnis von Familie und ihrer Bedeutung. Denn sonst haben wir alle keine Zukunft, natürlich auch die Singles nicht. Wenn alles so bleibt wie es ist, wird nichts so bleiben wie es ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Die Veränderung beginnt schon in einem neu aufgenommenen Begriffsbildungsprozess.

Familie ist eben nicht nur da, wo Eltern mit Kindern leben. Die Lebensformen sind im Zuge der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse vielfältiger geworden.

- Die Zahl Alleinerziehender hat stark zugenommen,
- es gibt eine wachsende Zahl von sogenannten Puzzlefamilien, bei gleichgeschlechtlichen Eltern sprechen wir von Regenbogenfamilien.
- Und sicher kennen Sie Beispiele, wo Eltern sich freuen, dass die Kinder nun endlich auf eigenen Füßen stehen können und ausziehen – und dann eben für die Eltern nicht die große Freiheit beginnt, sondern neue Verantwortung, weil die nun pflegebedürftigen alten Groß-Eltern vor der Tür stehen. Diese fordern manchmal sogar mehr Zeit, Kraft und Nerven ab als ein Kleinkind. Auch das ist Familie – ganz ohne Kinder, und die Bedeutung dieser Verantwortung wird mit zunehmender Alterung unserer Bevölkerung enorm steigen.
- In vielen Migrantenfamilien beobachten wir in Berlin erstaunlich tragfähige Familienbezüge, in denen weit über den engeren Familienkreis Verantwortung füreinander übernommen wird.
- Ein anderer Aspekt: Wenn der kinderlose Patenonkel für sein Patenkind Jahr um

Familie ist eben nicht nur da, wo Eltern mit Kindern leben. Die Lebensformen sind im Zuge der Individualisierung und Pluralisierung der Lebensverhältnisse vielfältiger geworden. Das sehen wir in Berlin ganz besonders deutlich:

Jahr ein Ausbildungskonto anspart oder ihm ein Schüleraustauschjahr in den USA finanziert (was die Eltern finanziell nicht leisten könnten), so ist auch das eine maßgebliche familienunterstützende Leistung, die Zukunft eröffnet.

Viele Formen solcher solidarischen Netzwerke innerhalb der Familien bilden sich heraus und verdienen unsere Wertschätzung und Unterstützung. Insofern plädiere ich für eine Erweiterung des Familienbegriffs:

Familie ist dort, wo innerhalb eines individuell ausgeformten familiären Systems Generationen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Was haben wir familienpolitisch in Berlin geleistet?
Familienpolitik ist für mich ein zentrales Anliegen.

Wir müssen den veränderten Bedarfen von Familien gerecht werden, wenn wir wollen, dass der Familien- und Kinderwunsch der Mehrzahl der Jugendlichen nicht nur Perspektive bleibt, sondern auch in die Tat umgesetzt wird.

Ein entscheidender Aspekt dabei ist – das zeigt allein schon der Blick nach Frankreich – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit in erster Linie das Tagesbetreuungsangebot. Hier haben wir in Berlin eine bundesweit

führende Position erreicht:

- Bei Krippenplätzen für Kinder bis unter drei Jahren liegt der Versorgungsgrad in Berlin bei 45 %. Damit liegt Berlin gleichauf mit Brandenburg an zweiter Stelle. Zudem haben wir ein Tagesmütter-System als Alternative zur Krippe aufgebaut. Das werden wir erweitern und qualitativ verbessern.
- der Hortbetreuung von Schulkindern liegt der Berliner Versorgungsgrad bei 60 %. Nur Thüringen erreicht mehr mit einem Versorgungsgrad von 68 %.
- Den Rechtsanspruch der Betreuung für Kinder ab 3 Jahre haben wir verwirklicht. Wir bauen eine vielgestaltige Trägerlandschaft auf und eröffnen damit Eltern vielfältige Wahlmöglichkeiten.

Aber das ist – PISA hat es gezeigt – nur die eine Seite der Medaille.

Wir wissen nun, dass wir als Gesellschaft insgesamt größeren Wert auf die Zukunfts-

Wir wissen nun, dass wir als Gesellschaft insgesamt größeren Wert auf die Zukunftsressource Bildung legen müssen.

ressource Bildung legen müssen. Wir haben uns in der Vergangenheit auf unserem hohen Niveau ausgeruht und die Notwendigkeit teilweise ignoriert, mehr tun zu müssen.

Unmerklich ist uns Leistungskultur abhanden gekommen. Wir haben Leistung und Lernen mit einem Schatten verwechselt, der eine glückliche Kindheit böse eintrübt. Dieser falschen Schonhaltung aber stehen Lernbegierde, Aufnahmefähigkeit und Freude an Leistung von Kindergarten- und Grundschulkindern völlig entgegen. Jeder, der Kinder hat oder mit Kindern arbeitet, weiß das.

In Zukunft soll wertvolle Bildungszeit nicht mehr ungenutzt verstreichen.

Wir haben in Berlin eine breite Qualitätsinitiative „Kita als Bildungseinrichtung“ mit nützlichen Handreichungen für Erzieherinnen und die Reform der Erzieherausbildung auf den Weg gebracht. Schon im ersten Schritt schaffen wir damit spürbar Abhilfe und verzahnen Kita und Schule besser miteinander. Wir werden in Berlin zudem die verlässliche Halbtagsgrundschule bis 2006 flächendeckend einführen.

Zugleich werden die Ganztagsgrundschulen weiter ausgebaut. insbesondere an sozialen Brennpunkten. Hier geht es natürlich nicht nur um Entlastung der Eltern. In erster Linie geht es um ein verbessertes pädagogisches Angebot für die Kinder und damit einen Beitrag zur Chancengleichheit. Denn es hat uns natürlich erschreckt und ist nicht hinnehmbar, dass in Deutschland die soziale Herkunft so stark über einen Schulerfolg entscheidet.

Auf diese Weise möchte ich die Kinder mehr fordern und dabei besser fördern. Und gleichzeitig möchte ich Eltern damit stärker den Rücken frei halten für ihre Berufstätigkeit und berufliche Qualifikation. Kinder zu haben soll beruflich keine Nachteile mehr bringen. Das ist unser Ziel.

Es betrifft insbesondere Mütter, die mit teilweise hoher Qualifikation wegen der Kinder zunächst auf Zeit aus dem Beruf aussteigen und dann dauerhaft nicht mehr Tritt fassen.

Die Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen hat bereits jetzt einen erschreckend hohen Prozentsatz erreicht.

Die Kinderlosigkeit unter Akademikerinnen hat bereits jetzt einen erschreckend hohen Prozentsatz erreicht.

Es wäre jedoch ein falscher Eindruck, sähen wir im Ausbau der Tagesbetreuung und Ganztagsgrundschulen eine Tendenz zur DDR, in der der Staat Erziehung den Eltern weitgehend aus der Hand nahm, um seine Ideologie wirkungsvoll durchsetzen zu können. Im Gegenteil: Eltern haben einen Erziehungsauftrag, der von einer Gesellschaft auch eingefordert werden kann, sofern sie entsprechende Förderung anbietet.

Deshalb wollen wir Eltern mit niedrigschwelligen Angeboten von Familienbildung zunehmend dort erreichen, wo es an ganz grundlegendem Handwerkszeug von Erziehungskompetenz fehlt:



- Wie koche ich ein Familien-Mittagessen für 5 EURO ?
 - Wie gebe ich dem Tag eine Struktur?
- Auch das ist Bildung, die heute in vielen Familien fehlt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Eine andere drängende Bildungsfrage, das Sprachproblem, konnten wir in Berlin erfolgreich anpacken: In Zusammenarbeit mit Volkshochschulen haben wir Müttersprachkurse in Schulen

und neu auch in Kitas eingerichtet und konnten dabei auch als schwer erreichbar geltende Familien einbinden. Das freut mich für die Betroffenen und für das Klima in Berlin sehr. Der Erwerb der deutschen Sprache ist ein grundlegender Beitrag zur sozialen und beruflichen Integration von Eltern mit Migrationshintergrund – und damit zur Integration ihrer Kinder. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bei aller Globalisierung, die die Welt klein

werden lässt, freue ich mich sehr, dass der Verband Zukunftsforum Familie e.V. Berlin als Standort gewählt hat.

Denn Berlin ist ja – jenseits von Lokalpatriotismus kann ich das wohl sagen – die deutsche Stadt mit einer besonders ausgeprägten Vielfalt auch an Lebensformen.

Berlin ist eine vergleichsweise junge Stadt, und von der Familienpolitik wird es auch mit abhängen, ob die vielen jungen Berliner Singles Familien gründen und Kinder bekommen – und ob sie dann auch bewusst hier bleiben, weil sie Berlin als eine lebenswerte Stadt für Familien mit Kindern empfinden. Zwei Ressourcen Berlins werden wir für eine nachhaltig wirkungsvolle Familienpolitik dringend brauchen:

Erstens:

Die Berlinerinnen und Berliner stehen in dem Ruf, auch unangenehme Dinge sehr direkt auszusprechen.

Diese Fähigkeit tut Not. Auch in Sachen Familienpolitik müssen Tabus und irrationale Affekte gebrochen, Denk- und Sprechverbote ausgeräumt werden. Sonst kommt nichts voran.

- Gezielte Anreize für Menschen, Kinder zu bekommen und zu erziehen, haben eben nichts mit dem Mutterkreuz im 3. Reich zu tun.
- Mütter, die nach der Geburt schnell wieder in ihren Job einsteigen und ihr Kind während dieser Zeit gut betreuen lassen, sind eben keine Rabenmütter.
- Kinder, die schon im Kita-Alter strukturiert Bildung erwerben, werden dadurch nicht verhaltensgestört,
- Migrantenkinder, die Zusatzstunden zum Erwerb der deutschen Sprache besuchen, werden eben nicht zwangsgermanisiert, und
- Kinder, die Ganztagschulen besuchen, werden nicht der Familien entrissen.

So etwas muss heute selbstverständlich gesagt werden können, wenn wir von Zukunft unserer Gesellschaft und Chancengleichheit für Eltern und Kindern sprechen.

Zweitens:

Berlin ist eine Stadt der Kreativen. Kreative Ideen, aus denen sich Umsetzbares destillieren lässt, können wir gar nicht genug haben. Manches wird nur als Modell, anderes auf Zeit umsetzbar sein, denn unsere Gesellschaft ändert sich rasantem Tempo und erfordert flexible Anpassungsprozesse. Ich plädiere für ein querdenkendes kreatives Fragen, nicht um alles buchstabengetreu umzusetzen, aber um Bewegung in richtige Richtungen anzustoßen, die wir gemeinsam gestalten müssen.

- Warum nicht der durch die demografische Entwicklung fortschreitenden Marginalisierung von Familien wehren, in dem man über ein Familienwahlrecht nachdenkt?
- Warum nicht pro Kind den Erziehenden 5 Jahre Erwerbszeit für die Rente zu Lasten der Kinderlosen gutschreiben?
- Warum nicht steuerliche Anreize schaffen für Spenden an Familien – im Sinne einer Wahlfamilie, wenn doch die Spende für ein Kind in einem Entwicklungsland bereits absetzbar ist?
- Warum haben wir noch keine Studiengänge, die Studium und Kind ermöglichen?
- Warum gibt es auch dort noch familienunfreundliche Arbeitszeitverordnungen, wo sie beispielsweise in Anbetracht der modernen Technik gar nicht notwendig sind?
- Warum schaffen wir noch immer keine verlässliche Regelung für Pflegekräfte aus Osteuropa, wenn wir keine inländischen Arbeitskräfte dafür haben, und lassen

überforderte Familien allein? Für Profisportler war die Regelung schließlich schnell gefunden!

Verstehen Sie mich richtig: In Zukunft werden wir die Dinge jenseits gewohnter Geleise grundsätzlich neu denken müssen.

Das möchte ich als verantwortlicher Politiker ein Stück weit selbst in meiner Verwaltung umsetzen, und dazu möchte ich Sie in Ihren familienpolitischen Bezügen anregen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Dennoch will ich auch das nicht verschweigen: Wir müssen uns der fiskalischen Realität stellen, die Schmerzliches von uns verlangt.

Das bedeutet auch schmerzliche Einschnitte an Stellen, die Familien treffen.

Die Erhöhung der Kita-Kostenbeteiligung für Eltern mit höheren Einkommen gehört dazu, obgleich fast 50 % der Familien von dieser Veränderung nicht betroffen sind, da wir die niedrigeren Einkommen nicht belasten.

Ich selbst bleibe dabei, dass die gesamte Finanzierung unseres Bildungssystems eigentlich anders sein müsste, indem vorschulische Bildungseinrichtungen kostenfrei bleiben und lieber am Ende, für das Studium an Hochschulen, ein Kostenbeitrag geleistet wird.



Kurzfristig hat aber kein Land und keine Kommune alleine die Chance, diese Veränderung unter finanzpolitischen Restriktionen durchzusetzen.

Kurzfristig hat aber kein Land und keine Kommune alleine die Chance, diese Veränderung unter finanzpolitischen Restriktionen durchzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wir brauchen Kräfte wie Sie, die mit Sachverstand und Engagement immer wieder Tempo machen und dabei helfen, Familienfragen Gewicht zu verleihen und Familienförderung durchzusetzen.

Politische Arbeit ist ein zähes Ringen und lebt vom Kompromiss.

Politische Arbeit ist ein zähes Ringen und lebt vom Kompromiss.

Glauben Sie mir: Auch mir ist es oft zuwenig, auch mir dauert es oft zu lange; und dennoch müssen wir gemeinsam einen Marathon durchstehen und uns gegenseitig stärken.

Umso erfreulicher ist es, wie ein Familienverband, der erst eineinhalb Jahre alt ist, bereits eine auf solche Vielzahl und Vielfalt von Mitgliedern vorweisen kann.

Das Zukunftsforum Familie e.V. besitzt diesen Bonus mehr als manch anderer größerer Familienverband und erweitert damit das Spektrum der Familienverbände um ein wichtiges, zukunftssträchtiges Element.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Eine Gesellschaft wird ärmer, wenn immer weniger Kinder geboren werden. Nicht allein aufgrund der sozialen Sicherungssysteme, die dann kollabieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Eine Gesellschaft wird ärmer, wenn immer weniger Kinder geboren werden. Nicht allein aufgrund der sozialen Sicherungssysteme, die dann kollabieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Eine Gesellschaft wird ärmer, wenn immer weniger Kinder geboren werden. Nicht allein aufgrund der sozialen Sicherungssysteme, die dann kollabieren.

Und die besonderen Kompetenzen von Eltern werden fehlen:

Eltern werden durch ihr Leben mit Kindern zu Menschen, die über 20 oder 25 Jahre intensiv und im Grunde ja lebenslang Verantwortung tragen, ohne sie so einfach abgeben zu können.

Sie lernen es, eigene Bedürfnisse im Interesse der Familie zurückzustellen, ihr Leben läuft nicht nach dem Lustprinzip.

Eltern tun Dinge auch dann noch, wenn sie keinen Spaß mehr machen, weil die Dinge eben getan werden müssen.

Eltern müssen immer wieder neu kreativ und flexibel sein, sie müssen auch harte Zeiten meistern.

Diese Kompetenzen bringen Eltern auch über die Familie hinaus in die Gesellschaft ein, und insofern sind nicht nur Kinder, sondern auch Eltern unverzichtbarer Reichtum einer Gesellschaft.

Mit dem Titel Ihres 1. Fachkongresses „Familie – eine Investition in die Zukunft“ setzen Sie eine entscheidende Erkenntnis voraus: Nur wenn Familie Zukunft hat, hat auch die Gesellschaft eine Zukunft. Ich wünsche Ihnen einen anregenden Fachkongress und eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Ziele zur Förderung der Familien in Deutschland.



Sehr geehrte Damen und Herren,
„Familien – unsere Investition in die Zukunft“ so heißt der Titel der heute beginnenden Konferenz. Wir haben diesen Titel ganz bewusst gewählt, obwohl es in dieser Zeit, die unter der Leitlinie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte steht, scheinbar wenig Zukunftsperspektive gibt. Viele Angebote für Familien fallen der Kürzung und teilweise der gänzlichen Streichung der öffentlichen Förderung zum Opfer. Gleichzeitig stehen uns mit Blick auf die Ergebnisse der Pisa- Studie erhebliche Kurskorrekturen und Anstrengungen im Bildungsbereich bevor.

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung, werden bessere Ergebnisse zu erzielen sein. Dazu ist es notwendig, dass die Eltern verantwortungsvoll ihrer im Grundgesetz verankerten Erziehungsaufgabe nachkommen und gleichzeitig die Politik und die Gesellschaft den Erziehungs- und Bildungsauftrag auch als gesellschaftliche Aufgabe erkennt und annimmt und den Familien die notwendigen Rahmenbedingungen verschafft und angemessene Unterstützungsleistungen anbietet.

Dem Kindergarten als erste öffentliche Instanz für Bildung, Erziehung und Betreuung kommt hierbei eine tragende Rolle zu. In der sich daran anschließenden Schule werden erhebliche Kurskorrekturen notwendig sein, wenn man die Bildungslandschaft in Deutschland verbessern will. Neben der flä-

chendeckenden Erweiterung von Ganztagsangeboten ist dringend angezeigt, dass Kindergarten und Schule enger zusammenarbeiten und gegenseitig mehr als bisher von einander gelernt und profitiert wird. Dabei ist insbesondere wichtig, dass beide Seiten ihr „versäultes Denken“ überwinden zugunsten der Kinder und ihrer Familien. Die geplanten „Lokalen Bündnisse für Familien“ könnten für diesen Prozess eine gute Plattform bieten.

Was ist uns als familienpolitischer Fachverband „Zukunftsforum Familie“ wichtig?

Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir begrüßen ausdrücklich den zentralen Stellen-



wert der der Familienpolitik in dieser Legislaturperiode zugewiesen wird. Besonders vor dem Hintergrund einer notwendigen Reformierung unseres Sozialstaates und der Bedeutung des demographischen Faktors ist es bedeutsam, nicht nur die sozialstaatliche Funktion von Familien zu sehen, sondern auch den wertschöpfenden Charakter von Familien in der Gesellschaft.

Das Familienleben ist durch die Anpassung an soziale, gesellschaftliche und politische Veränderungsprozesse vielfältiger und auch unbeständiger geworden.

Neben der Kernfamilie und den Alleinerziehenden (Senator Böger sprach von 40% Alleinerziehender in Berlin) existieren vielfältige Lebensgemeinschaften mit Kindern wie bspw. Stieffamilien, Patchworkfamilien, sog. Regenbogenfamilien (das sind Lesben und Schwule Mütter und Väter, die mit eigenen oder fremden Kindern zusammenleben), Kinder mit Bezugspersonen in verschiedenen Haushalten, Wohngemeinschaften mit Kindern und/oder Pflegebedürftigen, Großeltern die mit ihren Enkeln zusammenleben, Freundinnen/Freunde die sich regelmäßig um Kinder oder Pflegebedürftige kümmern, kommunitäre Lebensformen, Haus und Hofgemeinschaften, um hier nur einige familiäre Lebensformen zu nennen.

Für das „Zukunftsforum Familie“ gibt es dementsprechend „die Familie“ nicht sondern vielmehr eben verschiedene Formen von

Familien, da kein universelles gesellschaftliches Grundmuster familialen Zusammenlebens existiert.

Aus unserer Sicht bestimmen die biologischen Bedingungen des menschlichen Überlebens nur in allgemeiner Weise die Form und Struktur der Familie.

Die soziale Bedeutung der Familie wird gesellschaftlich festgelegt und kann nicht ohne den jeweiligen historischen Zusammenhang betrachtet werden.

Auch die Rolle der einzelnen Familienmitglieder ist abhängig von den jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Denken Sie hierbei z.B. an Familienkonstellationen im Krieg, oder die Rolle der Mütter in der DDR, um nur zwei Beispiele für Familienleben in unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu nennen.

Gisela Notz formuliert in ihrem kleinen Buch „Familien – Lebensformen zwischen Tradition und Utopie“: „Braucht die Wirtschaft die Arbeitskraft der Frau, so darf sie auch erwerbstätig sein“. Ich ergänze: Braucht die Wirtschaft die Arbeitskraft der Frau (scheinbar) nicht, und diese Einschätzung ist dumm wie wir alle wissen und was auch zunehmend verschiedene Forschungsergebnisse bestätigen, dann wird uns die Bedeutung der Mutter im Heim und am Herd vermittelt.

Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung und den damit ver-

knüpften unzureichenden Beiträgen für die Rentenkasse, hat die Wirtschaft und Politik die – inzwischen bestens qualifizierten Frauen – wieder einmal für den Arbeitsmarkt entdeckt.

Aber auch die Frauen selbst wollen ihre Qualifikation im Erwerbsleben einbringen. Doch dafür müssen die Rahmenbedingungen (nach innen – z.B. durch partnerschaftliche Arbeitsteilung wie nach außen – durch die Verbesserung der Infrastruktur) stimmen...

Wir kommen sicher noch im Laufe dieses Kongresses – spätestens morgen in den Foren ausführlich zu diesen Themen.

Nun aber zurück zu unserem Familienbegriff als Zukunftsforum Familie:

Familie ist für uns die grundlegendste Sozialform menschlichen Zusammenlebens. Familie ist wie kein anderes gesellschaftliches Teilsystem emotionalisiert.

Familie ist für uns die grundlegendste Sozialform menschlichen Zusammenlebens.
Familie ist wie kein anderes gesellschaftliches Teilsystem emotionalisiert.

> Sie ist die fundamentalste Organisationsform der menschlichen Gesellschaft und als solche die verbreitetste soziale Lebensform in der gesamten Menschheitsgeschichte,
> Sie hat keine natürliche Konstante die über lange Zeiträume stabil bleibt, sondern unterliegt gesellschaftlichem Struktur- und Funktionswandel.

> Eine ihrer zentralsten Aufgaben ist die Anpassung als Sozialform an gesellschaftliche Veränderungen und
> Sie ist abhängig von der Struktur der Gesellschaftsordnung innerhalb einer konkreten kulturellen und historischen Situation.

Wie sieht nun die soziale Bedeutung der Familie in unserer Gesellschaft heute aus? Nach wie vor verbinden die meisten Menschen mit dem Familienleben eine große Zufriedenheit. Auch für die in der 14. Shell Jugendstudie 2002 befragten Jugendlichen hat die Familie einen hohen Stellenwert. So gaben 75% der weiblichen und 65% der männlichen Jugendlichen an, dass man eine Familie zum „Glücklich sein“ braucht.

Ziel des Fachkongresses ist es, in den nächsten zwei Tagen die aktuellen Fragestellungen und Herausforderungen zu erörtern und gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Blick in die Zukunft – auf die Entwicklung der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Familien – zu werfen um daraus fachliche und politische Forderungen abzuleiten.

Meine Damen und Herren
Vor diesem Hintergrund lauten unsere zentralen Fragestellungen heute am ersten Veranstaltungstag:

1. Wie sehen die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien aus? Was ist „Die Familie“ von heute? Wohin entwickelt sie sich? Was sind vor diesem Hintergrund die Anforderungen an die Politik von morgen? Dazu wird uns sicher Prof. Dr. Bertram etwas sagen können, der neben seiner Tätigkeit an der Humboldt Universität in Berlin den Vorsitz der Kommission für den 7. Familienbericht innehat. Dort wird, nach meinem Kenntnisstand derzeit ein Zukunftsentwurf für das familiäre Zusammenleben entwickelt.

2. Im 2. Referat wird uns Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages berichten, wohin sich die Familienpolitik des Ausschusses bewegt. Wie die Regierung ihre Ziele aus dem Koalitionsvertrag und der Agenda 2010 umzusetzen gedenkt. Welche Rahmenbedingungen sie schafft für Familien, insbesondere durch die anstehende Umsetzung der Arbeitsmarkt- und Sozialhilfereform. Denn, dass die Hartz – Konzepte enorme Auswirkungen auf die Familien haben wird, steht außer Zweifel.

Auch hier gilt es im einzelnen zu prüfen, ob die jeweiligen Maßnahmen (z. B. Arbeitslosengeld II) an jeder Stelle und für alle gleichermaßen passgenau sind und ob sie

zu den intendierten Ergebnissen führen werden bzw. können.

Meine Damen und Herren,
wie gestaltet sich heute das „glückliche Familienleben“ und wie wird Familie gesellschaftlich definiert? Wie viel Vielfalt kann unsere Gesellschaft zu lassen und wie viel Vielfalt tut uns gut?

Für das Zukunftsforum Familie hat Familienpolitik derzeit die zentrale Aufgabe, Chancengerechtigkeit zu wahren, indem sie die beschriebene Vielfalt der familialen Lebensformen zulässt und zukunftsweisende gesellschaftliche und auch gesetzliche Integrationslösungen findet.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass sich dieses Verständnis von familialen Lebenslagen auch in den familienpolitischen Maßnahmen der Agenda 2010 wieder findet.

Im Mittelpunkt der Agenda 2010 stehen nicht nur finanzielle Transfers, sondern auch die Bemühung um Nachhaltigkeit und einer gerechten Verteilung von Lebenschancen durch:

> die Entwicklung eines familienfreundlichen Klimas in der Gesellschaft
> die Förderung des Humankapitals bei Eltern und Kindern
> die Aktivierung der familialen Kräfte für eine wirtschaftliche Eigenständigkeit durch

die Verbesserung der Infrastruktur für Familien

> die verstärkten Bemühungen zur Verbesserung im Zugang zu vielfältigen Bildungsangeboten um die Chancengleichheit herzustellen

In der Umsetzung bedeutet dies z.B. aber auch:

> die Qualitätssteigerung von Bildung
> die Verbesserung Zusammenarbeit von Eltern, Jugendhilfe und hier insbesondere im Bereich der klassischen Bildungsträger wie den Tageseinrichtungen für Kinder und der Schule

Mit unsere Kongress heute und morgen möchten wir mit Fachpolitikerinnen und -politikern aus dem Bereich der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe- sowie der Sozialpolitik, mit Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Ländern und Kommunen

sowie mit Fachkräften und der Fachöffentlichkeit im Spektrum der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe- und der Sozialpolitik diskutieren.

Am zweiten Veranstaltungstag morgen werden Familien als kollektives Gut unserer Gesellschaft in den Blick genommen. In der Ideenwerkstatt „Wir entwickeln die Zukunft gemeinsam“ sind sie als Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt, unterschiedliche gesellschaftliche, soziale und politische Perspektiven der Familien von morgen zu entwickeln. Dies geschieht in vier thematisch unterschiedlichen Foren:

- > Forum 1: Familien und kommunale Sozialpolitik (Hans Jörg Seeh)
- > Forum 2: Familien und Arbeitswelt (Prof. Dr. Irene Gerlach)
- > Forum 3: Familien und Generationengemeinschaft (Dr. Gisela Notz)
- > Forum 4: Familien und soziale Dienstleistungen (Jürgen Enke)

Wir haben geplant, die Arbeitsergebnisse der Foren durch die jeweiligen Moderatoren/ Moderatorinnen fest zu halten und in die Kongressdokumentation auf zu nehmen.

Wir freuen uns sehr auf den Beitrag der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt zum Thema „In der Familie liegt die gesellschaftliche Zukunft“. Wir alle haben von einer ausgewiesenen Fachfrau – die ja kurzzeitig vor ihrem Amtsantritt als Ministerin Vorsitzende des Deutschen Familienverbandes war und sich auch in Ihrem Buch „Ohne Kinder sehen wir alt aus.“ sehr engagiert für das familiäre Zusammenleben ausspricht, bedeutend mehr Wirbel um und für Familien erwartet. Wir wissen aber auch alle, dass in diesen Krisenzeiten andere Dinge Vorrang haben bzw. Prioritäten gesetzt werden müssen.

Die prekäre finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte dominiert die gesamte derzeitige Fachdiskussion. Wenn die ökonomischen Bedingungen bestimmend werden, droht die Fachlichkeit auf der Strecke zu bleiben. Damit dies nicht passiert, sind wir alle gefordert.

In der abschließenden Podiumsdiskussion mit dem Titel „Innovative Familienpolitik trotz leerer Kassen“ werden Renate Schmidt, Bundesministerin für Familien, Senioren,

Frauen und Jugend; Wilhelm Schmidt, MdB und stellvertretender Vorsitzender der AWO; Steffen Reiche, Minister für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg; Hansjörg Seeh, ehemaliger erster Bürgermeister von Freiburg und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Vereins; Christiane Reckmann, Vorstandsvorsitzende des Zukunftsforum Familie, diese Problematik erörtern. Bärbel Romanowski wird die Diskussion als Journalistin moderieren.

Wir hoffen auf eine klare Analyse und möglichst vielen kreativen Ideen und Anregungen.

Uns allen gemeinsam wünsche ich einen konstruktiven und Mut machenden Kongress, denn Mut und Zuversicht brauchen wir alle in dieser schwierigen und unsicheren Zeit.

Ich darf jetzt Prof. Dr. Hans Bertram bitten, uns seine Erkenntnisse zu den Lebenslagen von Familien heute und die aus seiner Sicht notwendigen Anforderungen an die Politik für morgen zu vermitteln.



Familie ist wieder zu einem aktuellen Thema geworden, und zwar unter ganz verschiedenen Gesichtspunkten. Zum einen wird bei der demografischen Entwicklung in Deutschland gefragt, warum wir nicht genug Kinder für die Sicherung der Renten bekommen. Wahrscheinlich denken die meisten Eltern, die sich für Kinder entscheiden, nicht über diese Frage nach, das heißt hier wird auf der Makroebene argumentiert, die aber natürlich mit den subjektiven Entscheidungen der Personen nichts zu tun hat. Das zweite große Diskussionsmoment betrifft die Entwicklung des Humankapitals in modernen Gesellschaften, nämlich die Frage, ob sich unsere Kinder eigentlich so entwickeln können und ob sie so ausgebildet werden, dass sie den Anforderungen der Zukunft gewachsen sind. Diese Themen werden jetzt zu Anfang gestreift, um die demografische Entwicklung zunächst nur unter der Perspektive von Zeit zu betrachten.

1. Der demografische Wandel

Der Blick auf die demografische Entwicklung in Deutschland zeigt bei den Frauen, die 1965 geboren wurden, also den jetzt knapp 40-jährigen, dass sich in dieser Geburtskohorte von 1000 Frauen 80 Frauen für 4 Kinder entscheiden, 110 Frauen für 3 Kinder, 311 Frauen für 2 Kinder und 175

Frauen für 1 Kind; dazu kommen aber 320 Frauen in diesem Altersjahrgang, die sich, nach den Daten der amtlichen Statistik, für kein Kind entscheiden: Ein Drittel der Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 bleibt kinderlos. Vom Geburtsjahrgang 1940, also eine Generation vorher, waren nur 100 Frauen kinderlos geblieben, vermutlich aufgrund medizinischer Gründe, die es hier auch zu beachten gilt.

Bei einer statistischen Kehrtwendung, wenn wir die 320 Frauen ohne Kinder nicht mehr betrachten, sondern nur noch die Frauen, die sich für Kinder entschieden haben, dann können wir feststellen, dass heute 1000 Mütter zusammen 2141 Kinder großziehen. Wenn wir das jetzt auf die Perspektive der Kinder beziehen, wachsen immerhin 476 Kinder in einer Vier-Kinder-Familie auf, immerhin 489 Kinder in einer Familie mit 3 Kindern, 918 in Zwei-Kinder-Familien und nur 258 als Einzelkind. Das Statistische Bundesamt zählt seit 1957 die Zahl der Kinder in Ein-Kind-Familien als unverändert; anders ausgedrückt wachsen fast die Hälfte aller Kinder in Deutschland mit 2 oder 3 Geschwistern auf. Das führt zur ersten These, die von dem Bielefelder Soziologen Kaufmann stammt: Offensichtlich gibt es in Deutschland eine Polarisierungstendenz zwischen einer Gruppe von Frauen, die sich

aus welchen Gründen auch immer kinderlos bleiben, und einer anderen Gruppe von Frauen, die sich für Kinder entscheiden. Und diese Gruppe von Frauen, die sich heute für Kinder entscheiden, scheinen sich nicht viel anders zu verhalten als die Mütter früherer Altersgruppen. Für die Kinder hat das eine klare Konsequenz, da fast die Hälfte aller Kinder in Drei- und Vier-Kinder-Familien aufwachsen (wenn 100 Mütter je 4 Kinder haben, sind das 400 Kinder gegenüber 100 Einzelkindern von 100 Müttern).

2. Rollenmuster für Familie und Beruf

Die Frage, wie es in einer modernen Gesellschaft zu einer solchen Polarisierung kommt, ist außerordentlich umstritten, weil es europaweit einen Geburtenrückgang gibt, der jedoch unterschiedlich ausgefallen ist. Italien oder Spanien haben ähnliche Zahlen wie Deutschland, aber in Russland und vielen osteuropäischen Ländern ist die Geburtenrate inzwischen niedriger als in Italien und liegen nur noch bei 1,0. Das ist extrem niedrig, und man muss sich nach den Ursa-



chen fragen. Nun sagen die durchschnittlichen Geburtenraten wenig über die eigentlichen Entwicklungen aus, weil diese in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind.

Beispielsweise bekommen in Italien fast alle Frauen ein Kind, anders also als bei uns mit dem kinderlosen Drittel der Frauen.

Beispielsweise bekommen in Italien fast alle Frauen ein Kind, anders also als bei uns mit dem kinderlosen Drittel der Frauen. Dazu gibt es verschiedene Theorien, und ich skizziere Ihnen eine Theorie, die die unterschiedliche europäische Geburtenentwicklung auf kulturelle Differenzen zurückführt und die ich für recht plausibel halte.

Eine junge Frau in Italien, die eine qualifizierte Ausbildung hat, einen Beruf ausüben und selbständig sein möchte, kann das eigentlich nur ohne Kinder erreichen. Sobald sie heiratet und ein Kind bekommt, tritt sie wieder in das traditionelle italienische Familiensystem ein; das heißt die vorhandene Emanzipationsphase wird mit der Geburt eines Kindes beendet und die Frau ist wieder in die traditionelle italienische Familie integriert. So versuchen viele junge Frauen sich zu qualifizieren und sind lieber arbeitslos, wenn sie keinen Arbeitsplatz finden, als dass sie sofort heiraten, weil sie wissen, dass dahinter ein traditionelles Lebensmuster steht, das sie möglicherweise in dieser Form nicht leben wollen.

In Nordeuropa gibt es ein ganz anderes Muster, und zwar nicht nur in den skandinavischen Ländern, sondern beispielsweise auch in England. Hier bedeutet ein Kind häufig Emanzipation vom Elternhaus: Wenn eine junge Frau ein Kind bekommt, kann sie sich in diesem Sinne von der Herkunftsfamilie abgrenzen.

Als Konsequenz dieses Modells gibt es auf der einen Seite viele ledige Mütter, zum Zweiten aber auch viele sehr junge ledige Mütter, weil auch ein Teenager mit 16 Jahren sich auf diese Weise vom Elternhaus abgrenzen kann.

Zum Dritten gibt es ein mitteleuropäisches Modell, mit Ausnahme von Frankreich, das ich noch gesondert erwähne. Im mitteleuropäischen Modell ist zwar die Emanzipation der jungen Frauen möglich, aber dann mit der Entscheidung für Kinder entsteht ein extremer Druck aufgrund einer ganz spezifischen kulturellen Tradition, dass nämlich eine gute Mutter eine ganz bestimmte Perspektive auf ihre Kinder einnimmt. Nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Niederlande oder Österreich gilt, dass sich eine gute Mutter den Bedürfnissen und Wünschen der Kinder „unterordnet“. In unserer Kultur, so die These eines französischen Demographen, versuchen wir die Frage der Kinderbetreuung stark normativ über ein bestimmtes Rollenmodell der Frau

in unserer Gesellschaft zu regulieren. Das ist anders als in Italien oder in Nordeuropa, und bestimmte kulturelle Lebensmuster lassen sich nicht einfach wegschieben, weil wir natürlich alle Teil einer bestimmten Kultur sind. Wenn diese These richtig ist, und vieles spricht dafür, hat das mehrere Konsequenzen.

Als erste Konsequenz wird eine junge Frau, die sich in der modernen Gesellschaft entsprechend entwickeln will, beispielsweise die Geburt des ersten Kindes möglichst lange aufschieben, weil sie sich subjektiv mit dem Problem konfrontiert sieht, mit der Entscheidung für ein Kind in eine Situation der Unverträglichkeit zu kommen zwischen den Erwartungen in Bezug auf das Kind und denen in Bezug auf den Beruf. Das lässt sich in Deutschland am Bildungssystem gut verdeutlichen.

Vermutlich gibt es weltweit kein Bildungssystem, das nicht nur so lange dauert, sondern auch so abgeschottet gegenüber Familien und Kindern ist wie das deutsche Bildungssystem.

Vermutlich gibt es weltweit kein Bildungssystem, das nicht nur so lange dauert, sondern auch so abgeschottet gegenüber Familien und Kindern ist wie das deutsche Bildungssystem. Bei einer akademischen Bildung muss man in Deutschland davon ausgehen, bis zum 26. oder 28. Lebensjahr ökonomisch abhängig zu sein, ohne selbstständig über sein Leben zu entscheiden. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, nach Ab-



schluss einer solchen Ausbildung etwa sieben Jahre für die berufliche Etablierung zu brauchen, so dass man etwa Mitte 30 ist. Nach einer Zeitreihe zur Menge der Berufswechsel nach der Ausbildung bis zum 30. Lebensjahr der 1910 geborenen Frauen bis zu den 1970 geborenen Frauen lässt sich zeigen, dass erst bei den Frauen, die nach 1950 geboren wurden, die Zahl der Berufswechsel bis zum 30. Lebensjahr wieder auf durchschnittlich fünf Berufswechsel ansteigt, wie bei der ältesten Frauengruppe. Die Integration ins Erwerbsleben wird offensichtlich auch in der Gegenwart zunehmend schwieriger mit der Konsequenz, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen den Lebensvorstellungen in Bezug auf das Privatleben auf der einen und die berufliche Integration auf der anderen Seite, und in dieser Schärfe ausgeprägt vermutlich nur in Deutschland.

Die Integration ins Erwerbsleben wird offensichtlich auch in der Gegenwart zunehmend schwieriger mit der Konsequenz, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen den Lebensvorstellungen in Bezug auf das Privatleben auf der einen und die berufliche Integration auf der anderen Seite, und in dieser Schärfe ausgeprägt vermutlich nur in Deutschland.

Eine weitere Konsequenz sind schlicht biologische Faktoren, die man nicht außer Acht lassen kann. Wenn eine Frau von 35 Jahren mit einem Mann von 35 bis 37 Jahren ins Bett geht, ist die Wahrscheinlichkeit, dass dann ein Kind entsteht, etwa 15 Prozent; wenn beide Mitte 20 sind, liegt die Wahrscheinlichkeit bei 50 Prozent, denn die

biologische Uhr gibt es nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern. Als Konsequenz wird mit zunehmendem Lebensalter die Wahrscheinlichkeit für Kinder, selbst wenn man sie haben will, immer geringer. Hier liegt vermutlich auch eine Erklärung für den unglaublichen Boom der Reproduktionsmedizin. Darin liegt aber auch eine Erklärung, warum in Deutschland ausgerechnet die akademisch gebildeten Frauen relativ wenig Kinder bekommen: Auf der einen Seite schließt das Bildungssystem das quasi aus, selbst wenn die junge Frau es wollte, dann ist die berufliche Etablierungsphase bei uns relativ lang mit der Konsequenz, dass man nicht mehr in der Lage ist, die Kinder zu bekommen, die man gern haben möchte.

3. Bildung, Beruf und Familie

Daher geht die erste Forderung: nach Zeit für Kinder paradoxerweise an den Staat und das Bildungssystem, nämlich sich so umzuorganisieren, dass sich neue und unterschiedliche Lebenswünsche auch realisieren lassen. Der Unterschied in den Bildungssystemen macht deutlich, dass es keine Utopie ist. In den angelsächsischen Ländern bis zu den USA, aber auch in Frankreich sind die Studiengänge alle gestuft, das heißt man kann beispielsweise nach einem BA-Abschluss mit 22 bis 23 Jahren zunächst mit diesem Examen arbeiten gehen, was auch vielfach geschieht, um dann später wieder einzusteigen in einen MA-Studiengang, um eine weitere Qualifikation zu erwerben.

Frankreich hat sein Bildungswesen als ein Concourssystem organisiert, das heißt mit einem ersten Concours kann man etwa Grundschullehrer oder Grundschullehrerin werden, um gegebenenfalls später einen weiteren Concours zu machen, um Gymnasiallehrer zu werden, oder einen weiteren Concours machen, um Professor zu werden. Auch dieses System ist gestuft und ermög-

Auch dieses System ist gestuft und ermöglicht es den Menschen, zwischen den Stufen immer wieder aus- und neu einzusteigen.

licht es den Menschen, zwischen den Stufen immer wieder aus- und neu einzusteigen. Unser Bildungssystem ist hingegen rigoros nur auf die Erstausbildung angelegt.

Das führt zu der These, dass man das, was man nicht in den ersten 30 Jahren des Lebens gelernt hat, später nicht mehr lernen kann. Wenn wir also in Deutschland mehr Zeit für die Familiengründung haben wollen, müssen sich der Staat und die Bildungseinrichtungen überlegen, ob unser deutsches System wirklich sinnvoll ist oder ob wir nicht Modelle anderer Länder übernehmen müssen, sei es das französische Concourssystem oder das angelsächsische BA/MA-System.

Daran lässt sich noch eine weitere Betrachtung anschließen. In Deutschland sind, auch deutlich unterschiedlich zu vielen anderen Ländern, die typischen Dienstleistungsberufe im Wesentlichen so organisiert, dass sie eigentlich keine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zulassen, sondern ganz anders strukturiert sind. Wenn eine Frau Erzieherin oder auch Krankenschwester wird, geht man von aus, dass sie sich für diese beruflichen Aufgaben voll einbringt, das aber vielleicht nur für fünf oder sechs Jahre und sich dann in das Privatleben zurückzieht.

In unseren Universitäten, Fachhochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen denkt fast niemand darüber nach, wie eigentlich Bildungsangebote organisiert sein könnten.

Dies sind keine Karriereberufe, sondern Berufe, die eine Arbeitszeit von wenigen Jahren vorsehen ohne darauf aufbauende Anschlussstätigkeit. In unseren Universitäten, Fachhochschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen denkt



fast niemand darüber nach, wie eigentlich Bildungsangebote organisiert sein könnten, dass jemand etwa fünf Jahre berufstätig ist, sich dann drei oder vier Jahre für ein Kind entscheidet, dann entsprechende Bildungsangebote bekommt, um mit 35 Jahren noch mal etwas ganz Neues zu machen. Ein solches Muster ist in unserer Gesellschaft einfach nicht vorgesehen, und solange das so ist, bleibt auch der Gegensatz bestehen, den ich beschrieben habe.

4. Ökonomie und Familie

Nun könnte man schlussfolgern, dass sei überhaupt nicht schlimm, weil die Mütter, die sich für Kinder entscheiden, gar nicht arbeiten wollen, sondern sich eigentlich um ihre Kinder kümmern wollen. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Ökonomie in unserem Lande auch eine Rolle spielt. Nach den ökonomischen Fakten wird in den neuen Bundesländern ungefähr 40 bis 50 Prozent des Haushaltseinkommens durch des Einkommens der Ehefrau oder Lebensgefährtin erwirtschaftet, und auch in den alten Bundesländern liegt dieser Anteil zwischen 25 und 45 Prozent.

Wenn ein Elternteil sich jetzt nur den Kindern widmen wollte, würde das für einen großen Teil der Haushalte bedeuten, dass schlicht 25 bis 45 Prozent des Einkommens entfallen, was in der Regel gar nicht geht. Im Unterschied zur Müttergeneration lässt sich nachvollziehbar zeigen, dass die Haushalte in dem Maße mehr Geld brauchen, in dem in einer Ökonomie immer mehr Leistungen über den Markt abgewickelt werden. Bei einem großen Garten irgendwo auf dem Lande kann ein Großteil des Haushaltes mit nicht marktkonformen Mitteln erwirtschaftet werden. Sobald das nicht mehr möglich ist, steigt die Nachfrage nach Geld auch in einem Familienhaushalt.

Hinzu kommt, dass der unglaubliche Wandel der modernen Gesellschaft von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft notwendigerweise dazu führt, dass immer mehr Leistungen heute „outsourced“ werden.

Hinzu kommt, und darüber denkt die Familienpolitik in der Regel nicht nach, dass der unglaubliche Wandel der modernen Gesellschaft von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft notwendigerweise dazu führt, dass immer mehr Leistungen, die traditionellerweise im Haushalt erwirtschaftet wurden, heute „outsourced“ werden: Immer mehr Produkte werden über den Markt abgewickelt, die bisher im Haushalt erwirtschaftet wurden. Dieser Trend ist auch nicht zurückzudrehen.

Ob sich das so entwickelt wie in den Vereinigten Staaten, wo sich ein Menü mit mehreren Gängen innerhalb einer Viertelstunde produzieren lässt, weil alle Halbfertigprodukte im Supermarkt zu kaufen sind, mit denen sich in der Mikrowelle ein individuell zusammengestelltes Menü erzeugen lässt, sei dahin gestellt. Aber es ist völlig klar, dass ein Teil dieser Produktion über den Markt abgewickelt wird. Als Konsequenz davon ist mehr Geld erforderlich.

Dieser Prozess hat nichts mit dem Wünschen und Wollen der einzelnen Subjekte zu tun, sondern ist ein ökonomischer Prozess, den wir im Augenblick weltweit beobachten können.

Dieser Prozess hat nichts mit dem Wünschen und Wollen der einzelnen Subjekte zu tun, sondern ist ein ökonomischer Prozess, den wir im Augenblick weltweit

beobachten können. Auch in Deutschland können wir uns dem nicht widersetzen, weil alle Ökonomen davon ausgehen, dass die zukünftigen Gesellschaften den größten Teil ihrer Güterproduktion über Dienstleistungen abwickeln.

5. Zeitmuster

Mit diesen Überlegungen als Ausgangspunkt kommen wir gleich zu dem nächsten großen Thema, das wiederum direkt mit der Zeit für Kinder zu tun hat. Die zunehmende Ausweitung von Dienstleistungsprodukten führt unweigerlich zum Zerschneiden der klassischen Zeitmuster. Die Industriegesellschaft hatte ganz klassische Zeitmuster geschaffen: wer wie ich in der Nähe des Ruhrgebietes aufgewachsen ist, weiß noch ganz genau, wie die Siemens-Martins-Birne den Zeithrhythmus des Alltags im Einzelnen bestimmt und einen klaren Zeittakt vorgegeben hat. Wenn um 6 Uhr die Frühschicht begann und um halb 7 der Anstich, dann mussten um 6 Uhr alle Stahlwerker da sein, folglich war um 8 Uhr Schulbeginn: erst fing der Vater an, dann mussten die Kinder in die Schule und entsprechend war der Bürobeginn. 13 Uhr war Schulschluss, um 14 Uhr kam der Vater nach Hause.

Dieser Zeittakt lässt sich bis zu den U-Bahn-, S-Bahn- und Straßenbahnplänen verfolgen, und auch wenn wir das heute anti-quiert finden, war es eine ganz große kulturelle Leistung, die private Zeit und die

berufliche Zeit so zu organisieren, dass die Menschen diesem Zeittakt entsprechend auch organisiert sein konnten. Heute lächeln wir vielleicht darüber, dass die Gewerkschaften in den 50er Jahren Plakate klebten mit dem Argument „samstags gehört Papi mir“. Dahinter stand die Vorstellung, dass die kontinuierliche Warenproduktion bei der Stahlverformung doch so organisiert sein sollte, dass es hier auch Zeit für die Familie gab.

Die Industriegesellschaft hatte ein bestimmtes kulturelles Muster entwickelt, wie Zeit und Familienzeit organisiert sein konnten.

Die Industriegesellschaft hatte ein bestimmtes kulturelles Muster entwickelt, wie Zeit und Familienzeit organisiert sein konnten. Nun ist die Zeit in einer Dienstleistungsgesellschaft völlig anders organisiert

und folgt nicht mehr einem klaren Rhythmus. Das hat aber ganz erhebliche Konsequenzen. Von den Produkten, die eine große deutsche Telefonfirma heute am Markt hat, gab es ungefähr 90 Prozent dieser Produkte Mitte der 90er Jahre noch nicht. 90 Prozent sind ganz neu auf den Markt gekommen, und zwar nur deswegen, weil diese Firma sich radikal umgebaut hat.

Das bedeutet, dass jemand, der bestimmte Güter anbieten oder bestimmte Arbeitsleistungen erbringen will, gezwungen ist, zwischen 16 und 20 Uhr präsent zu sein oder möglicherweise am Wochenende, nicht aber zwischen 8 und 15 Uhr. Die amerikanische Firma IBM macht heute mehr als 50 Prozent ihres Umsatzes mit so genannten Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen werden aber rund um die Uhr und weltweit angeboten. Wer als Broker in einem Handelshaus arbeitet, richtet seinen Zeitrhythmus nach den Uhren in Tokio und New York und nicht mehr nach den Produktionszeiten. Als Konsequenz daraus sind die klaren gemeinsamen Zeitstrukturen in modernen Gesellschaften vollständig zerbrochen, so dass plötzlich in einer ganz unglaublichen Weise Berufszeit

Wir stehen heute vor dem Problem, dass die Alltagszeit nicht mehr klar strukturiert ist und wir unsere Alltagszeit jetzt plötzlich ganz neu und individuell organisieren müssen.

oder auch öffentliche Zeit in die Familienzeit eindringt. Wir stehen heute vor dem Problem, dass die Alltagszeit nicht mehr klar strukturiert ist und wir unsere Alltagszeit jetzt plötzlich ganz neu und individuell organisieren müssen.

6. Das Zerschneiden der Alltagszeit

Nun kann man sagen, dass sei überhaupt kein Problem, weil Gesellschaften es immer geschafft haben, sich dem Wandel der ökonomischen Struktur anzupassen. Das ist sicher so, nur haben wir heute mit weiteren Hinterlassenschaften der Industriegesellschaft zu kämpfen, die unsere Zeitstrukturen noch mehr verkomplizieren. Bekannterweise wollen Eltern zumeist für ihre Kinder einen Sandkasten haben, damit die Kinder dort unbeaufsichtigt spielen können.

In Zeitkategorien ausgedrückt heißt das: Kinder, die im Erdgeschoss oder in einem Einfamilienhaus wohnen, haben am Tag rund 70 Minuten unbeaufsichtigte Spielzeit; mit zunehmender Geschosshöhe der Wohnung sinkt die unbeaufsichtigte Spielzeit: Im dritten Stock sind es nur noch 20 Minuten pro Tag. Als Konsequenz dieses Elternwunsches ziehen die Familien immer weiter ins Grüne. Die Arbeitsplätze wandern aber nicht in der gleichen Weise mit. Das heißt, macht man etwas für die Kinder, ist ein zusätzliches Zeit-

Das heißt, macht man etwas für die Kinder, ist ein zusätzliches Zeitbudget zu bewältigen, weil zusätzliche Anfahrtszeiten zu leisten sind, ein ganz einfaches Problem, das sich nicht direkt lösen lässt.

budget zu bewältigen, weil zusätzliche Anfahrtszeiten zu leisten sind, ein ganz einfaches Problem, das sich nicht direkt lösen lässt.

Dieses simple Problem wird aber sozialpolitisch noch komplizierter, weil es in in den urbanen Zentren



nicht nur die Arbeitsplätze gibt, sondern auch die Infrastruktur für Kinder. Weil die Kinder nun aber nicht notwendigerweise dort leben, wo die Infrastruktur ist, transportieren die Eltern ihre Kinder morgens zur Infrastruktur, anschließend sich zur Arbeit und abends das Gleiche wieder zurück. Und um die Gemengelage noch komplizierter zu machen, werden Sie mit Blick auf die demografische Entwicklung feststellen, dass

die Infrastruktur durch die zurückgehenden Kinderzahlen immer schwerer mit Kindern zu füllen ist. Als Konsequenz werden die Wegstrecken beispielsweise zur Kinderbetreuung oder zur Schule immer größer, stimmen nicht mehr mit den Berufsstrecken überein und führend zu einem Zeitpuzzle, das kaum noch organisierbar ist. In ihrem Buch „The Overworked America“, das es auf die Bestsellerliste der New York Times geschafft hat, was für soziologische Bücher eher selten ist, beschreibt meine amerikanische Kollegin Schor genau diesen Prozess, der in Amerika noch ein Stück weiter ist, was man bei uns auch beobachten kann.

Wenn die Einkaufszentren noch woanders sind, ist man permanent unterwegs. Dieses Problem bestand in einer traditionellen Industriegesellschaft nicht, wo die Arbeitsorte zumeist in einem Bereich konzentriert waren und die Wohnorte in anderen Stadtbereichen und man zwischen Wohnen und Arbeiten hin- und herpendelte. Ein Kernproblem moderner Gesellschaften besteht also darin, dafür zu sorgen, dass die private Zeit in einer Weise organisiert werden kann, dass unterschiedliche Zeitbedürfnisse koordinierbar sind.

Arbeiten hin- und herpendelte. Ein Kernproblem moderner Gesellschaften besteht also darin, dafür zu sorgen, dass die private Zeit in einer Weise organisiert werden kann, dass unterschiedliche Zeitbedürfnisse koordinierbar sind.

darüber hinaus, nach den Unterlagen des ISO in Bonn, 80 Prozent aller Arbeitnehmer

in Deutschland nicht mehr mit fester Arbeitszeit arbeiten, sondern schon in irgend-einer Form von flexibler Arbeitszeit, ist absehbar, dass die hier beschriebenen Tendenzen sich weiter entwickeln.

7. Veränderte Lebensverläufe

Nun könnte man angesichts der beschriebenen Entwicklungen zur Dienstleistungsgesellschaft und zur Zeitauflösung sagen, dass der Geburtenrückgang doch dann dazu führt, mehr Zeit zu haben. Jedoch gibt es einen weiteren Wandel, der den Zeithaushalt noch weiter begrenzt. Die Menschen werden heute immer älter: Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren etwa 5 Prozent der Bevölkerung über 65 Jahre. Wir hätten heute bei solchen Zahlen keine Rentenprobleme zu lösen, denn für Bismarck war das kein Problem, weil es keine Rentner gab, so konnte er also großzügig sein. Jedoch passiert als Folge der allgemeinen höheren Lebenserwartung auch etwas mit den Familienbeziehungen. Diese dauern plötzlich ein Leben lang, und das heißt für eine Mutter, dass sie davon ausgehen kann, etwa 60 Jahre gemeinsame Lebenszeit mit ihrem erstgeborenen Kind zu haben. Der Vater bringt es wegen der geringeren Lebenserwartung nur auf 55 Jahre.

Zur Zeit des ersten Weltkriegs war die gemeinsame Lebenszeit des Vaters mit seinem Erstgeborenen knapp 20 Jahre, so dass 35 Jahre an gemeinsamer Lebenszeit hinzugekommen sind. Das hat nicht nur Einfluss auf

die Familienbeziehungen in den Zeiten der aktiven Kindererziehung, sondern wirkt sich auch auf die Zeiterwartungen aus, da nun 55 bis 60 Jahre gemeinsamer Beziehungen gestaltet werden müssen, selbst wenn man nicht unter einem Dach lebt.

Gegenüber früheren Generationen ist die Zeiterwartung an die Familien und an die Familienbeziehungen gestiegen und nicht gesunken.

Das heißt nun müssen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern auch mittel- und langfristig ausgehandelt werden. Gegenüber früheren Generationen ist die Zeiterwartung an die Familien und an die Familienbeziehungen gestiegen und nicht gesunken, was durch die demografische Entwicklung noch verstärkt wird und das Zeitmanagement in der Familie zunehmend verkompliziert, nicht nur wegen der externen Änderungen, sondern auch wegen der internen familienstrukturellen Veränderungen. Angesichts der Geburtenentwicklung wird sich dieses Problem eher noch verschärfen.

Die Großelternrolle ist ein historisch neues Phänomen dieser Generation, und man muss sich vorstellen, dass ein Kind zu seinen beiden Eltern vier Großeltern hat, mit denen es sich in irgendeiner Weise arrangieren muss.

Das heißt nun müssen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern auch mittel- und langfristig ausgehandelt werden. Gegenüber früheren Generationen ist die Zeiterwartung an die Familien und an die Familienbeziehungen gestiegen und nicht gesunken, was durch die demografische Entwicklung noch verstärkt wird und das Zeitmanagement in der Familie zunehmend verkompliziert, nicht nur wegen der externen Änderungen, sondern auch wegen der internen familienstrukturellen Veränderungen. Angesichts der Geburtenentwicklung wird sich dieses Problem eher noch verschärfen. Die Großelternrolle ist ein historisch neues Phänomen dieser Generation, und man muss sich vorstellen, dass ein Kind zu seinen beiden Eltern vier Großeltern hat, mit denen es sich in irgendeiner Weise arrangieren muss.

Das bedeutet eine Umdrehung von Beziehungsmustern, die historisch völlig anders gelaufen sind, und wir wissen noch gar nicht, wie diese Beziehungsmuster wirklich angemessen zu bewältigen sind, weil wir in solchen Gesellschaften noch nicht gelebt haben. Das heißt wir müssen auch unsere klassische Vorstellung von Familie in Frage stellen. Die klassische Familienvorstellung war nämlich die Kernfamilie von Vater, Mutter und Kindern in einem Haushalt. Aber natürlich gehören die Großeltern oder die alt gewordenen Eltern irgendwie auch zur Familie, weswegen die Soziologie von multilokalen Familien spricht: Die Familien sind nicht mehr an einem Ort, sondern in mehreren Orten situiert und müssen dies jetzt zusätzlich noch irgendwie bewältigen.

Diese Multilokalität gilt allerdings nicht nur für Familien mit Großeltern, sondern häufig auch für junge Paare: Zwei junge Leute lernen sich bei der Bank in der Lehre kennen; dann schlägt die Bank den beiden als ersten Arbeitsort Frankfurt an der Oder und Frankfurt am Main vor, was zu einem leicht absehbaren Ergebnis führt: Die beiden Partner werden sich ihr Leben so organisieren, dass sie sich am Wochenende irgendwie in Berlin oder wo auch immer treffen, um sich eine gemeinsame Lebensführung zu ermöglichen. Bei den jungen Erwachsenen wird diese Lebensform inzwischen auf fast 20 Prozent geschätzt, die nicht da ist, weil man mit dem anderen nichts zu tun haben will, sondern weil offenkundig die Organi-

sation des Lebens besonders komplex geworden ist. Und auch hier ist Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, ein Schlusslicht. Denn bei den unter 30-jährigen Frauen in Deutschland geben nur die Hälfte einen festen Partner an, während es etwa in Frankreich 90 Prozent sind. Offensichtlich führt die Gesellschaftsformation, die wir gerade in Deutschland erleben, auch dazu, dass es zunehmend schwierig wird, dauerhafte Bindungen einzugehen,

weil die Mobilitätsstrukturen dem entgegenstehen. Daher gibt es zusätzlich das Problem zu lösen, wie sich unter solchen Bedingungen überhaupt dauerhafte Bindungen organisieren und wie sich auch die Obligationen etwa gegenüber den alt gewordenen Eltern in angemessener Weise befriedigen lassen.

Multilokalität führt eben auch zu zusätzlichen Zeitproblemen.

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir damit umgehen können, welche Möglichkeiten es gibt, mit dieser Art von Zeitorganisation zu leben, oder wir dem hilflos ausgeliefert und darauf angewiesen sind, auf Dauer quasi Singles und Nomaden zu werden. Offensichtlich ist, wie mein Kollege Richard Münz meint, der moderne Nomade – ohne Bindungen, hoch qualifiziert und dreier Sprachen mächtig – für die postmodernen Ge-



sellschaften optimal vorbereitet. Als Soziologe sehe ich das eher skeptisch, denn sowohl das Humankapital wie auch das Sozialkapital moderner Gesellschaften nähmen dann nicht nur großen Schaden, sondern es würde sich ein in meinen Augen problematischer Trend verstärken, wie er sich bereits bei manchen Firmen abzeichnet. In einer solchen Gesellschaft kann natürlich die Firma Ersatz für externe soziale Beziehungen werden, indem die Firma mit ihren Mitarbeitern wie in einem Mönchsorden lebt und

alle Aktivitäten an Sport und Unterhaltung in der Nähe der Firma anbietet. Bei einigen amerikanischen Firmen ist es offensichtlich die Vision, dass die Firma in der Mitte platziert ist und die Mitarbeiter um die Firma herum wohnen, und vom Golfplatz über

Man kann eigentlich ständig in der Firma bleiben und alle Kontakte in der Firma organisieren, ohne aus diesem Leben her austreten zu müssen.

den Segelplatz bis zum Fitness-Zentrum alles da ist. Man kann eigentlich ständig in der Firma bleiben und alle Kontakte in der Firma organisieren, ohne aus diesem Leben her austreten zu müssen.

Diese moderne Form mönchischen Lebens, bei der alles auf eine bestimmte Organisation bezogen ist, kann jedoch in meinen Augen keine angemessene Zukunftsvision sein. Wir müssen uns für die Zukunft mit dieser Zeitfrage so auseinandersetzen, dass wir Visionen entwickeln können, wie wir in unserer Gesellschaft nicht nur Mönchsorden bilden, sondern wie sich soziale Beziehungen, nämlich Sozialkapital und Humankapital, entwickeln können. Die öffentlich vorherrschende Vorstellung für Kinderbetreuung durch eine flächendeckende Infrastruktur birgt das oben benannte Problem, dass möglicherweise die Kinder dann nicht da sind, wo die Infrastruktur ist. In der zu erwartenden langen Debatte lohnt es sich, nach Frankreich zu schauen. Der französische Präsident Mitterrand hatte zu Beginn seiner ersten Amtsperiode 300.000 neue Plätze im Bereich der Kinderkrippen ver-

sprochen, doch am Ende seiner 14-jährigen Amtszeit waren es nur 20.000 geworden. Der Grund liegt in einem ähnlichen Problem wie in Deutschland: Die Kommunen fanden das Programm toll, hatten aber kein Geld. Die Franzosen haben aber daraus gelernt, und es lohnt sich, die Lösung genauer anzuschauen. Sie haben nämlich einen neuen Beruf gebildet, den wir in dieser Form gar nicht kennen: die Tagesmutter mit akademischer Qualifikation oder die lizenzierte Tagesmutter: Wer in Frankreich als Tagesmutter tätig sein will, braucht die gleiche Ausbildung und die gleiche Qualifikation wie die Leiterin einer Ecole Maternelle. Mit diesen außerordentlich gut qualifizierten Frauen ist ein neuer Berufszweig entstanden, mit dem die Gesellschaft auf die demografische Entwicklung in Frankreich flexibel reagieren konnte. Der Grundgedanke waren ein neues Berufsbild und neue Qualifikationen. Ohne das gleich als Modell für Deutschland zu übernehmen, kann darin aber eine Möglichkeit bestehen, die Betreuung von kleinen Kindern auch anders zu organisieren.

Für Deutschland gibt es in dieser Hinsicht eine große Vielfalt von Möglichkeiten, die man nutzen kann. Möglicherweise sehen die Lösungen in Großstädten wie Hannover und Berlin, wo die Wege zu den Infrastrukturen nicht weit sind, anders aus als in den ländlichen Regionen. Die Kultusministerkonferenz führt aktuell eine intensive Debatte über Zwergschulen. Dabei besteht die

Gefahr, dass sich die eher reichen Länder Zwergschulen leisten und die eher armen Länder diese Zwergschulen abschaffen mit der Konsequenz, dass in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg die Kinder vom Dorf noch größere Strecken zu bewältigen haben, weil die Schulen und die Lehrer zentral zusammengezogen werden. Der Ausbau der Infrastruktur wird also als Antwort nicht genügen, wir brauchen vielmehr auch neue Modelle aufgrund der massiven gesellschaftlichen Veränderungen.

8. Work-Life-Balance

Diese neuen Modelle können nicht allein vom Staat und von den Eltern geschaffen werden. Es gibt hier einen dritten Partner, den man in die Verantwortung nehmen muss, weil das ja auch Geld kostet, nämlich die Industrie und die Unternehmen.

Als Beispiel beschreibe ich eine große amerikanische Softwarefirma mit etwa 5.000 Angestellten, von denen, was in diesem Feld ganz selten ist, fast die Hälfte Frauen und Mütter sind. Der Firmenchef gehört mit oder trotz dieser Firmenpolitik zu den vierzig reichsten Amerikanern, was für ein ganz gut funktionierendes System spricht. Als zentralen Aspekt seiner Politik holte er die Kinder in die Firma. Die amerikanischen Tagesschulen schließen in der Regel um 15 Uhr; hier können die Kinder aber auch

schon zum Mittagessen gemeinsam mit den Eltern in der Firma sein und sie können nachmittags alle Sporteinrichtungen der Firma nutzen. Die Mitarbeiter können so ihre privaten, persönlichen Bedürfnisse, die sich aus den Zeitproblemen ergeben, als Teil der Firmenkultur interpretieren. Hier gibt es keine klare Trennung mehr zwischen Privat und Firma, aber der Unternehmer ist bereit, die privaten Bedürfnisse auch zu akzeptieren.

Aus diesem Grundgedanken ist das Modell der so genannten Work-Life-Balance entstanden, das heute auch in Deutschland intensiv diskutiert wird, wie sich nämlich die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse der Menschen, die sich manchmal mit den Firmeninteressen brechen, so organisieren lassen, dass beide Bedürfnisse im Grundsatz gleich berechtigt nebeneinander stehen. Und die Geschichte dieser Firma zeigt weiterhin, dass sie nicht nur ökonomisch erfolgreich ist; die Fluktuation der Mitarbeiter liegt unter 5 Prozent, trotz der bei amerikanischen Computerfirmen dieser Art normalerweise üblichen 25 Prozent, weil hier offensichtlich, statt der Maximierung des

Einkommens, diese ganz andere Politik wirkt, die danach fragt, wie sich eigentlich die Dinge so organisieren lassen, dass bestimmte Lebensbedürfnisse einfach berücksichtigt werden. Das steigerte nicht

Das steigerte nicht nur den Output der Firma, sondern offensichtlich auch die subjektive Zufriedenheit der Menschen, die in dieser Firma arbeiten.

nur den Output der Firma, sondern offensichtlich auch die subjektive Zufriedenheit der Menschen, die in dieser Firma arbeiten.

Nun kann man einwenden, das könnten nur große Firmen machen, weil kleine Firmen zu solchen Angeboten nicht in der Lage seien. Eine Stiftung in Deutschland zeichnet Firmen nach ihrer „Work-Life-Balance“ aus, und erstaunlicherweise gibt es da häufig kleine Firmen mit 100 bis 150 Mitarbeitern, oder etwa die Firma eines Steuerberaters mit 5 Mitarbeiterinnen, der ein sehr kreatives Modell entwickelt hat, wie sich unterschiedliche Zeitbedürfnisse

Das Wichtigste in unserer Gesellschaft ist heute, dass wir viele neue und unterschiedliche Modelle denken.

auf die Firma und die Familie beziehen können. Das Wichtigste in unserer Gesellschaft ist heute, dass wir viele neue und unterschiedliche Modelle denken.

Historisch hatten wir in der Industriegesellschaft eine klare Differenzierung von Zeit über Beruf und Familie organisiert, die heute aus vielerlei Gründen zusammenbricht. Dieses Zusammenbrechen wird, wenn wir nichts ändern, unser Sozialkapital und unser Humankapital in Frage stellen. Wir müssen eine neue Zeitorganisation schaffen, die möglicherweise in einem Punkt ganz altmodisch ist wie in der Agrargesellschaft. In der Agrargesellschaft war es üblich und notwendig, dass die Produktionsbedingungen des Betriebes und die privaten Lebensbedingungen der Subjekte aufeinander bezogen

waren, weil sonst das Überleben der jeweiligen Gemeinschaft nicht möglich gewesen wäre. Wir können keine heile Welt zurückholen, aber wir können zumindest davon lernen, die rigorose Trennung der verschiedenen Lebenswelten, wie wir sie heute kennen, nicht zwangsläufig aufrecht zu erhalten.

Das lässt sich theoretisch in zwei Linien durchdenken. Zum einen müssen wir uns den Lebensverlauf anschauen und uns fragen, ob die dreiteilige Organisation des Lebensverlaufs, wie wir sie heute haben, wirklich angemessen ist mit Lernen im ersten Drittel, Arbeiten im zweiten Drittel und danach Erholen. Eine große Volkspartei hat genau dieses Muster noch auf ihrem Parteitag Anfang der 90er Jahre als Ziel formuliert. Abweichend davon lassen sich Lebensverläufe vorstellen, die viel bunter sind, die Lernen, Arbeiten, Familie im Lebensverlauf in wechselnden Phasen angemessen miteinander verbinden. Das bedeutet allerdings für unsere sozialen Sicherungssysteme eine große Umstellung, denn diese sind genau auf diese Dreiteilung eingerichtet und nicht auf eine Vermischung.

Ein gutes Beispiel für solche bunten Lebensverläufe gibt es beispielsweise bei der Bundeswehr. Wenn ein junger Mann Offizier werden will, verpflichtet er sich für 12 Jahre bei der Bundeswehr, davon sind 3 Jahre Ausbildung, 3 Jahre Militärtechnik, dann 6 Jahre Militärdienst; nach 2 Jahren

Übergang, ist es dann in der Regel 33 bis 35 Jahre und wechselt in einen ganz anderen Beruf. Offensichtlich geht das in diesem Bereich, und die Gesellschaft kann hier scheinbar so viel Geld ausgeben. Man könnte sich vorstellen, das wäre in anderen Bereichen auch so. Bei der Übertragung dieses Modells auf das Bildungssystem könnte man sich vorstellen, die Eingangsvoraussetzung für ein Jurastudium wäre etwa Justizangestellter in einer Vollzugsanstalt, die für ein Medizinstudium die Pflegeausbildung, so dass erst eine einfachere Ausbildung, und möglicherweise später eine höhere Qualifikation absolviert wird. Das hört sich im Augenblick fast revolutionär an, aber das haben uns andere Länder bereits

Und eine größere Bunteheit im Lebensverlauf führt möglicherweise zu einer Entspannung der Zeitbedürfnisse. vorgemacht. Und eine größere Bunteheit im Lebensverlauf führt möglicherweise zu einer Entspannung der Zeitbedürfnisse.

Die zweite Perspektive betrifft die Alltagszeit. Ich persönlich halte bei der Alltagszeit folgende Entwicklung für möglich: Wir müssen bereit sein zu akzeptieren, dass diejenigen, die im Bereich des Sozialkapitals besondere Leistungen erbringen, und das sind nun mal Eltern und Familien, nicht diejenigen sind, die die Zeitprobleme allein zu lösen haben, vielmehr brauchen wir zur Lösung dieser Zeitprobleme die Kommunen, die Länder und den Bund, und wir brauchen die Industrie. Auch dafür gibt es ein plausi-

bles Beispiel: Der Bürgermeister von Boston, einer relativ großen amerikanischen Stadt und einer der großen Finanzdienstleistungssektoren Amerikas, hat ein After-School-Movement gegründet. Alle führenden Chefs der örtlichen Industrie von Boston denken sich aus, wie sie ihre Manager dazu bringen, sich beispielsweise nach der Schule um Kinderbetreuung zu kümmern, also in sozial benachteiligten Gebieten mit den schwarzen Kindern, die vielleicht nicht mehr in die Schule gehen wollen, Baseball oder sonst was zu spielen. Diese so genannte Sozialzeit müssen die Manager ohne Bezahlung erbringen und sie müssen die Zeit irgendwie reinholen. Es gehört aber zu den beruflichen Erwartungen, die dann jährlich bewertet werden, es wird geprüft, ob jeder solche Formen von Sozialzeit erbracht hat. Dahinter steht die Vorstellung, dass man auch von den führenden berufstätigen Menschen Sozialzeit erwarten sollte. Dahinter steht die Vorstellung, dass man auch von den führenden berufstätigen Menschen Sozialzeit erwarten sollte.

Erst dann, wenn in einer Gesellschaft klar ist, dass sich alle Gesellschaftsmitglieder, männlich oder weiblich, in dieser Weise gesellschaftlich verbindlich engagieren, und es auch in der Industrie klar ist, dass diese Form von Sozialzeit Teil der Lebenszeit sein muss, erst dann lassen sich die beschriebenen Zeitprobleme lösen. Gerade der Öffentliche Dienst hat in meinen Augen einen besonderen Nachholbedarf, weil er so etwas überhaupt nicht macht. Man stelle sich unsere Bundesverfassungsrichter vor, die ihre Sozialzeit ableisten, indem sie in der Schuldnerberatung arbeiten.

Wenn wie diesen Wechsel zu einem bunten Lebensverlauf mit der Mischung von unterschiedlichen Phasen und mit unterschiedlichen Aktivitätsbereichen nicht schaffen, schreiben wir tradierte Strukturen fort mit der Konsequenz, dass unser Humankapital und unser Sozialkapital weiter abnehmen werden.



Liebe Christiane Reckmann,
liebe Magda Göller,
sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Fachkongresses,
„Familien im Zentrum der Politik“, dieser Titel meines Beitrages ist zugleich die meines Erachtens wichtigste politische Forderung. Ich möchte mit Ihnen darüber diskutieren, welche politischen Initiativen dafür schon begonnen worden sind, aber auch und gerade darüber, was noch nötig ist, von Seiten der Politik, der Verbände, der Gesellschaft, der Individuen, damit Familien tatsächlich im Zentrum unserer Gesellschaft stehen.

Familienpolitik ist mehr als eine Querschnittsaufgabe. Familienpolitik ist gleichzeitig Sozialpolitik und Bildungspolitik, Familienpolitik ist gleichzeitig Wirtschaftspolitik und auch Stadtplanungspolitik. Die SPD hat den Satz geprägt: „Familie ist, wo Kinder sind.“ Dieser Satz bedeutet: Im Mittelpunkt müssen die Kinder stehen. Das Leben mit Kindern muss erstrebenswert und vor allem auch möglich gemacht werden. Männer und Frauen müssen gleichermaßen die Chance und die Wahlfreiheit für Familie und Beruf und natürlich für die Vereinbarkeit beider Bereiche haben.

Ich will am Beispiel der Stadtplanung ganz bildlich deutlich machen, was es heißt, wenn Kinder und Familien im Zentrum stehen, bzw. leben sollten:

Tatsache ist, dass in den sozialen Brennpunkten viele Kinder leben, in den innenstadtnahen und den sog. „besseren Vierteln“ nur ganz wenige. Die Mütter der sozialen Brennpunkte sind viel jünger, die Eltern in den gut betuchten Vierteln sind meist älter. In den schwächeren sozialen Milieus herrscht oft ein traditionelles Frauen- und Familienbild und es bestehen nur geringe Aufstiegschancen für Frauen im Beruf. In vielen Familien stellen die sozialen Transferleistungen, die aufgrund der Kinderzahl gezahlt werden, oftmals einen erheblichen Anteil am Familieneinkommen

Wenn höhere Sozialleistungen für Kinder eine Auswirkung auf die Geburtenrate haben könnten, dann höchstens in den sozial schwachen Schichten.

dar. Wenn höhere Sozialleistungen für Kinder eine Auswirkung auf die Geburtenrate haben könnten, dann höchstens in den sozial schwachen Schichten. Die geografische Siedlungsstruktur der Städte verbildlicht, was der Gesellschaft insgesamt droht: Kinderreichtum in den großen ehemaligen Arbeitervierteln, die Kinder der Wohlhabenden und der oberen Mittelschichten in den neu gebauten Eigenheimsiedlungen am Rande der Städte oder auf dem Land aus dem Boden gestampft. (Nur nebenbei gesagt: Die bisherige Form der Eigenheimzulage hat erheblich zu dieser Struktur beigetragen.) Und in der Mitte von Stadt und Gesellschaft werden Kinder zu exotischen Ausnahmen.



Eine Ausnahme dabei ist der Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, der deswegen schon internationale Berühmtheit erlangt hat. Nirgendwo sonst habe ich so viele Kinder in Straßenbild gesehen und ein so selbstverständliches Zusammenleben von Kindern und Erwachsenen. Nirgendwo sonst aber habe ich als „Wessi“ bisher auch eine so gut ausgebaute Infrastruktur von Kinderbetreuung gesehen (leider wird sie zunehmend unbezahlbar).

Bei der überwiegend in Deutschland existierenden Siedlungsstruktur, die ich eben beschrieben habe, verliert die Gesellschaft ein Stück ihrer Zukunftsfähigkeit. Wir müssen aber verhindern, dass Kinderreichtum zu einem Phänomen sozialer Randgruppen wird. Familien dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden, dass sie regelrecht vereinsamen, dass sie zu einem sozialen Ausnahme-Phänomen werden.

Bei der überwiegend in Deutschland existierenden Siedlungsstruktur, die ich eben beschrieben habe, verliert die Gesellschaft ein Stück ihrer Zukunftsfähigkeit.

Aber nun zur Familienpolitik im engeren Sinne:

Eine noch größere Herausforderung als die gestiegene Lebenserwartung ist die Tatsache, dass in unserem Land immer weniger Kinder geboren werden als in der Vergangenheit. Kinder sind unsere Zukunft und wir wollen ein kinderfreundliches Deutschland. Kinder sollen gut aufwachsen können, Bildungschancen haben und gesund leben können.

Deutschland ist in Europa das Land mit den niedrigsten Geburtenraten und der höchsten Kinderlosigkeit. Im Jahr 2000 bekam eine Frau im Durchschnitt 1,36 Kinder. Zwar bekommen diejenigen, die Kinder bekommen, dann auch zwei oder mehr Kinder. Das Problem der niedrigen Geburtenraten in Deutschland ist, dass immer mehr Frauen überhaupt keine Kinder bekommen. Sie als Fachleute kennen die Prozentzahl der kin-

derlosen Akademikerinnen unter 40 Jahren, sie liegt bei 40 %. Und bei diesem Trend gleichen sich auch West- und Ostdeutschland aneinander an. Zwar bewegen wir uns in Ostdeutschland bei einem durchschnittlichen Wert von „nur“ 16 bis 17 % der kinderlosen Akademikerinnen. Einen starken Anstieg müssen wir aber auch leider hier feststellen.

Sie alle kennen aber auch die Befragungen, wie z.B. die Shell-Jugendstudie, nach denen Jüngere wie Ältere in der Familie den persönlich wichtigsten Lebensbereich sehen. Er rangiert vor Beruf und Freizeit. Die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit war aber noch nie so groß wie heute.

Meine Auffassung ist: Der Staat muss mehr für Kinder und Familien tun. Es gibt eine öffentliche Verantwortung dafür, dass die Bildung, die Erziehung und Betreuung der Kinder in so hoher Qualität wie möglich stattfindet. Aber die gewünschte kinderfreundliche Gesellschaft macht sich meiner Meinung nicht daran fest, wieviel Euro der Staat Eltern dafür gibt, dass sie ein Kinder oder Kinder bekommen. Wir wissen, dass überall dort, wo es gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt, die Frauenerwerbsquote höher ist und mehr Kinder geboren werden. In Dänemark besuchen fast 50 % der Kinder unter drei Jahren eine Tageseinrichtung, in Frankreich und in Belgien liegt dieser Anteil bei 20 %. In Frankreich gehen fast 100% der Kinder eines Jahrganges von drei bis sechs Jahren in die école maternelle, die Vorschule, die einem guten Kindergarten vergleichbar ist und auch ganztags angeboten wird. In Westdeutschland gibt es für 5 % der unter Dreijährigen einen Platz in einer Tageseinrichtung, in den Neuen Ländern immerhin für 35 %.

Fazit ist aber: Wer Kinder hat, findet in Deutschland nur schwer Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren. Dieses Problem trifft trotz aller Emanzipation immer noch überdeutlich die Frauen. Allein das Wort „Rabenmutter“ gibt es in anderen Sprachen nicht, nur in Deutschland. Auch das zeigt das ideologische

Allein das Wort „Rabenmutter“ gibt es in anderen Sprachen nicht, nur in Deutschland.

Problem, das wir in Deutschland noch immer haben.

Frauen, vor allem beruflich gut qualifizierte Frauen, geben sich aber immer seltener mit der ausschließlichen Rolle als Mutter zufrieden, das zeigen uns die Geburtenstatistiken sehr deutlich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist auch deshalb so wichtig, weil Frauen auch finanziell selbst für sich sorgen wollen. Und das trägt bei zur Armutsbekämpfung.

Mit unserer sozialdemokratischen Familienpolitik verfolgen wir deshalb zwei Ziele:

- Materielle Leistungen für Familien ausbauen und – gerade in Zeiten knapper Kassen – zielgenauer machen und
- die Infrastruktur für Familien, d.h. besonders die Kinderbetreuung verbessern.

Zum Ersten:

Im internationalen Vergleich steht Deutschland, was die materiellen Leistungen für Familien angeht, gut da. Hier stehen wir im europäischen Vergleich gut da: Nach Luxemburg zahlt Deutschland das zweithöchste Kindergeld in der Europäischen Union. Seit 1998 hat die Bundesregierung die Familie um rund 19 Milliarden Euro entlastet: durch Kindergelderhöhung, neue staatliche Regelungen und die Zuschläge beim Wohngeld und bei der Ausbildungsförderung. Damit haben wir einen seit langem aufgelaufenen Nachholbedarf der Entlastung von Familien gedeckt.

Dennoch bleibt festzustellen: Kinder sind für bestimmte Gruppen von Familien nach wie vor ein Armutsrisiko.

Dennoch bleibt festzustellen: Kinder sind für bestimmte Gruppen von Familien nach wie vor ein Armutsrisiko, die Einkommensgerechtigkeit zwischen Familien und Erwachsenen

ohne Kindern konnte nur begrenzt gefördert werden. Insbesondere alleinerziehende Eltern oder Mehrkinder-Familien sind heute von Einkommensarmut bedroht.

Es fehlt an Möglichkeiten, Kindererziehung mit Berufstätigkeit zu verbinden. Denn die

Es fehlt an Möglichkeiten, Kindererziehung mit Berufstätigkeit zu verbinden.

mögliche Erwerbstätigkeit beider Eltern verhindert ja gerade Familien- und Kinderarmut. Auch fehlende oder unzureichende schulische und berufliche Bil-

dungsabschlüsse sind ein Hemmnis, den Lebensunterhalt der Familie auskömmlich zu gestalten. Staatliche Transfers sind in diesen Fällen nötig, um die Familien in der aktuellen Lebenssituation zu unterstützen. Sie sollen Kindern und Eltern auch helfen, aus der Sozialhilfe herauszukommen. Materielle Förderungen der Familien müssend deshalb in Zukunft einerseits existenzsichernd sein, andererseits aber stärker Anreize schaffen, erwerbstätig zu werden und berufliche Fortentwicklung zu suchen.



Ein gutes Beispiel für die bessere Zielgenauigkeit: Wir wollen einen Kinderzuschlag in Höhe von bis zu 140 Euro pro Monat für Eltern mit einem geringen Einkommen einführen. So verhindern wir, dass Eltern, die durch ihre Erwerbstätigkeit zwar ihren eigenen Unterhalt sichern, aber nicht mehr den ihrer Kinder dadurch sichern können, ergänzende Sozialhilfe für ihre Kinder beantragen müssen. Dieser Zuschlag mindert sich stufenweise für jede zehn Euro, um die der eigenen Bedarf der Eltern überstiegen wird, um sieben Euro. Der Anreiz der Eltern, zu arbeiten, wird mit dem Kinderzuschlag erhöht. Zudem werden Eltern unterstützt, von staatlicher Hilfe unabhängig zu werden. Und wir bekämpfen die Kinderarmut: Etwa 150.000 Kinder und deren Familien werden mit dem Kinderzuschlag aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II herausgeholt.

Steuerfreibetrag für echte Alleinerziehende
Ab dem 1. Januar 2004 soll für Alleinerziehende ein dauerhafter Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr gelten. Damit unterstützen wir die (echten) Alleinerziehenden, die natürlich eine höhere finanzielle Belastung als Paare mit Kindern haben. Diese Regelung muss sein, um die Belastungen von Alleinerziehenden, die durch den Wegfall des ehemaligen Haushaltsfreibetrages entstehen, auszugleichen. Im Jahr 2002 gab es mehr als 2,1 Millionen Alleinerziehende. Davon gelten fast eine Millionen als echte Alleinerziehende, für die nun der Steuerfreibetrag eingeführt wird. (Die Ge-

samtkosten dieses neuen dauerhaften Freibetrages belaufen sich für Bund, Länder und Kommunen auf 300 Mio. Euro, davon trägt der Bund 135 Mio. Euro. Diese 135 Millionen Euro sind von unserer Ministerin Renate Schmidt wirklich hart erkämpft worden.)

Zum Zweiten, zum Ausbau der Infrastruktur für Kinder

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Familien verbessern. Daran wird sich die Zukunftsfähigkeit, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes entscheiden. Deutschland hat in Sachen Familienfreundlichkeit Nachholbedarf. Das Defizit an Betreuungsangeboten spielt dabei eine heraus-

Es ist ökonomischer Unsinn, mehr als die Hälfte der Bevölkerung – die Frauen – mit hohen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kosten gut auszubilden, ohne dass sie diese Investition wirklich nutzen können.

ragende Rolle. Es ist ökonomischer Unsinn, mehr als die Hälfte der Bevölkerung – die Frauen – mit hohen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kosten gut auszubilden, ohne dass diese Investition wirklich nutzen können. Der Wahlzwang „Kind oder Beruf“ bzw. „Kind oder Karriere“

muss endlich auch in Deutschland der Vergangenheit angehören.

Der Ausbau von Kinderbetreuung ist deshalb eines der wichtigsten gesellschaftspolitischen Vorhaben unserer Politik in dieser Legislaturperiode. Die Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebotes für Kinder

aller Altersgruppen ist zugleich Voraussetzung für eine effiziente und zielgenaue Förderpolitik gegenüber Familien. Vor allem Westdeutschland liegt weit hinter dem europäischen Standard. Mit drei Prozent Krippenplätzen und rund acht Prozent Hortangeboten, mit Halbtagskindergartenplätzen und der üblichen Halbtagschule ist unser Betreuungsangebot nicht konkurrenzfähig. Deshalb unterstützt der Bund die Länder mit vier Milliarden Euro beim Ausbau von Ganztagschulen. Für die Ausweitung des

Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren stellt der Bund künftig 1,5 Milliarden Euro jährlich bereit, obgleich das die originäre Aufgaben der Kommunen ist. Wir wollen ein bedarfsdeckendes Angebot bis zum Jahr 2010 erreichen.

Ein wichtiger Aspekt ist auch: Familienfreundlichkeit zahlt sich für die Unternehmen aus.

Ein wichtiger Aspekt ist auch: Familienfreundlichkeit zahlt sich für die Unternehmen aus. Belegt ist: wer flexibel auf die



spezifische Lebenssituation von Beschäftigten mit Kindern unterschiedlicher Altersgruppen eingeht, wer spezielle Angebote der Arbeitszeitgestaltung, der Personalentwicklung, der Vermittlung von Dienstleistungen und Betreuungshilfen bietet, der spürt die positiven Effekte deutlich und umgehend, z.B. durch höhere Rückkehrquoten nach der Elternzeit, geringere Wiedereinstiegsdauer, erweitertem Arbeitsumfang nach Wiedereinstieg, weniger Fehlzeiten und bessere Unternehmensbindung. Deshalb sind auch die Unternehmen aufgefordert, mehr in Kinderbetreuung zu investieren.

Die Startchancen für Kinder werden früh, in den ersten sechs Lebensjahren, gesetzt. Diese Startchancen der ersten sechs Lebensjahren entscheiden über den späteren Lebensweg eines Kindes.

Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern. Die Startchancen für Kinder werden früh, in den ersten sechs Lebensjahren, gesetzt. Diese Startchancen der ersten sechs Lebensjahren entscheiden über den späteren Lebensweg eines Kindes.

Kindes. Wir wollen mit den Bundesländern zu einem gemeinsamen Rahmen über Bildungs- und Erziehungsziele im Elementarbereich kommen. Das Bundesfamilienministerium hat bereits einerseits Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder gemacht.

Bestmögliche frühe Förderung des einzelnen Kindes ist nicht nur die Voraussetzung für mehr persönliche Chancengleichheit, sondern auch für die Entwicklungsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft. Für lebenslanges Lernen als Weg zu dauerhaftem beruflichen Erfolg müssen die Grundsteine in der Kindheit gelegt werden. Deshalb muss der Ausbau der Kinderbetreuung nach Qualitätskriterien erfolgen, die Bildung, Erziehung und Betreuung in einen engen Zusammenhang bringen. Die sozialen Barrieren in unserem Bildungssystem sind zu einem erheblichen Teil eine Folge der fehlenden vorschulischen Förderung. Investitionen in ein erweitertes Bildungs- und Betreuungssystem sind unzweifelhaft eine gesellschaftliche Aufgabe.

Meine These lautet deshalb: Die Ausweitung der staatlichen Förderung von Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ist wichtiger als die weitere Erhöhung direkter

Die Kosten eines Kindes entstehen nicht in erster Linie durch Windeln, Kinderkleidung und Babynahrung. Vielmehr entstehen die wirklichen finanziellen Ungerechtigkeiten durch den Ausfall an Erwerbsarbeitszeit und durch die Behinderung des beruflichen Aufstiegs.

finanzieller Transfers an die Familien. Denn mit Betreuungsplätzen kann man einen erheblichen Beitrag zu einem gerechten finanziellen Familienlastenausgleich und zur sozialen Integration leisten. Die Kosten eines Kindes entstehen nicht in erster Linie durch Windeln, Kinderkleidung und Babynahrung. Vielmehr entstehen die wirklichen

finanziellen Ungerechtigkeiten durch den Ausfall an (zumeist: mütterlicher) Erwerbsarbeitszeit und durch die Behinderung des beruflichen Aufstiegs. Diese Kosten sind so immens, dass der Staat sie nicht ausgleichen kann. Dagegen lässt sich eine ordentliche Betreuungsinfrastruktur, ganztags und auch für unter Drei- und über Sechsjährige, auf lange Sicht gesehen durchaus finanzieren.

Bildung muss früh beginnen, weil Kinder früh anfangen, sich zu entwickeln. Kindergärten brauchen noch deutlicher einen Bildungsauftrag. Wir müssen die Früh- und Sprachförderung ausbauen und eine Brücke vom Kindergarten in die Schule bauen. Deshalb muss meines Erachtens langfristig die vorschulische Bildung ab dem 5. Lebensjahr kostenfrei werden. Ich baue auf Ganztägigkeit, weil die Schule der Zukunft die Ganztagschule ist – für alle, die sie wollen und brauchen. Diese Schule braucht nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, sondern PsychologInnen, Theater- und SportpädagogInnen, Erzieherinnen und Erzieher. So wird eine solche Einrichtung nicht nur ideal für die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit der Erwachsenen, sondern vor allem für die Schülerinnen und Schüler. Dabei setze ich Ganzheitlichkeit, weil wir den ganzen Menschen bilden wollen und nicht nur seinen Kopf mit Wissen füllen. Wir müssen unsere Kinder nicht marktfähig machen, sondern wollen ihren Wissensdurst stillen.

Wir müssen unsere Kinder nicht marktfähig machen, sondern wollen ihren Wissensdurst stillen. Kindergärten müssen Bildungseinrichtungen werden.

Kindergärten müssen Bildungseinrichtungen werden.

Die Zeit im Kindergarten wäre die Zeit, in der Kinder ohne festgelegten Kanon und ohne Leistungsdruck lernen könnten.

In nahezu allen EU-Nachbarstaaten werden die KindergärtnerInnen an Hochschulen ausgebildet und entsprechend bezahlt. Bei uns ist der Erzieherberuf mit einem enorm niedrigen sozialen Status, der sich in entsprechend niedriger Entlohnung festmacht, ausgestattet.

Zuletzt zu den Hartz-Reformen und ihrer Wirkung auf Familien. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze haben bislang nicht den Ruf, für Familien Vorteile zu bringen. Das ist aber ein Irrtum. Die beiden Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Hartz III und Hartz IV, enthalten ein Bündel von Maßnahmen, die insbesondere Frauen mit Familie zugute kommen, wenn sie arbeiten gehen wollen. Wir wollen, dass Frauen, die Kinder haben, bessere Integrationschancen im Arbeitsmarkt haben. Eine Frau, die ein Kind oder mehrere erzieht, aber selbstverständlich arbeiten will, können wir die Chance auf ein Erwerbsleben nicht wegen der Erziehung verwehren, sondern wir müssen dafür sorgen, dass sie diese Chance bekommt.

Deswegen formulieren die Hartz-Gesetze Ansprüche auf verschiedene Leistungen, die erwerbsfähige Personen, also jeder, der/die mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann, gegenüber dem Job-Center haben. Dabei ist es wichtig zu wissen, dass diese Leistungen unabhängig davon stehen, ob jemand Leistungsbezieher im Sinne von Geldleistungen ist. Diese Leistungen reichen von einer umfassenden Betreuung durch einen persönlichen Berater oder eine per-

Denn wenn die Job-Center sich nicht mehr darauf zurückziehen können, man könne eine Frau nicht vermitteln, weil es keine Kinderbetreuung gibt, sondern sich um die Kinderbetreuungsmöglichkeit kümmern müssen, dann werden die Chancen der Frau, einen Job zu bekommen, um ein Vielfaches erhöht.

sönliche Beraterin mit dem Ziel der Eingliederung in Arbeit über die Vermittlung von Kinderbetreuung. Denn wenn die Job-Center sich nicht mehr darauf zurückziehen können, man könne eine Frau nicht vermitteln, weil es keine Kinderbetreuung gibt, sondern sich um die Kinderbetreuungsmöglichkeit kümmern müssen, dann werden die Chancen der Frau, einen Job zu bekommen, um ein Vielfaches erhöht.

Besonders erwähnen möchte zu den Reformen am Arbeitsmarkt, dass insbesondere alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen von der Regelung profitieren werden, dass zukünftig für Bezieher und Bezieherinnen des Arbeitslosengeldes II Beiträge zur Rentenversicherung gezahlt werden. Hier wird erstmals eine Erhöhung der Rentenansprüche erreicht. Etwa 900.000 bisherige Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, davon sehr viele Allein-erziehende, werden in Zukunft Alg II mit allen dazu gehörenden Vermittlungsmaßnahmen bekommen. Das ist ein echter Fortschritt.

Fazit: In einer kinderfreundlichen Gesellschaft muss die vorhandene Arbeit – Erwerbsarbeit, Erziehungsarbeit, aber auch soziales Leben – besser verteilt werde. Die „Work-Life-Balance“ muss stimmen. Dafür müssen sich besonders die Mäner bewegen und verändern, ohne sie wird es hier keinen Fortschritt geben, denn die Rollenmuster sind noch immer zu starr.

Teilhabe an Bildung, Arbeit und darüber an unserer Gesellschaft darf nicht das Privileg weniger bleiben. Nicht selten bringen sich auf der einen Seite viele Menschen, meist mit guter Ausbildung und relativ gutem Einkommen, aktiv in die Gesellschaft ein, während gleichzeitig auf der anderen Seite Ausgrenzung und Teilnahmslosigkeit ganze Bevölkerungsgruppen kennzeichnen. Diese Desintegration birgt nicht nur Gewaltpotenziale und Gefahren für die sozialen Struktu-

ren unserer Gesellschaft. Sie benachteiligt auch die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, unterhöhlt die Demokratie und gefährdet eine homogene Entwicklung in den Kommunen. Eine aktive Integrationspolitik ist daher Kernbestandteil der Bürgergesellschaft und einer kinder- und familienfreund-

Eine aktive Integrationspolitik ist daher Kernbestandteil der Bürgergesellschaft und einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft.

lichen Gesellschaft. Dies gilt im Hinblick auf stärkere politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe, aber insbesondere auch für Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit und kulturellem Leben. Und

nicht zuletzt auch für Stadt- und Bauplanung. Die Aktivierung und Anerkennung der unterschiedlichen Gruppen kann insbesondere auf der lokalen Ebene geleistet werden, gerade dort können und müssen die Rahmenbedingungen einer zukunftsfähigen Familienpolitik entwickelt und aktiv umgesetzt werden.



Der 2. Tag begann mit dem Improvisationstheater „Die Gorillas“ aus Berlin.

Auf Zuruf der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden auf amüsante und anregende Art verschiedene Aspekte des Familienlebens von heute und morgen dargeboten. Angeregt durch die Beiträge der „Gorillas“ fiel es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern leicht, in den anschließend stattfindenden Fachforen kreative Zukunftsentwürfe zu entwickeln.



FORUM 1:
Familien und kommunale Sozialpolitik

FORUM 2:
Familien und Arbeitswelt

FORUM 3:
Familien und Generationengemeinschaften

FORUM 4:
Familien und soziale Dienstleistungen

FORUM 1:
Familien und kommunale Sozialpolitik:

Impulsreferat: Hans Jörg Seeh,
Stellv. Vorsitzender des Deutschen Vereins, Vorstandsmitglied des AWO-Bundesverbandes, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Freiburg, Freiburg

Moderation und Zusammenfassung der Diskussion:
Mathias Engel,
Referent für Jugendhilfepolitik beim AWO-Bundesverband, Bonn

Zusammensetzung des FORUMS 1:
Die Teilnehmerinnengruppe besteht aus ca. 15 Personen. Diese kommen aus unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und -bereichen (so z.B. dem AWO-Vorstand, der Senatsverwaltung Berlin, dem Bundeselternrat, eine Selbsthilfegruppe, einem Vertreter des BMFSFJ sowie einem Vertreter des Vorstandes des Bundesforums Familie.

Hans Jörg Seeh erklärt folgende zentrale Punkte zur kommunalen Familien- und Sozialpolitik:

- Kinder- und Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe für alle Ämter und Dienste einer Kommune.
- Die Zukunftsfähigkeit einer Stadt hängt davon ab, ob Familien gern in einer Stadt leben.
- Die Grundlage für gute Politik sind Berichte, Statistiken und Materialien.
- Familienpolitik darf nicht in Ämtern verschwinden, sondern ist Leitungsaufgabe.
- Familienpolitik braucht Kooperationspartner/innen.
- Stadtplanungspolitik ist bedeutsam für

die Chancen von Familien.

- Bildung und Betreuung spielen eine zentrale Rolle. Sie sind der Schlüssel für die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Die Partnerschaft mit freien Trägern ist für eine erfolgreiche kommunale Familienpolitik unabdingbar.

1. Aktuelle Entwicklungen in der Gegenwart

Auch wenn die meisten der Anwesenden die einführenden Erläuterungen von Hansjörg Seeh zur familialen Sozialpolitik teilen, gehört die aktuelle Finanzsituation vieler Kommunen als hinderlich bis kontraproduktiv für zu gelingende Familienpolitik herausgearbeitet. Einig sind sich alle Vertreterinnen in der Bedeutsamkeit von Familien im Rahmen kommunaler Sozialpolitik. Für eine Stärkung familiengerechter Infrastruktur wird besonderer Wert auf die Kooperation verschiedener Partnerinnen und Partner gelegt.

2. Signale und Botschaften – Hinweise für die Zukunft

Die von Hansjörg Seeh eingangs formulierte These „Familienpolitik ist Leitungs-/ Querschnittsaufgabe“ wird von den Anwesenden geteilt, findet sich jedoch in den meisten Kommunen eher als Vision denn als praktizierte Praxis wieder.

Familien brauchen Raum und Räume müssen für Familien genutzt werden.

- Die Multifunktionalität von öffentlichen Gebäuden und Räumen muss genutzt und gefördert werden.
- Es bedarf im Hinblick auf eine solche Nutzung ein hohes Maß an Deregulierung. Vielfach sind vorhandene Vorschriften und Gesetze für aktivierende Familienpolitik eher hinderlich denn förderlich.
- Familien wollen wahrgenommen werden. Für diese Wahrnehmung bedürfen sie der Unterstützung durch kommunale aber auch freie Träger und Vereine.



FORUM 2: Familien und Arbeitswelt

Impulsreferat: Prof. Dr. Irene Gerlach,
Projekt Mittelstand und Familie, Münster

Zusammensetzung des FORUMS 2:
???????Die Teilnehmerinnengruppe besteht aus ca. 15 Personen. Diese kommen aus unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und -bereichen (so z.B. dem AWO-Vorstand, der Senatsverwaltung Berlin, dem Bundeselternrat, eine Selbsthilfegruppe, einem Vertreter des BMFSFJ sowie einem Vertreter des Vorstandes des Bundesforums Familie.

Moderation und Zusammenfassung der Diskussion:
Apostolos Tsalas, Referent für Grundsatzfragen der Sozialpolitik beim AWO-Bundesverband, Bonn

Erforderliche Rahmenbedingungen für eine familienbewusste Betriebs- und Personalpolitik Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen – Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten

A. Allgemeine Rahmenbedingungen

Betriebliche Personalpolitik ist eingebunden in ein Netzwerk von Determinanten aus rechtlichen Vorgaben, Wettbewerbsdruck des Marktes sowie betriebsinternen Produktionsfaktoren und Öffentlichkeit.

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen gehören neben den Grundrechten (v.a. Art. 3 und 6 GG), das Sozialgesetzbuch, das KJHG, das Mutterschaftsgesetz das Elternzeitgesetz und schließlich entsprechende

Richtlinien der EU wie unten stehende Tabelle im Überblick zeigt (IfM 2003: 18). Für Unternehmen ergeben sich Verknüpfungen durch Umsetzungsverpflichtungen oder durch freiwillige weiterführende Maßnahmen, wie z. B. ein betriebliches "Baby-Ausstattungs-geld" oder ein zusätzliches Erziehungs-geld.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Unter Marktgesichtspunkten können familienfreundliche Maßnahmen für Unternehmen nur interessant sein, wenn sie entweder weitgehend kostenneutral zu organisieren sind oder wenn im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls der Nutzen überwiegt, etwa durch Mitarbeiterbindung, Motivationssteigerung, sinkende Fluktuation und geringere Fehlzeiten (Hertie-Stiftung 2003: 11 ff.). Hiermit stellen sich familienpolitische Maßnahmen ebenso als direkte Rahmenbedingungen der betrieblichen Produktion dar wie als solche der Öffentlichwirksamkeit von Betrieb und Produkten.

Sie sind eingebettet in eine Trias von Handlung und Motiven, die durch günstige Beeinflussung der Rahmenbedingungen in den Einzelsegmenten miteinander verbunden werden können.

Akteurstrias

B. Betriebliche Maßnahmen

Anders als viele familienfreundliche Maßnahmen, die durch entsprechende Organi-

sation weitgehend kostenneutral umgesetzt werden können¹, **verursachen familienfreundliche Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen naturgemäß Kosten**². Diese allerdings gilt es ihrem Nutzen gegenüberzustellen. Außerdem – und dies ist insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen wichtig – sind die Kosten durch Kooperationen mit anderen Betrieben oder Kommunen sowie durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationsangeboten der Wirtschaftsverbände zu reduzieren.

Welche Maßnahmen gehören zum Bereich „Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen“ einer familienfreundlichen Betriebspolitik?³ Hier sind zunächst

> familienbezogene **Vergütungsbestandteile** zu nennen, die gewährt werden, um die erhöhten Bedarfe von Familienhaushalten zu decken. Dazu gehören z. B. kinderzahlbezogene Aufstockungen des Gehalts und Kinderweihnachtsgeld.

> Daneben gibt es Maßnahmen im Bereich der **sozialen Sicherung**: Anrechnung von Kindererziehungszeiten bei der betrieblichen Altersversorgung bzw. Berechnung der Betriebszugehörigkeit bei Teilzeit, Sozialleistungen während der Erziehungsphase oder

Unterstützung privater Altersvorsorge nach Kinderzahl.

> Weiterhin zu nennen: Entgeltfortzahlung bei Pflege von Kindern über das gesetzliche vorgegebene Maß hinaus,

> die Familienphase wird nicht als Unterbrechung der Betriebszugehörigkeit gewertet und wirkt sich auf Bezugsrechte für Belegschaftsaktien oder auf Jubiläen aus,

> das Angebot **moderner Entgeltgestaltung**: z. B. Cafeteria-Systeme oder Zeitwertpapiere: Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Leistungsangeboten innerhalb eines Budgets, in das Grundvergütung, Arbeitszeit und Urlaub miteinbezogen werden und in dessen Rahmen Zeit- oder Geldwerte angespart werden können und bei Bedarf verzinst eingelöst werden können, wodurch zusätzliche Flexibilität geschaffen werden kann (fondsgebunden),

> Zuschüsse zu **Maßnahmen der Vereinbarkeit**, insbesondere Kinderbetreuungszuschüsse, Zuschüsse zur Hausaufgabenbetreuung, Fahrtkostenzuschüsse, Kinderfreizeiten und Kinderferienbetreuung sowie Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern,

> Kontakt- und Weiterbildungsangebote während der Elternzeit,

> Zahlungen oder Geschenke zu **familiären**

Ereignissen wie z. B. Babyausstattungsbeihilfen,

> betriebliche Notfallhilfe durch zinslose Kredite oder Bürgschaften,

> Unterstützung bei der Wohnungssuche (z.B. Kostenübernahme für Inserate oder Makler, An- und Weitervermietung von Wohnungen),

> betrieblich Unterstützungen beim Hausbau durch günstige Darlehn.

Zu möglichen geldwerten Leistungen sind zu rechnen:

> Kinderbetreuung

> Personaleinkauf, d. h. Weitergabe von Rabatten an Firmenangehörige

> Kantinenversorgung aller Familienangehörigen

> Nutzung von Gebrauchsgegenständen für private Zwecke (z. B. Autos, PCs)

> Service-Angebote wie Bügel- und Waschs-service, Änderungs- und Einkaufsservice

> Betriebswohnungen

> Freizeit-, Bildungs- und gesundheitsfördernde Maßnahmen für die gesamte Familie.

Maßnahmen Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen

C. Kosten- Nutzenanalyse

Unter Geltung der gegenwärtigen gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen ist ein großer Teil dieser Maßnahmen

nur für Großunternehmen zu realisieren. Eine Unternehmensbefragung⁴ des Instituts für Mittelstandsforschung ergab 2002, dass z.B. familienbezogene Vergütungsbestandteile nur einen Anteil von 4,5% aller familienfreundlichen Maßnahmen in den Betrieben ausmachte (Institut für Mittelstandsforschung 2003: 26). Eine von der Hertie-Stiftung in Auftrag gegebene ebenfalls 2002 durchgeführte Befragung⁵, zeigte zwar, dass jeweils etwa 60% der Unternehmen Erziehungszeiten als Betriebszeit anerkennen bzw. Hilfe in Notlagen anbieten, dies gilt jedoch fast ausschließlich für Großunternehmen. Zinsgünstige Darlehn werden in 36% der Betriebe angeboten, ein zusätzliches Erziehungsgeld in 5,5% und Betreuungskosten werden in 16,2% der Betriebe übernommen (Hertie-Stiftung 2003: 20). Bei den Unternehmen, die keinerlei geldwerte Leistungen anboten (12,7%) waren Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten deutlich überrepräsentiert.

Insgesamt lassen sich nach der Einführung familienfreundlicher Maßnahmen eindeutig positive Auswirkungen feststellen, und zwar in der Form von Motivationssteigerungen, niedrigeren Fehlzeiten und geringerer Fluktuation (Hertie 2003: 24), verstärkter Mitarbeiter- und sogar Kundenbindung und schließlich einer positiven Beeinflussung des Firmenimages (Institut für Mittelstandsforschung 2003: 26).

¹ Auf eine unbefriedigenden Informationslage in den Unternehmen lässt hier schließen, dass in einer von der Hertie-Stiftung in Auftrag gegebenen Befragung, deren Ergebnisse im Frühjahr 2003 veröffentlicht wurde, familienbewusste Personalmaßnahmen als kostenintensiv bewertet wurden und dass 55% der befragten Unternehmen mehr finanzielle Mittel erwarten, um ihr entsprechendes Engagement zu steigern (Hertie-Stiftung 2003: 8).

² Z. B. müssen veranschlagt werden: 2.500 EURO pro Jahr und Platz für Belegplätze in der Kinderbetreuung, einmaltig ca. 1.000 EURO für die Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern, ca. 1.500 EURO mtl. für pädagogische Betreuung in Ferienangeboten, ca. 1.000 EURO mtl. für Hausaufgabenbetreuung (Becker 2003: 32/33).

³ Zusammengefasst nach Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2001: 44 ff., Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000, Becker/ Graat/ Wingen 1999.

⁴ Befragt wurde 759 Unternehmen aus aller Zweigen der deutschen Wirtschaft mit drei Mitarbeitergrößenklassen.

⁵ Insgesamt wurden 2100 Unternehmen und Kommunalverwaltungen befragt.

schung 2003: 53 ff.). Selbst Berechnungen in rein monetären Größenordnungen kommen zu dem selben Schluß (BMFSFJ 2003).

Neben diesen betrieblichen Konsequenzen lassen sich allerdings auch gesamtgesellschaftliche prognostizieren, die sich einerseits auf höhere Lohn- und Einkommensteuereinnahmen des Staates und ebensolchen der Sozialversicherungen beziehen und andererseits auf Entlastungen bei der Zahlung von Sozialhilfe, in deren Abhängigkeit Alleinerziehende oft geraten, weil ihnen die parallele Kindererziehung und Erwerbstätigkeit nicht möglich ist. Diese Gewinne hat eine vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zu Beginn des Jahres 2003 veröffentlichte Studie nachgewiesen (DIW 2003).

Hier schließt sich gewissermaßen also wieder der Kreis der Akteure, werden betriebliche und staatliche Motive miteinander verknüpft, und es ist nach den Handlungsmöglichkeiten und den Handlungsnotwendigkeiten des Staates zu fragen.

D. Rahmensetzung durch staatliche Akteure

Staatliche und unternehmerische Familienpolitik sind insofern strikt voneinander zu trennen, weil letztere – verstanden als Angebot freiwilliger Maßnahmen – nur sehr eingeschränkt gesetzlich regelbar ist, da ihr Erfolg von Einzelfallregelungen und dem speziellen Zuschnitt auf das Unternehmen

und die Mitarbeiterbedürfnisse abhängt. Dennoch ist der Staat hier weder als Gesetzgeber noch als Ausführer v.a. auf kommunaler Ebene aus seiner Verantwortung zu entlassen.

Die Rollen des Staates über das Setzen von rechtlich bindenden Regelungen hinaus können als Harmonisierer, Moderator, Koordinator und Anreizbieter beschrieben werden.

Rollen des Staates

Harmonisierer

Selbst auf den ersten Blick unproblematisch erscheinende Maßnahmen freiwilliger Art wie familienbezogene Vergütungsbestandteile und Arbeitszeitregelungen können in der Umsetzung für Unternehmen aufgrund rechtlicher Vorschriften Probleme mit sich bringen. So ist z.B. ggf. der Betriebsrat bei allen sozialen, arbeitszeitbezogenen und familienfreundlichen Maßnahmen mit einzu-beziehen. Der entsprechende Informations- und Kommunikationsaufwand erhöht die Kosten für entsprechende Maßnahmen (IfM 2003: 21). So können sich aus der komplizierten und unübersichtlichen Rechtslage regelrechte Implementationshindernisse ergeben. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen Vorschriften für die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen (KJHG, Landesgesetze, Vereinsgesetz, Unfallversicherung), aber auch für diejenige von Teleheimarbeitsplätzen. Die unterschiedliche steuerrechtliche Behandlung von Zulagen, Prämien, Kantinenmahlzeiten,

Werksverkauf und zusätzliche familienbezogene Freistellungen erweisen sich in der Praxis nicht nur als komplizierend, sondern anreizmindernd (nur die Kinderbetreuungszuschläge sind z.B. steuer- und sozialrechtlich folgenlos). Hier gilt es alle entsprechenden Rechtsvorschriften auf ihre Familienfreundlichkeit hin zu durchforsten und übersichtlich zu gestalten. Von einer Besteuerung familienfreundlicher Leistungen ist dabei grundsätzlich abzusehen.

Moderator

Als Moderator kann und sollte der Staat die Gestaltung familienfreundlicher Lebensumwelten anregen, Ziele mitformulieren, unterschiedliche Akteure zu Netzwerken verbinden. Ein solcher Versuch liegt mit der "Vereinbarung der Bundesregierung und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft aus dem Juli 2001 vor. Hier wurde unter V. ausdrücklich formuliert, dass "die Bundesregierung keine Initiative ergreifen (wird), um die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft auf gesetzlichem Weg zu erreichen", solange die Inhalte der Vereinbarung von der Wirtschaft umgesetzt werden. Damit wird ein hohes Maß an Koordinationsfähigkeit in den Wirtschaft vorausgesetzt. In der Funktion des Moderators gilt es aber auch alle Tarifpartner für das Thema Familienpolitik und für den jeweiligen Nutzen zu sensibilisieren.

Koordinator

Als Koordinator kann er über die Sensibilisierung hinaus die Suche nach Lösungswegen organisieren. Ein solcher Ansatz lag vor dessen Scheitern mit der Erweiterung des „Bündnisses für Arbeit“ um ein Segment „Familie“ vor. Lokale Bündnisse, Informations- und Organisationsbörsen auf kommunaler Ebene können Arbeitgeber, Kammern und Städte miteinander verbinden und darüber hinaus Ressourcen gemeinsam und koordiniert nutzen. Eine Sonderrolle als Koordinator sollte der Staat im Rahmen der Suche nach zusätzlichen und gerechten (weil alle Gesellschaftsmitglieder einschließenden) Finanzierungsmodellen für Familienpolitik und auch für entsprechende betriebliche Maßnahmen spielen. Hier kann an die Einrichtung eines Familienfonds gedacht werden, der z. B. in der Form einer Elternschaftsversicherung in Skandinavien die Zahlung von Erziehungsgeld in der Höhe einer Lohnersatzleistung ermöglicht (Finanzierung durch alle Erwerbstätigen), aber auch zur Förderung betrieblicher Maßnahmen herangezogen werden kann.

Anreizbieter

Eine wesentliche Forderung aktueller Familienpolitik – staatlicher wie auch betrieblicher – muss sich daher auf die Sozialisierung der Kosten für Kinder und Familie beziehen, was nicht zuletzt auch entsprechende Anreizstrukturen schafft. Dazu kann auch die Einführung eines "family-main-

„streaming“ zählen, das mit Formen von „positiv action“ verbunden werden sollte, d.h. z.B. die Erteilung öffentlicher Aufträge an Unternehmen von deren (zertifizierter) Familienfreundlichkeit abhängig macht. Zu denken ist hier aber auch an Formen der Sonderabschreibung für alle familienfreundlichen Investitionen.

Trotz aller Potenziale betrieblicher Familienpolitik – sie kann immer nur ergänzend sein, und es kann nicht darum gehen, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen.

Literatur

- Becker, Stefan J. 2003: Mehr Familie für den Unternehmenserfolg. In: Personalwirtschaft H. 7. S. 32 – 35.
- Becker, Stefan J., Graat, Elenar, Wingen, Max (Hrsg.) 1999: Unternehmensziel: familienbewusste Personalpolitik. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie. Köln.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000: Best practices. Vorbildhafte Unternehmensbeispiele zu Chancengleichheit in der Wirtschaft. Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gemeinnützige Hertie-Stiftung (Hrsg.) 2001: Wettbewerbsvorteil familienbewusste Personalpolitik. Bonn.
- Dass. (Hrsg.) 2003: Betriebliche Effekte familienfreundlicher Maßnahmen – Kosten-Nutzen-Analyse. Bearbeitet von der Prognos-AG. Berlin
- Bundesvereinigung der Fachverbände des Deutschen Handwerks 2001: Positionspapier des deutschen Handwerks zur Familien- und Frauenpolitik. Berlin. 7. November 2001.
- DIW (Hrsg.) 2002: Abschätzung der (Brutto) Einnahmeeffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungen bei einem Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Hertie-Stiftung (Hrsg.) 2003: Strategien einer familienbewussten Unternehmenspolitik. Berichtsband. Durchgeführt von Europressedienst. Bonn.
- Institut für Mittelstandsforschung 2003: Familienfreundlichkeit im Mittelstand – Betriebliche Strategien zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. IfM-Materialien 155. Bonn.
- Wingen, Max 1960: Der Betrieb als Träger von Familienpolitik. In: Sozialer Fortschritt. H. 1. S. 17 – 21.



FORUM 3: Familien und Generationengemeinschaften

Impulsreferat: Dr. Gisela Notz,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Zusammensetzung des FORUMS 3:
Die Teilnehmerinnengruppe besteht aus ca. 18 Personen. Diese kommen aus unterschiedlichsten Arbeitsfeldern und -bereichen:
AWO-Bundesverband Fachbereich Interkulturelle Jugendhilfe, AWO-Jugendhilfe und Kita gGmbH, AWO-Kreisverband Hannover, Bündnis 90/Die Grünen, Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen, Bundesjugendkonferenz, Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter, Fachschule für Erzieherinnen/Erzieher, Altenpfleger/Altenpflegerinnen, Sozialpädagogisches Institut, Berlin, Katholische Bischofskonferenz, Katholisches Büro, Kurdisches Zentrum, Landesamt für Soziales und Familien, Thüringen, Sozialverein des Lesben und Schwulenverbandes in Deutschland

Moderation und Zusammenfassung der Diskussion (S. 65): Magda Göller,
Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie, Bonn

Impulsreferat Dr. Gisela Notz

„... Das von der guten alten Zeit, wie sie immer sagen, das kann man vergessen.“ Dieser Ausspruch eines Bergbauern in bezug auf die heile alte Bergbauernfamilie mit mehreren Generationen unter einem Dach (Girtler 1989, S. 277), in der (angeblich) alle gut versorgt sind, ist auch auf Familie im allgemeinen zu überragen. Die „goldenen“ Zeiten sind eine Schimäre. Die Familie war nie ausschließlich ein Hort der Geborgenheit für junge und alte und mittelalte Personen. Es fanden dort immer auch leidvolle Auseinandersetzung, Gewalt und Ausgrenzung statt. Ich werde in meinem Referat zunächst anhand eines historischen Rückblicks der Frage nachgehen, was Familie als Generationengemeinschaft ist, dann dem Mythos der „Normalfamilie“ nachspüren und herauszukriegen, was es mit dem Generationenvertrag auf sich hat. Schließlich wird danach gefragt werden, was „abweichende Familienformen“ sind und was sie für die Generationengemeinschaft bedeuten. Abschließen will ich mit einigen Vorstellungen zur Zukunft der Familie, die an den aktuellen Lebensbedingungen ansetzt und die wir gemeinsam weiter entwickeln sollten.

Was heißt Familie?

Wenn SoziologInnen von Familie reden, so geht es meist um die traditionelle Familienform in der bürgerlichen Gesellschaft. Das ist die Zweigenerationenfamilie, die auf

Dauer angelegte – mit einem Trauschein und meist mit kirchlichem Segen versehene – Lebensgemeinschaft von Vater, Mutter und einem Kind oder mehreren Kindern. Der Mann ist der Familienvorstand, er ist außerhalb des Hauses erwerbstätig, geht hinaus „ins feindliche Leben“. Was drinnen – im Privatbereich der Familie – geschieht, geht niemand etwas an. Der Anspruch „auch das Private ist politisch“ wurde erst viel später von der „neuen“ Frauenbewegung der 70er Jahre gestellt. Sie meinte damit, dass auch die komplizierten Verhältnisse in den „eigenen vier Wänden“ nicht vom öffentlichen Bereich abgetrennt werden können. Richtig durchgesetzt hat sich der Anspruch bis heute nicht. Drinnen soll noch immer meist die tüchtige Hausfrau walten. Sie ist nach wie vor hauptverantwortlich für die Betreuung der Kinder und für pflegebedürftige Personen sowie für den Haushalt (zumindest über Phasen ihres Lebens) zuständig. Dafür bekommt ER die Vorteile des Ehegattensplitting und SIE muss sich um den beruflichen Wiedereinstieg bemühen. Was oft genug misslingt, bzw. nur gelingt, wenn sie erhebliche Abstriche gegenüber ihrer früheren Tätigkeit macht (vgl. Notz 1992). Das versteht man gemeinhin unter „bürgerlicher Kleinfamilie“ oder auch unter einer „ordentlichen“ Familie, wie sie auch von Zugehörigen anderer Schichten immer wieder angestrebt wurde und wird. In solchen Zwei-Generationenfamilien sollen Kinder nach der Meinung vieler Pädagogen, Politiker und anderer, sie

sich verantwortlich fühlen, leben, „normal“ und ordentlich. Mit diesem einen, universell gültigen Familienbild ist es – sollte es je in breitem Maße so existiert und funktioniert haben – definitiv vorbei. Dennoch gibt es kaum einen gesellschaftlichen Bereich, der so von Bildern, Idealen und emotionalen Bewertungen umstellt und verstellt ist, wie die Familie. Die demographische Entwicklung, Veränderungen der Familienstruktur, Zuwanderung und Erwerbslosigkeit führen zu sozialpolitischen Problemen. Beklagt wird die „Krise der Familie“.



Der „Wandel“ oder die „Krise“ der Familie wurde schon immer bejammert. Der erste deutsche Familiensoziologe Wilhelm Heinrich Riehl beklagte in seinem Band „Die Familie“ bereits 1855 den Verfall der Familie. Er meinte damals das viel zitierte und glorifizierte „ganze Haus“ der vorindustriellen Gesellschaft, eine Familieform, zu der verwandte und nicht verwandte Personen zählten und deren Struktur eine Tätigkeitsbegrenzung von Frauen auf die rein hauswirtschaftlichen Arbeiten nicht vorsah. Kinder, Frauen und Männer, Alte und das

Gesinde beteiligten sich an der Erwerbsarbeit (vgl. Nave-Herz 1992, S. 13). Nicht der Verwandtschaftsgrad – wie heute – sondern die Position in der Hausgemeinschaft, in der Burg, dem Schloss oder dem Fürstenhof regelte die Beziehungen. Diese Familie war ebenso wenig wie die folgenden Familientypen eine „heile Familie“. Sie war – abgesehen davon, dass sie nur für eine kurze Zeitspanne, vornehmlich im großbäuerlichen und großbürgerlichen Bereich existierte – bereits patriarchal organisiert und basierte auf der traditionellen zentralen Rolle des Vaters der notfalls mit Hilfe des Faustrechts sein Patriarchat verteidigte. Das „ganze Haus“ existiert heute fast nicht mehr, geblieben sind „Hausvater“ und „Hausmutter“, wenn auch in veränderter Form. Art und Weise der gesellschaftlichen Produktion und der damit verbundenen Besitz- und Machtverhältnisse sowie Arbeits(ver)teilungen bestimmen nach wie vor die Struktur der Familie. Und das obgleich, oder gerade weil das sich nach dem Verfall des „ganzen Hauses“ herausgebildete klassische Familienbild, die Zwei-Generationen-Familie mit dem leiblichen Vater, der leiblichen Mutter und ihren gemeinsamen Kindern durch vielfältige andere Lebensformen ergänzt wird (vgl. Notz 2000 und 2003 a).

Der Mythos Familie

Diese Familienform scheint „die letzte Stabilität in einer sich auflösenden Welt“ zu sein, wie der Soziologe Helmut Schelsky (1954) das nach dem Zweiten Weltkrieg beschrieben hat. In der Familie haben die Menschen in den furchtbaren Kriegs- und Hungerjahren Sicherheit und Lebenshalt gefunden. Sie hat verschiedene politische Systeme überdauert und sich sowohl Individualisierungstendenzen im Kapitalismus, wie auch Kollektivierungstendenzen im real existierenden Sozialismus gegenüber als äußerst resistent erwiesen. Das jedenfalls behaupten Verfechterinnen der „normalbesetzten“ Familie als Normmodell, das auf die Litfasssäulen geklebt wird und an der die meisten Politikfelder orientiert sind. Die Angehörigen einer Familie hielten (angeblich) immer zusammen. Sie stellten aber auch Forderungen an die Gemeinschaft, um ihre Situation zu verbessern. Und zu allen Zeiten waren viele Familien nicht wirklich (dauerhaft) „normalbesetzte“ Familien; auch nicht in den 50er Jahren – zu Hochzeiten der konservativen Familienpolitik.

Martha Schanzenbach, über viele Nachkriegsjahre stellvertretende Vorsitzende der AWO und Bundestagsabgeordnete der SPD, fühlte sich als familienpolitische Sprecherin dem SPD-Anliegen „die Familie zu schützen, zu fördern und zu stärken“, wie es 1959 im Godesberger Programm (S. 20) festgeschrieben wurde, von Anfang an verpflichtet. Sie selbst vertrat dabei einen für

die 50er Jahre sehr fortschrittlichen Familienbegriff. „Familien“ hieß für die Sozialdemokratin, unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens mit Kindern, die nicht an die Institution „Ehe“ gekoppelt sein mussten. (Eilers/Schanzenbach 1977, S. 231). Die Förderung von Familien sollte nach ihren Politikvorstellungen vor allem der Verbesserung der Situation der Kinder und der sozial benachteiligten und diskriminierten Familien dienen. Eine „Einheitsfamilienpolitik“, die sich auf den Schutz und die Förderung von „Normalfamilien“ beschränkte, lehnte sie schon damals ab (S.230 f.).

„Warum reden wir nur immer von einem Teil in unserer Gesellschaft, warum sehen wir nicht auch das Unglück und das Glück des anderen Teils unserer Gesellschaft?“ sagte sie in einer Rede (DGB 1955, S. 173). Schließlich war die Anzahl derjenigen, die in anderen Lebensformen lebten, besonders die lediger Frauen und alleinerziehender Mütter, groß. Martha Schanzenbach lag daran, für die verschiedensten Formen familiären Zusammenlebens differenzierte Hilfs- und Unterstützungsangebote zu entwickeln. Sicher war das unkonventionell, entsprach aber der von ihr in der sozialen Arbeit bevorzugten Hilfe zur Selbsthilfe, wenn sie die Frauen aufforderte, Frauenwohngemeinschaften zu bilden: „Manche alleinstehende Frau kann einer anderen alleinstehenden Frau oder Witwe mit Kind einen Halt geben, wenn sie eine Wohngemeinschaft bilden“ (Ebd.). Solche

Gemeinschaften erschienen ihr geeignet, bislang vernachlässigte Beziehungen zu Mit- und Nebenmenschen zu knüpfen und soziale Verhältnisse zu erreichen, in denen alle Menschen akzeptiert werden, unabhängig von ihrer Lebensform. Freilich forderte sie auch bessere Infrastruktur durch Kinderbetreuungseinrichtungen und „familienbegleitende Maßnahmen“, denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (auch für Frauen) war eines ihrer Hauptanliegen. Für die junge Generation wünschte sie sich, eine Jugendbewegung, die sie selbst als einzigartige Sozialisationsinstanz erlebt hatte. Die war freilich nicht so einfach herzustellen (vgl. Notz 2003 b, S. 435 ff).

Auch die erste Familienministerin der SPD, Käte Strobel sah die Familie nicht romantisch verklärt, sie wollte sie nicht als Institution fördern, sondern die Summe ihrer einzelnen Mitglieder und Einzelpersonlichkeiten und ihrer Bedürfnisse sehen. Chancengerechtigkeit für Kinder jeder sozialen Herkunft und die Berücksichtigung von Problemen anderer Familienformen wie „Kinder alleinstehender Elternteile“ (S. 495). Wegweisend war ihr Ansatz, Familienpolitik nicht isoliert zu sehen, sondern in den Zusammenhang mit Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Sozial- und Bildungspolitik zu stellen, wie es im Rahmen dieser Tagung erneut gefordert wurde.

In den 70er Jahren war es durch die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften in Deutschland (Ost und West) zu einer

weiteren Abkehr vom traditionellen Familienbild gekommen. Heute wird „Familie“ in vielfältigen personellen Zusammensetzungen gelebt. „Familie ist, wo Kinder sind“, stand in der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung vom Oktober 1998. Der Slogan wurde von vielen Organisationen übernommen. Die Regierungsparteien wollten darauf hinarbeiten, dass die vielfältigen Familienformen respektiert werden und für deren Gleichstellung sorgen. Auch diese Definition wirkt exklusiv – was ist zum Beispiel mit den Töchtern, die ihre Eltern pflegen? Oder mit der Wohngemeinschaft, in der Behinderte und nicht Behinderte zusammenleben – sind sie keine Familie? Von der Umsetzung der Definition in die Realität sind wir ohnehin noch weit davon entfernt. Nach Artikel 6, Abs. 1 des Grundgesetzes stehen „Ehe und Familie“ unter dem „besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“. Diese Formulierung konnte sich erst nach heftigen Debatten im Parlamentarischen Rat durchsetzen (vgl. Notz 2003).

Nach dem Familienbericht der Bundesregierung von 1994 waren nur noch etwa ein Drittel der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (Ost und West) Familienhaushalte im Sinne der Eltern-Kind-Einheit. Die tatsächlich erlebte und gelebte Familie ist wenig erforscht. Auch den Familiensoziologen, die den Bericht geschrieben haben, geht es offenbar weniger darum, gelebte andere (Zusammenlebens)formen sichtbar zu machen. Sie trösten – wie andere Famili-

ensoziologen auch – damit, dass sowohl kinderlose Ehen, als auch „Ein-Eltern-Familien“, wie auch die „sogenannten Singles“ ihre Lebensform nicht als bewusste Alternative zur traditionellen Eltern-Familie gewählt haben, sondern dass alle diese Formen eher als „Verhinderte Eltern-Familien“ zu gelten haben. Womit offenbar bewiesen werden soll, dass die Kleinfamilie die stabilste Lebensform ist. Auch die meisten Medien zaubern nach wie vor ein Bild von der Renaissance der „Normalfamilie“ und vermitteln die Illusion von Geborgenheit und Lebensglück, das man nur in der „normalen“ Familie mit einer weitgehend stereotypen und traditionellen Geschlechterrollenverteilung finden kann. Viele Sendungen und Bilder in Printmedien sind geeignet, Kindern, die in anderen als kleinfamilialen Zusammenlebensformen aufwachsen, Defizitgefühle oder zumindest das Gefühl, nicht dazuzugehören, zu vermitteln. Betrauert wird der Verlust der Familie als Ort der Sinnstiftung und Geborgenheit, obwohl Vergewaltigung (in der Ehe) Misshandlung von Kindern und andere Familientragödien nicht nur die Phantasie der Medien sondern auch die Gerichte verstärkt beschäftigen und nicht mehr zu reparierende Schäden bei den (zumeist schwächeren) Familienmitgliedern und das sind vor allem Frauen und Kinder, anrichten.

Beklagt wird der Verfall der traditionellen Familie vor allem deshalb, weil die Eltern (sprich Mütter) durch ihre Berufstätigkeit zu



wenig zu Hause sind. Der Mangel an familiären Bindungen wird von Familiensoziologen für die Gleichgültigkeit und Orientierungslosigkeit bei den Kindern und Jugendlichen verantwortlich gemacht. Berufstätigen Müttern, vor allem Alleinerziehenden und anderen, die außerhalb des

„normalen“ Familienmodells leben, wird die Schuld für „verunsicherte“, „missratene“ oder „psychisch gestörte“ Kinder und Jugendliche zugeschoben. Das erinnert verdammt an die Versuche zur Wiederherstellung der patriarchalen Kleinfamilie während der 50er Jahre. Schon damals galt sie als nicht intakt, wenn die Mutter berufstätig war. Die Kinder aus solchen Familien hielt man für gefährdet. „Schlüsselkinder“ wurden in die Kategorie der Entwurzelten und Verwahrlosten eingereiht (vgl. Notz 1995, S. 63 f.). Solche Schuldzuschreibungen werden aufs neue vorgenommen, obwohl Untersuchungen immer wieder zeigen, dass Kinder berufstätiger Mütter selbständiger und verantwortungsbewusster sind, als gleichaltrige, deren Mütter nicht berufstätig sind. In der mobilen Gesellschaft wird es für die Einzelnen immer schwieriger, zusammenzubleiben. Was oft als persönliches Versagen erscheint, erweist sich als das Versagen eines Familienmodells, das eine männliche Arbeitsbiografie mit einer lebenslangen Hausfrauenexistenz zu verzahnen wusste, nicht aber zwei Erwerbsarbeitsbiografien. Entscheidungsfreiheit und grundgesetzlich verankerte freie Berufswahl können nicht vor den Grenzen der Familie Halt machen. Wenn (für Frauen) nicht beides zu vereinbaren ist, müssen die Strukturen von Beruf und Familie verändert werden.

Der Generationsvertrag

Scheidung und das Recht der Frauen, selbst zu entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht, werden (nicht nur) von der Kirche vehement bekämpft. Nicht nur Bevölkerungswissenschaftler beobachten die Ausdifferenzierung von Familie und den Geburtenrückgang in Ost und West mit Sorge. Sie argumentieren mit dem „Generationsvertrag“, der unserem Rentensystem zugrunde liege. Höhere Geburtenraten alleine werden allerdings weder kurz- noch langfristig Mittel zur Lösung des Rentenproblems sein können. Kinder können nur dann in die Rentenversicherung einbezahlen, wenn sie im Jugendlichen- und Erwachsenenalter entsprechende Ausbildungen und darauf folgende Erwerbsmöglichkeiten vorfinden, die ihnen das ermöglichen. Ist das nicht der Fall, werden auch sie dem Sozialstaat, dem das Geld bereits jetzt auszugehen droht, zur „Last“ fallen. Heute bekommen viele Jugendliche keinen oder keinen interessanten Ausbildungsplatz und haben auch keine Aussicht, später einen (befriedigenden) Erwerbsarbeitsplatz zu bekommen. Es wird höchste Zeit, dass Menschen, egal ob sie mit oder ohne Kinder leben, dafür Sorge tragen, dass die „Alten“ die Welt besser hinterlassen, als sie sie vorgefunden haben. Und das hieße, vor allem gegen die soziale Ungleichheit und die ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit anzugehen und sich für eine Demokratisierung und Humanisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen einzusetzen.

zen. Erst dann hätte die ältere Generation ihrerseits den „Generationenvertrag“ eingelöst. Die Funktionalität der Generationengemeinschaft erweist sich als abhängig von der herrschenden Anordnung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit und von Einfluss an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen trägt immer mehr zur Spaltung in Arme und Reiche aber auch zur Spaltung zwischen den Generationen bei.

Statt diese Tatsachen zu berücksichtigen, wird „Kinderlosen“ Egoismus, Karrierestreben, „Trittbrettfahren“ (Leipert/Opielka 1998) unterstellt. Die Mächtigen, die Kirchen und ihre AnhängerInnen möchten unter allen Umständen die Entscheidung über Zusammenlebensformen und über Geburt und Nicht-Geburt von Kindern gesellschaftlichen Instanzen vorbehalten.

BevölkerungswissenschaftlerInnen und andere, die sich mit diesem Thema befassen, behaupten schon lange, die Geburtenrate sei viel zu niedrig. Jede deutsche Frau bekommt 1,4 Kinder. 1970 waren es noch durchschnittlich 2,92 in Westdeutschland und 2,19 in der DDR. Seit 1991 – mit Ausnahme der Jahre 1996/1997 – sind die Geburtenzahlen in Deutschland durchwegs rückläufig. Grund genug für das Schüren von Ängsten, dass das „deutsche Volk“ aussterben müsse, wenn es nicht gelänge, gegenzusteuern. Das erinnert an Diskussio-

nen, wie sie währen der braunen Vergangenheit geführt worden sind. Die meisten Klagen richten sich nicht nur darauf, dass Deutschland aussterben, durch „Rassenvermischung“ aufgelöst oder „durch Angehörige fremder Völker“ überschwemmt werden könnte, sondern gar darauf, dass sich ganz Europa zum Altersheim entwickle, wodurch die „gesamte Dynamik unserer Völker“ allmählich zerstört würde und wodurch die Wehrlosigkeit gegenüber den Migrantenströmen noch schlimmer werde (Krebs 1987, S. 7).

Ebenso würden ökonomische Risikofreudigkeit und Innovationsbereitschaft unter der Überalterung leiden und – schlimmer noch – die Machtbasis des Staates und seiner Fähigkeit, sich selbst militärisch gegen Aggressoren zu verteidigen (Hepp 1987, S. 20 ff). Die Botschaft ist leicht verständlich: Das ‚generative Verhalten‘ ist keine private Angelegenheit, in die sich der Staat nicht einmischen darf, solange die Bevölkerung sich nicht von selbst reproduziert. Und von selbst reproduziert sich die Gesellschaft angeblich erst dann, wenn Empfängnisverhütung und Schwangerschaftsabbruch nicht mehr legitimiert und das Leitbild der Frau, die sich durch berufliche Tätigkeit selbst verwirklichen will, ebenso verurteilt wird wie „Promiskuität, alternative Lebensgemeinschaften etc. kurz die Abkehr von christlichen Normen und abendländischer Kultur“.

Denn das alles ist „Gift für die Familie“ und verantwortlich für die „Todesspirale“ des „Deutschen Volkes“ (Harder 2002, S. 176).

Während die ‚Reproduktionsrate‘ in Deutschland zum Steigen gebracht werden soll, wird die Forderung nach einer (notfalls auch zwangsweisen) Familienplanung, um den Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt zu stoppen, von Bevölkerungswissenschaftlern unterstützt. Sie sehen darin keinen Widerspruch, denn sie unterscheiden zwischen Volk und Bevölkerung. Sie sehen (deutsche Normal-) Familien als das entscheidende Bindeglied zwischen den einzelnen Menschen und ihrem ‚Volk‘, anstatt endlich die Frage zu stellen, ob das nationalistische Konstrukt „deutsches Volk“ anlässlich des Zusammenwachsens der Welt noch zeitgemäß ist.

Die Bemühungen um die Rettung der „Normalfamilie“ beschränken sich nicht alleine auf die Sorge um die Kinderlosigkeit und den damit angeblich verbundenen Transfers zwischen den Generationen und den „intergenerationalen Solidarpotentialen“. Das zeigen Befürchtungen, die geäußert werden, wenn es um „ungewöhnliche“ Formen des Zusammenlebens geht, durch die eben diese „Solidarpotentiale“ gestützt werden könnten. So betrachten Autoren, die sich mit der Zukunft von Arbeit und Gesellschaft auseinandersetzen (z. B. Dettling 1997, S. 66) die Tatsache, dass sich scheinbar immer mehr, unter vor allem

zwischen jungen Menschen neue kommunale Lebensformen entwickeln, mit Sorge. Autos, Wohnungen und teure Maschinen werden gemeinsam angeschafft und geteilt, anstatt Familien zu gründen und Kinder zu bekommen. Dettling führt das darauf zurück, dass der deutsche Sozialstaat zwar sehr transferlastig sei, aber nur wenig institutionelle Unterstützung für Familien mit Kindern bereithält. Und er folgert daraus, dass unter allen Umständen die (traditionelle) Familie aufgewertet werden muss und die Phase der Familiengründung massiv durch den Sozialstaat unterstützt werden muss (S. 67), damit alternativen Lebensformen die Attraktivität entzogen wird.

Was sind „abweichende“ Familienformen?
Geheiratet wird heute später und seltener als früher. Jede dritte Ehe, in den Metropolen sogar jede zweite, wird geschieden. Die Tendenz ist weiterhin steigend (BAG Stieffamilien 1998, S. 5). 40 % der Geschiedenen heiraten wieder, hier ist die Tendenz rückläufig und auch die Scheidungsrate bei den Wiederverheirateten ist hoch. Meine – deine – unsere Kinder, das ist heute in vielen Familien an der Tagesordnung. Es gibt weniger „kinderreiche Familien“ aber öfter „mütter- und väterreiche“ Kinder. Eltern-Kind-Bindungen, sind heute oft durch jeweils sehr unterschiedliche Partnerbeziehungskonstellationen gekennzeichnet, und ein Wechsel der Partner gehört heute zur „Normalität“ familialer Entwicklung. FamiliensoziologInnen sprechen von einer

Entkoppelung von Partnerschaft und Elternschaft. Für das Funktionieren von Beziehungskonstellationen ist sie nur in dem Maße problematisch, wie es die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen sich Trennungen vom Partner und Wechsel in der Partnerbeziehung vollziehen, problematisch machen.

Der Familiensoziologe Franz-Xaver Kaufmann (1995) spricht von „struktureller Rücksichtslosigkeit“, wenn das gesellschaftliche Umfeld nicht zur Kenntnis nimmt, dass sich Lebensformen etablieren und verändern oder wenn es so tut, als würde das „Familienpersonal“ immer aus zwei Eltern bestehen, die nie daran denken, ihre Beziehung aufzugeben, und die stets noch geneigt sind, die binnenfamiliale Arbeitsteilung nach dem Muster der bürgerlichen Familie zu gestalten. Schließlich werden anders zusammengesetzte Lebensformen bereits aufgrund dieser Orientierung zu „Problemfamilien“.

Als Beispiel sollen alleinerziehende Mütter und Väter angeführt werden. Fast zwei Millionen Alleinerziehende mit 2,8 Millionen Kindern unter 18 Jahren gab es 2001 in Deutschland. Betrachtet man den Anteil von Einelternfamilien an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren, so liegt er bei ca. 20 %, d. h. mittlerweile ist jede fünfte Familie eine Einelternfamilie. In den neuen Bundesländern ist der Anteil dieser Familienform mit fast 30 % an allen Familien

weitaus höher, als in den alten Bundesländern mit 17,4 %. (VAMV 1999). Alleinerziehende sind im Osten wie im Westen zu 85 % Frauen. Trotz der großen Anzahl und der Vorteile, die mit diesem Familienmodell verbunden sind, werden gerade Kinder von allein erziehenden Müttern fortwährend bedauert, weil ihnen angeblich die männliche Bezugsperson fehlt. Fakt ist, dass besonders alleinerziehende Mütter das Wunschbild der Kernfamilie längst abgehakt haben. Schließlich kommen sie größtenteils aus gerade gescheiterten Ehen und zerrütteten „Idealbesetzungsfamilien“. Und oft haben sie mehr „reale Solidarbeziehungen“ als dieselben (Strohmeier 1983, S. 10), die aber, weil sie im Stillen und (oft) kostenlos agieren, unbemerkt bleiben.

Ein anderes Beispiel sind Wohngemeinschaften. Auch Menschen, die in Wohngemeinschaften leben, werden nicht selten zu Außenseitern. Das gilt besonders für Kinder, die immer wieder nach ihren ‚normalen‘ Eltern gefragt werden. Wohngemeinschaften mit Kindern wurden vor allem Anfang der 70er Jahre gegründet, sie hatten den Anspruch, die Isolation der Kleinfamilie zu überwinden und gemeinsam in ebenbürtigen Geschlechterstrukturen zu leben und zu wirtschaften. Für die Erziehung der Kinder entwickelten sie neue Vorstellungen. Die Erziehung zu selbstbewussten verantwortlichen Menschen stand dabei ebenso im Mittelpunkt wie die zu sozialem Verhalten und zur Gruppenfähigkeit (vgl.

Notz/Notz/Troscheit 1988). Wohngemeinschaften mit Kindern existieren heute nur in einer statistisch kaum erfassbaren Größe. Die Kinder, die in den 70er Jahren in Wohngemeinschaften aufgewachsen sind, sind heute Erwachsene. Viele von ihnen wohnen heute wieder in kommunikativen oder kommunitären Zusammenlebensformen. Solche Zusammenlebensformen können beispielhaft aufzeigen, dass es auch ohne patriarchale Strukturen geht. Oft ha-

ben sie Kommunikationsstrukturen und Diskussionsmethoden entwickelt, die es ermöglichen, dass alle Mitglieder gleichberechtigt ihre Bedürfnisse äußern können. Wohngemeinschaften, in denen Ältere gepflegt werden, sind noch selten und doch gibt es auch dafür Beispiele (vgl. Notz 1999). Würde Politik und Gesellschaft die vielfältigen bereits bestehenden Lebensformen zur Kenntnis nehmen, wäre schon viel gewonnen.



Die Zukunft der Familie

Christa Wolf ist zuzustimmen, wenn sie sagt: „Wir werden uns daran gewöhnen müssen, dass Frauen [und ich ergänze und Männer] nicht nur nach Gleichberechtigung, sondern nach neuen Lebensformen suchen.“ Kinder und auch andere Menschen, die sich nicht (mehr) alleine helfen können, brauchen verlässliche Bezugspersonen und sie brauchen generationsübergreifende solidarische Lebensweisen, die sich nicht mehr auf Ehe und Verwandtschaft, und auf zwei Generationen beschränken. Viele Menschen, die scheinbar alleine herumirren, finden heute bereits Geborgenheit in offenen Beziehungsnetzen, mit demokratischen Beziehungsstrukturen, oft generationsübergreifend, die freilich ebenso wenig wie die Ehe auf Ewigkeit angelegt sein müssen.

Aber sie brauchen ebenso Unterstützung, auch Propagierung und Motivierung, Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit und eigenständiger Alterssicherung, wie die Menschen, die in „normalen“ Familien leben, auch.

Wenn Familienpolitik heute dem Trend der Formenvielfalt im menschlichen Zusammenleben nicht gerecht wird, ist nicht die Familie in der Krise, sondern die Familienpolitik. Notwendig werden soziologische Analysen der neuen und anderen „privaten“ Beziehungen und Gruppierungen in der postmodernen Gesellschaft und der Auswirkungen der „Riskanten Freiheiten“ (Beck/Beck-Gernsheim 1994) auf die Individuen. Notwendig werden aber auch Untersuchungen darüber, welche Bedürfnisse die Individuen und Gruppierungen haben und welche infrastrukturellen Voraussetzungen notwendig sind, damit verschiedene Zusammenlebensformen gleichberechtigt nebeneinander leben können.

Familienpolitik sollte jedenfalls nicht dem Schutz bestimmter Lebensformen und damit der Diskriminierung anderer dienen. Auf keinen Fall darf sie weiter Interessenartikulation einer Institution (der Ehe) sein, sondern muss der Artikulation der Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Individuen Gehör verschaffen. Entwickelt werden müssten Konzepte, die der Verminderung der Isolation einzelner Menschen dienen, aber auch der Menschen, die in Familien und kleinen Gruppen leben, denn auch sie sind nicht selten alleine. Kinder sollten schon im Kindergarten und in der Schule lernen, dass es verschiedene Lebensweisen gibt. Dazu brauchen wir einen Rechtsanspruch für Kinder aller Altersgruppen auf einen Kindergartenplatz, Ganztagschulen und Lernkonzepte, die über die verschiedenen Lebensweisen informieren und sie als gleichberechtigt nebeneinander stellen. Solche Lernkonzepte sollten dazu befähigen, dass Menschen selbstbewusst ihr eigenes Leben gestalten, ihre Interessen und Bedürfnisse durchsetzen können, aber auch zur Übernahme von Verantwortung und zum solidarischen Handeln im Rahmen von „privaten“ Beziehungen, Gemeinwesen und Gesellschaft bereit sind. Es geht um Solidarität über die Grenzen der eigenen ‚primären Netzwerke‘ hinaus. Es sollte also nicht weiter darum gehen, sich häufende

‚neue Familienformen‘ zu ‚normalisieren‘, und damit wiederum andere Erwachsene und Kinder daran zu messen. Es geht darum, dass keine Lebensform bevorzugt und keine benachteiligt wird und allen Menschen gleiches Recht und Existenzberechtigung für die von ihnen gewählte Lebensform zugestanden wird, solange dort niemand ausgebeutet und unterdrückt wird. Wenn das gelänge, könnten auch Generationengemeinschaften bestehen, in denen Menschen – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Weltanschauungen ohne Ausgrenzungen gleichberechtigt zusammen leben können. Es geht um die Utopie von freien Zusammenschlüssen unter freien Menschen.

Literatur:

- Beck, Ulrich/Beck-Gernsheim, Elisabeth: Riskante Freiheiten, Frankfurt/M. 1994
- Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen Stieffamilien (Hrsg.): Stieffamilien, Bad Soden 1998, 2. Aufl.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland - Zukunft des Humankapitals. Fünfter Familienbericht, Bonn 1994
- Dettling, Walfried: "Jugend Gesellschaft Zukunft. Zur Situation junger Menschen in einer veränderten Welt. Möglichkeiten und Grenzen der Politik. Sieben Thesen", in: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, Zeitschrift für Jugendsozialarbeit 2 (1997), S. 63–67.
- Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Frauen helfen – bauen auf, Köln 1955
- Eilers, Elfriede; Marta Schanzbach: Zur Nachkriegsgeschichte der Familienpolitik aus sozialdemokratischer Sicht, in: Bartholomäi, Reinhart (Hrsg.): Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 229 – 238
- Girtler, Roland: Die bergbäuerliche Familie der "guten alten Zeit", in: Herlth, Alois/Stromeier, Klaus Peter (Hg.): Lebenslauf und Familienentwicklung, Opladen, S. 257 – 277
- Harder, Franz: Die Zeche zahlen die Enkel, in: Junge Freiheit vom 4. 1. 2002
- Hepp, Robert: "...als würde der deutsche Wald das deutsche Volk überleben", in: Elemente zur Metapolitik 3/1987
- Kaufmann, Franz-Xaver 1995: Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995
- Krebs, Pierre: Spektrale Analyse des Geburtenrückganges, in: Elemente zur Metapolitik 3/1987

- Leipert, Christian; Opielka, Michael: Erziehungsgehalt 2000, Bonn 1998
- Nave-Herz, Rosemarie: Frauen zwischen Tradition und Moderne, Bielefeld 1992
- Notz, Gisela: Zurück in den Beruf, Köln 1992
- Notz, Gisela: Als ich noch in der Küchentischschublade wohnte, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 41/1995, S. 63 – 76
- Notz, Gisela: Gemeinsam wirtschaften und zusammen leben - die Kommune. In: Fröse, Marlies W.; Barbara Böttger; Ina Volpp-Teuscher (Hrsg.): Ökonomie und Arbeit - Frauenansichten, Frankfurt/M. 1999, S. 129-148
- Notz, Gisela: Verlorene Gewißheiten, Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 1996, 2. Aufl. 2000
- Notz, Gisela: Familien, Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu-Ulm 2003 a
- Notz, Gisela: Frauen in der Mannschaft. Sozialdemokratinnen im Parlamentarischen Rat und im Deutschen Bundestag 1948 – 1957, Bonn 2003 b
- Notz, Gisela; Heike Notz; Maika Troscheit: Das Leben ist doch kein Kindergeburtstag. Leben mit Kindern - Mütter außerhalb der Kleinfamilie. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, H. 21/22 1988, S. 73 – 84
- Riehl, Heinrich Wilhelm: Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Sozialpolitik, 3 Bände, 3. Band: Die Familie, Berlin 1855
- Schelsky, Helmut: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1954
- SPD-Parteivorstand (Hrsg.): Godesberger Grundsatzprogramm von 1959
- Strohmeier, Klaus Petter: Quartier und soziale Netzwerke, Bielefeld 1983
- Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.: Einelternfamilien in Deutschland, Zahlen, Fakten, Daten, Bonn 1999

Magda Göller, Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie, Bonn

Moderation und Zusammenfassung der Diskussion

In einer ersten Runde verständigen sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Forums darauf, dass es nicht darum gehen könne zu jammern und den derzeitigen Zustand zu beklagen, sondern vielmehr darum gehen müsse vielfältige Familienformen zur Kenntnis zu nehmen und deren Potentiale zu nutzen. Gerade wenn es um die Wertschätzung von Vielfalt verschiedener Lebensformen und Brüchen in der beruflichen wie auch privaten Biografien gehe, hätten die Referate von Prof. Dr. Bertram und von Dr. Notz wertvolle Hinweise geliefert.

Von einer solchen Überzeugung ausgehend, dürfe sich eine moderne Familienpolitik nicht ausschließlich an den bestehenden Modellen orientieren sondern müsse vielmehr eine Solidargemeinschaft in den Blick nehmen, in der gegenseitige Verantwortung – unabhängig vom rechtlichen Status – durch entsprechende Rahmenbedingungen gefördert und jeder Mensch – wiederum unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Weltanschauung – als gleichberechtigtes Individuum behandelt wird. In diesem Kontext wird eine Kinderverträglichkeitsprüfung vorgeschlagen.

Die Anwesenden sind sich darüber einig, dass Kinder einen eigenständigen Wert für

die Gesellschaft darstellen und insofern zur Stärkung des Humankapitals beitragen. Eine Grundsätzliche Umsteuerung in der Haushaltsverteilung sei deshalb unerlässlich. Eine Veränderung weg von Subventionsausgaben in der Kinder-/Jugendhilfe und der Familienpolitik, hin zu Investitionen in das Humankapital sei als politisches Signal dringend angezeigt!

Mit einem solchen Perspektivwechsel wären die Voraussetzungen geschaffen zu einem breiten gesellschaftlichen Verständnis von einem Gemeinwesen mit einer Gesamtverantwortung. Die bisherige defizitäre Sichtweise von Familie, die staatlich subventioniert werden müsse, könnte endlich überwunden werden. Auch auf der individuellen Ebene müsse die Auflösung der klassischen Familienformen (vgl. Vortrag Dr. Notz) nicht weiterhin als defizitär empfunden werden, sondern könnte als Chance begriffen werden.

Kinder sollten bereits in der Familie, aber auch im Kindergarten und in der Schule die Vielfalt von Lebensformen, Kulturen, Weltanschauungen etc. vermittelt bekommen. Eine wichtige Rolle nehmen hierbei auch die Medien ein, die verschiedenen Familien-, Wohn-, und Lebensformen als Bereicherung propagieren sollten. Hierbei sollte die Vielfältigkeit und „Andersartigkeit“ zur Normalität erhoben werden.

Mit Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland werden positive Beispiele und entsprechende Zahlen aus Schweden, angeführt die beweisen, dass bei gelungener Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie, die Fertilitätsrate steigt

Abschließend werden folgende Forderungen an die Familienpolitik formuliert, die teilweise Einzelmeinungen darstellen und hier unkommentiert wiedergegeben werden.

- Jeder Mensch soll als Individuum behandelt werden. Die Förderpraxis soll sich an dieser Norm orientieren
- Individualisierung der Ansprüche z.B. Grundsicherung für Kinder, Sozialhilfe, Krankenversicherung (könnte auch problematisch für Familien werden)
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Kinder, unabhängig vom Alter
- Die Einführung des Rechtsanspruches ist nicht mit der Debatte über die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Beruf zu koppeln, sondern stellt unter dem Bildungsaspekt einen eigenständigen Wert dar
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kinder und Familien. Dabei ist ein Vertrauensvorschuss gegenüber den Eltern sinnvoll und notwendig, da diese in der Regel am besten wissen, was sie benötigen und was sie leisten können (Elternwille)
- Individuelle Spielräume schaffen
- Den jeweiligen Bedürfnissen entsprechende Lebensräume ermöglichen
- Chancengleichheit gewährleisten



FORUM 4: Familien und soziale Dienstleistungen

Impulsreferat: Jürgen Enke,
Geschäftsführer des AWO-Kreisverbandes
Lüneburg/ Lüchow-Dannenberg e.V., Lüneburg

Zusammensetzung des Forums 4:

Zehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus folgenden Bundesländern nahmen an der Diskussion teil:

Länder

Nordrhein Westfalen, Bayern, Saarland, Thüringen, Niedersachsen

Dienstleistungsbereiche

Geschäftsstellen verschiedener Verbandsgliederungen mit unterschiedlichen Dienstleistungsangeboten für Familien, VAMV, Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen, Familienberatungsstellen, Kindertagesstätten

Moderation und Zusammenfassung der Diskussion (S. 69):
Birgit Merkel, Vorstandsmitglied des Zukunftsforum Familie

Definition

„Familie ist, wo Kinder sind“, ist eine weitgehende Definition, die noch ergänzt werden sollte, durch: Wohn- und Paargemeinschaften sowie Freundschaften, die (im Jugendalter als peer-group) zunehmend die traditionellen Familienbeziehungen ergänzen bzw. ersetzen.

Vorbemerkungen

„Der Zukunftsfaktor der Gesellschaft ist die Familie.“ Diese Sichtweise blendet die aktuelle demographische Entwicklung aus und negiert die zunehmende Notwendigkeit der Öffnung unserer Gesellschaft für Migranten; damit entlarvt sich diese Sichtweise als zutiefst konservativ.

Nach Dr. Bertram beeinflusst die öffentliche Debatte die reale Lebenswirklichkeit der Menschen und Interventionen bei Problemgruppen sind erfolgreich. Die Kenntnis dieser Fakten erhöht die Verantwortung von Politik, Verbänden und Akteuren in der sozialen Arbeit für die gesellschaftliche Entwicklung.

Zum „Kunden“-begriff in der sozialen Arbeit: Das Vorhandensein eines „Kunden“ setzt voraus, dass der Kunde selbstständig und frei entscheidet, welche Dienstleistung er für welchen Preis kauft. Bei den Angehörigen der sog. „sozial Benachteiligten“ ist dies sicher nicht der Fall – sie sind nach wie vor Objekt (abnehmender) staatlicher fürsorglicher Leistungen. Kunden dagegen dürften in bürgerlichen Kreisen in der Regel

zu finden sein; dazwischen gibt es sicher eine „Grauzone“. Für die letztgenannten Personengruppen („Kunden“) wird es sicher auch zukünftig eine ganze Reihe von Angeboten geben, die je nach aktueller gesellschaftlicher Entwicklung sowie dem Entstehen (und Verschwinden) von „Modeangeboten“, kommerziell zu betreiben sind, in Selbsthilfegruppen bearbeitet werden können oder aufgrund der durchaus jeweils vorhandenen bürgerlichen Lobby kommunal befriedigt werden. Dieser Zielgruppe soll hier jedoch keine besondere Aufmerksamkeit zuteil werden, vielmehr liegt der Focus hier auf der Gruppe der:

Ganzheitlich benachteiligten Familien

Diese Gruppe zeichnet sich aus durch das Vorhandensein einer Reihe von Merkmalen, die in der Regel zusammentreffen:



Strukturvorschläge für zukunftsorientierte Dienstleistungen für diese Zielgruppe

Vor diesem Hintergrund ergibt sich eine Empfehlung der Entwicklung von Dienstleistungen nach der folgenden Struktur:



Ergänzt werden müssen diese Maßnahmen mit einer überdurchschnittlichen präventiven Förderung der Kinder

- ganztags
- an Wochenenden und Feiertagen („Kinderhotel“)

und natürlich durch die guten alten drei Standbeine der Sozialarbeit:

- persönliche Hilfe
- Gruppenarbeit
- Gemeinwesenarbeit

Birgit Merkel,
Vorstandsmitglied des Zukunftsforum Familie

Gesprächsinhalte und Fragestellungen

- Für welche Zielgruppen haben wir Angebote?
- Welche Ressourcen bringen die Kunden mit?
- Was bedeutet für uns Dienstleistung?

Fazit

Die vorhandenen Dienstleistungen wenden sich insbesondere an benachteiligte Bevölkerungsgruppen und werden von diesen unterschiedlich in Anspruch genommen. Mit der Erstellung eines Stärken und Schwächeprofils der Kunden werden die unterschiedlichen Ressourcen festgestellt. Sie bilden in den unterschiedlichen Dienstleistungsprozessen eine gute Basis für die Ausgestaltung des Dienstleistungsangebotes.

Das Dienstleistungsangebot soll u.a. folgende Kriterien berücksichtigen

- Es soll Partizipationsmöglichkeiten enthalten
- Es soll die gesamte Familie erfassen
- Ganzheitlichkeit
- Es soll Sprachdefizite überwinden
- Es soll auch die Kinder und Familien erreichen, die Scheu vor öffentlichen Institutionen haben

Aufgrund der Zunahme von Menschen mit Migrationshintergrund im Dienstleistungsprozess, stellen sich für Dienstleister neue Fragestellungen, die es im Interesse der Kunden zu lösen gilt.

- Wie finden wir den Zugang zu diesen

Kunden?

- Haben wir die richtigen Angebote für diese Kunden?
- Finden wir die richtige Ansprache und die notwendigen Methoden für diese Kunden?
- Wie sichern wir in Zukunft bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen unsere Dienstleistungen ab?

Mögliche Strategien

- Ausnutzung der Orte der Begegnung, um Schwellenängste der Kunden zu überwinden. Z.B. über den Weg der Vernetzung von Träger übergreifenden oder von vorhandenen Trägerangeboten, Kindertagesstätten, Stadtteilzentren, Mütterzentren,...
- Analyse des Dienstleistungsumfeldes und den dort vorhandenen Angeboten.
- Planung von kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Strategien zur Erschließung und Verknüpfung unterschiedlicher Dienstleistungsangebote
- Schaffung von Netzwerken
- Intensivierung von Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring.
- Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Erhebung eines Unkostenbeitrages für die angebotene Dienstleistung, je nach finanziellen Möglichkeiten der Kunden.
- Erschließung von finanziellen Ressourcen
- Politische Aushandlungsprozesse, Kosten-Nutzen-Analyse sozialer Dienstleistungen unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten.



In der Familie liegt die gesellschaftliche Zukunft

Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin



80

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Damen und Herren, gern bin ich Ihrer Einladung zur 1. Fachtagung des neu gegründeten „Zukunftsforums Familie“ gefolgt. Auf dieser Veranstaltung geht es um wichtige Weichenstellungen Ihres Verbandes.

Sie wollen die zentralen Perspektiven für die Zukunft von Familien entwickeln und die eigenen Ziele und Schwerpunkte ihres familienpolitisches Handeln bestimmen.

Vor dem Hintergrund der raschen gesellschaftspolitischen Veränderungen in unserem Land ist dies keine leichte Aufgabe.

Ich bin überzeugt, dass von Ihrem Verband wichtige Impulse für eine auf die Zukunft von Familien gerichtete Politik ausgehen werden. Ich erwarte mit Interesse die Ergebnisse Ihrer Tagung und freue mich auf eine gute Diskussion am heutigen Vormittag.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Familie lebt und hat Zukunft. Sie ist und bleibt für die allermeisten Menschen die gewünschte Lebensform und der wichtigste Bereich in ihrem Leben. Familie gibt Menschen Geborgenheit, Zusammenhalt und privates Glück. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Familien ist ein wesentlicher Bestandteil unseres sozialen Gefüges.

Gerade in der jungen Generation ist die Wertschätzung der Familie eindrucksvoll gewachsen: die Mehrzahl der jungen Menschen erklärt heute die Familie zu ihrem wichtigsten Rückhalt.

Familie bleibt von den beschleunigten gesellschaftlichen Veränderungen nicht unberührt. Wir haben es zu tun mit hohen Scheidungszahlen, mit einer wachsenden Zahl an Elternteilen, die ihre Kinder allein großziehen, und mit neu zusammengesetzten Familien.

Bei allen Veränderungen ist Familie erfreulich stabil. 78 Prozent aller Kinder wachsen nach wie vor mit ihren beiden leiblichen Eltern und Geschwistern auf.

Familie stabilisiert die Gesellschaft. Als Leistungsträger und als soziale Mitte gehören Familien in das Zentrum gesellschaftlichen

81

In der Familie liegt die gesellschaftliche Zukunft

Interesses. Es geht um gute Rahmenbedingungen für die Lebensform, die sich die große Mehrheit unserer Bevölkerung wünscht und die Garant unserer Zukunft ist.

Trotzdem hat Deutschland zu wenig Kinder! Mit einer Geburtenrate von 1,29 (2001) Kindern nimmt Deutschland in der EU mit den drittletzten, bei 191 Staaten der Welt den 180. Rangplatz ein.

Zwar stehen Kinderwünsche in den Prioritäten junger Menschen ganz weit oben – über 80 Prozent der jungen Menschen wünschen sich Kinder –, jedoch werden diese vor allem von gut qualifizierten Frauen nicht umgesetzt. In der Folge bleiben zu viele Frauen kinderlos. Ein Drittel der Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 zum Beispiel ist kinderlos, 41 Prozent der bis zu 39 Jahre alten Akademikerinnen ebenso.

Kinderlosigkeit kann eine bewusste Entscheidung gegen Kinder sein; in der Mehrzahl ist sie jedoch nicht gewollt und bei den allerwenigsten biologisch erzwungen. Sie entsteht, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen, dadurch wird der Kinderwunsch immer weiter verschoben, bis es dann zu spät ist, die Frau sich selbst zu alt fühlt oder es nicht mehr „klappt“ – der Kinderwunsch wurde „versäumt“.

Versäumte Kinderwünsche heißen aber auch versäumte Lebensträume und versäumtes Glück, eigene Kinder zu erleben.

Aufgabe der Politik ist nicht, Menschen den Wunsch nach Kindern einzureden, sondern vorhandene Kinderwünsche erfüllen zu können.

Weniger Kinder bedeuten in einem entwickelten Land wie dem unseren auch weniger Wohlstand!

Weniger Kinder bedeuten in einem entwickelten Land wie dem unseren auch weniger Wohlstand! Eine derart schrumpfende Bevölkerung beeinträchtigt

unser Wirtschaftssystem: Unternehmen verkaufen weniger Produkte und Dienstleistungen, da die Kundschaft zurück geht, Immobilien verlieren an Wert, wenn Wohnungen leer stehen. Unternehmen rechnen in den nächsten Jahren mit einem spürbaren Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Die Alterung unserer Gesellschaft hat Folgen für die Arbeitsproduktivität und die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Wenig Kinder werden nicht irgendwann in drei, vier Jahrzehnten zu Problemen führen, sondern bedeuten schon heute weniger Wachstum und weniger Wohlstand für uns alle.

Wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung, vor allem ein modernes Integrationsgesetz, aber auch dies kann unsere Probleme nicht lösen. Wir müssen in Zukunft die demografische Entwicklung stärker gestalten. Für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung ist eine Familienpolitik erforderlich, die die Lebensvorstellungen junger Menschen aufnimmt und deren Verwirklichung

ermöglicht. Nachhaltige Familienpolitik muss Männern und Frauen ihre Kinderwünsche verwirklichen helfen und gleichzeitig sicherstellen, dass sie ihre Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit entfalten können. Wesentliche Voraussetzung ist eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt.

Dies zeigen die Beispiele europäischer Nachbarländer wie Frankreich und Schweden aber auch von einzelnen Kommunen in unserem Land.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen hier gemeinsam Prioritäten schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eltern wollen die Erziehung ihrer Kinder ohne finanzielle Not leisten und ihren Kindern ein Aufwachsen frei von sozialer Ausgrenzung ermöglichen. Wo ihnen dies aus eigener Kraft nicht gelingt, ist es Aufgabe des Staates die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

In der letzten Legislaturperiode haben wir die Einkommenssituation von Familien durch steuer- und familienpolitische Maßnahmen erheblich verbessert. Insgesamt stieg das Volumen der familienpolitischen Leistungen und steuerlichen Maßnahmen für Familien, an denen der Bund finanziell beteiligt ist, von rund 40 Milliarden Euro (1998) bis zum Jahr 2003 auf nahezu 59 Milliarden Euro an.

Die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse von Familien werden maßgeblich durch die Möglichkeit zur Teilhabe von Vätern und Müttern am Arbeitsmarkt geprägt.

Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung. Länger andauernde Arbeitslosigkeit führt im Zusammentreffen mit anderen „Risikofaktoren“ in zu vielen Familien zu Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 weitreichende Reformen in Wirtschaft und Arbeit, Gesundheit, Finanzen und Bildung beschlossen, mit denen die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland gestärkt und die Sozialsysteme modernisiert werden. Ich habe versucht, hier die Interessen der Familien und Frauen einzubringen.

Leistungen zielgenau denen zu gute kommen zu lassen, die sie wirklich benötigen, ist dabei die Maxime der Bundesregierung. Im Zentrum steht dabei für uns die Vermeidung und der Abbau von Armut von Familien, vor allem von Kindern.

Mit der Einführung eines Kinderzuschlages ist ein erster wichtiger Schritt für eine gezielte Bekämpfung von Kinderarmut getan. Hierbei handelt es sich um ein Instrument, das ausbaufähig ist.

Es soll verhindert werden, dass Familien allein wegen ihrer Kinder auf Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld angewiesen sind. Damit werden ab dem 1. Juli 2004 rund 150.000 Kinder von heute 1,06 Millionen Kindern und deren Familien aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II herausgeholt werden können. Eltern werden unterstützt, ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit selbst zu verdienen, denn die eigene Anstrengung zur Erwerbstätigkeit ist dringend notwendig.

Erreicht haben wir für die tatsächlich Alleinerziehenden eine auf Dauer geltende steuerliche Regelung. Ein neuer Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr soll haushaltsbedingte Mehrbelastungen dauerhaft berücksichtigen, die tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben. Ein neuer Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr soll haushaltsbedingte Mehrbelastungen dauerhaft berücksichtigen, die tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben. Ein neuer Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr soll haushaltsbedingte Mehrbelastungen dauerhaft berücksichtigen, die tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben. Ein neuer Steuerfreibetrag in Höhe von 1.300 Euro pro Jahr soll haushaltsbedingte Mehrbelastungen dauerhaft berücksichtigen, die tatsächlich Alleinerziehende gegenüber Paarfamilien haben.

Vor dem Hintergrund der erforderlichen Haushaltskonsolidierung waren Einsparungen im Erziehungsgeld notwendig. Rund 95 Prozent der Eltern, die bisher Erziehungsgeld in den ersten 6 Monaten bekommen haben, werden weiterhin in den ersten 6 Monaten volles Erziehungsgeld erhalten.

Das Absenken des einkommensabhängigen Erziehungsgeldes ab dem 7. Monat, das notwendig wurde, um das Einsparziel zu erreichen, schmerzt mich sehr. Aber die Alternativen, zusätzliche Schulden zu machen, Investitionen zu senken oder bei Bildung und Forschung zu sparen, verbieten sich meines Erachtens von selbst.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland reduziert sich allzu häufig die familienpolitische Diskussion auf den materiellen Aspekt. Hier haben wir aber nicht die größten Defizite: im europäischen Vergleich liegen wir bei den materiellen Leistungen im oberen Drittel.

Schlusslicht sind wir jedoch bei den Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsleistungen, und das sowohl in Quantität als auch in Qualität.



Diese falsche Prioritätensetzung verbunden mit einer jahrzehntelangen ideologisierten Debatte über den angeblichen Niedergang der Familien durch ergänzende Betreuung und verantwortungslose Rabenmütter hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Wir haben eine der niedrigsten Geburtenraten europaweit und weltweit eine niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen, schlechtere PISA-Ergebnisse und eine beschämend hohe Kinder- und Familienarmut.

Wir haben eine der niedrigsten Geburtenraten europaweit und weltweit eine niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen, schlechtere PISA-Ergebnisse und eine beschämend hohe Kinder- und Familienarmut.

Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass überall dort, wo es genügend qualifizierte Tagesbetreuung gibt, die Geburtenrate deutlich höher ist als in Deutschland und diese auch mit einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen einhergeht.



Im Sinne eines investiven Sozialstaats setzen wir deshalb auf einen spürbaren Ausbau der Infrastruktur für Kinder und Familien. Unser Ziel ist es, für Kinder aller Altersgruppen bis zum Jahr 2010 eine bedarfsgerechte Angebotsstruktur zu schaffen.

Wir setzen auf differenzierte Angebote für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen: in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig, in Ganztagschulen und Horten als auch Ganztagskindergärten und in der Kleinkindbetreuung – sei es in kommunalen Einrichtungen und denen der freien Wohlfahrtspflege, durch Tagesmütter, in bürgerschaftlicher Eigeninitiative oder über kommerzielle Dienstleister.

Unbeschadet aller Haushaltsdiskussionen und notwendigen Einsparungen steht der Bund zu dem 4 Milliarden Euro Programm für Ganztagschulen und den 1,5 Milliarden Euro für den Betreuungsausbau für die Kleinsten. Für keine dieser Aufgaben ist der Bund originär zuständig.

Mit einer guten Betreuung können wir helfen, die Lebenswünsche vieler Menschen zu realisieren. Wir leisten damit einen Beitrag, die Balance zwischen verschiedenen Lebenssphären zu verbessern, zum Beispiel die zwischen Beruf und Familienleben. Und wir wollen den Schritt hin zur Familiengründung erleichtern.

Der Betreuungsausbau ist keine Notlösung, er dient ebenso sehr dem Kindeswohl: Kin-

der brauchen andere Kinder. Kinderbetreuung ist gut für die Entwicklung unserer Kinder, denn sie kommen auf diese Weise sehr früh in den Genuss von Bildung und Förderung.

Kinderbetreuung ist gut für die Entwicklung unserer Kinder, denn sie kommen auf diese Weise sehr früh in den Genuss von Bildung und Förderung.

Neben dem Ausbau der Betreuungsangebote rücken wir Ziele und Wege frühkindlicher Förderung ins Zentrum. Chancengerechtigkeit und bestmögliche Förderung sind die Voraussetzungen für die Verwirklichung individueller Lebensziele und die verantwortliche Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft.

In keinem Land Europas und der OECD-Staaten entscheidet die Herkunft so sehr über die Bildungsabschlüsse wie bei uns. Es sind jedoch die Startchancen in den ersten sechs Lebensjahren, die über den späteren Lebensweg und die Lebenskarrieren von Menschen entscheiden. Deshalb ist frühe Förderung im Rahmen von der Kinderbetreuung so entscheidend. In Deutschland wird dagegen das meiste Geld für Gymnasien und das wenigste für die Kleinkindbetreuung ausgegeben.

Wir wollen verhindern, dass Gruppen unserer Gesellschaft wie zum Beispiel Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern oder aus Migrantenfamilien von Bildungschancen ausgeschlossen werden. Die Politik hat die Ver-

pflichtung, allen Kindern in unserem Land zu einem gerechtem Zugang zu Förderung und Bildung zu verhelfen.

Die Bundesregierung unterstützt und befördert den Prozess, gemeinsam mit den Ländern zu einer inhaltlichen Plattform zur frühkindlichen Förderung zu kommen. Im Rahmen der „Nationalen Qualitätsinitiative“ hat das von meinem Haus in Auftrag gegebene Gutachten von Prof. Fthenakis „Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland“ die Dringlichkeit von Ausbau und Verbesserung der Kindertageseinrichtungen ausdrücklich bekräftigt.

Natürlich kommt hierbei auch den Schulen eine wichtige Rolle zu. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ unterstützen wir den Aufbau von zusätzlichen Ganztagschulen. Es wird der Anstoß für ein bedarfsgerechtes Angebot in allen Regionen gegeben.

Unser Ziel ist es, dass Deutschland in den nächsten 10 Jahren wieder zu den führenden Bildungsnationen gehört.

Unser Ziel ist es, dass Deutschland in den nächsten 10 Jahren wieder zu den führenden Bildungsnationen gehört.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Eltern sind die ersten Vorbilder ihrer Kinder. Sie geben ihren Kindern die Orientierung, die sie für ihr Leben brauchen. Ihr Verhal-

ten entscheidet in allen Lebensbereichen, in der Familie, unter Freunden, in der Schule, auch im Umgang mit Medien. Kindertageseinrichtungen und Schulen allein wären überfordert, wenn die Erziehungsarbeit des Elternhauses bei ihnen abgeladen würde.

Wir wollen und dürfen die Eltern nicht da-

Eltern müssen wissen, welche Erziehungsarbeit von ihnen erwartet wird, aber sie müssen auch gestärkt werden, diese zu erbringen.

mit allein lassen. Eltern müssen wissen, welche Erziehungsarbeit von ihnen erwartet wird, aber sie müssen auch gestärkt werden, diese zu erbringen. Die Familienverbände beispielsweise leisten einen großen Beitrag dazu. Ich sehe hier auch einen Teil ihrer Verantwortung.

Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder und füreinander. Zeit ist für Familien ebenso notwendig wie Geld. Ihre Lebensqualität bemisst sich auch aus der Balance zwischen gemeinsam verbrachter Zeit, Zeit für Erwerbsarbeit und für sich selbst.

Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass wir eine bessere Balance von Familie und Erwerbsleben brauchen. Damit diese gelingt, brauchen Familien ein unterstützendes Netz an Dienstleistungen, verlässliche und flexible Kinderbetreuung sowie eine familienbewusste Unternehmenskultur. Ziel kann es nicht sein, die familiäre Verantwortung von Müttern und Vätern in den Unternehmen für die Erwerbsarbeit un-

sichtbar zu machen. Vielmehr ist sie aktiv in eine Unternehmensstrategie einzubeziehen.

Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände signalisieren, dass die Balance von Familie und Arbeitswelt für sie einen höheren Stellenwert gewinnt.

Die Voraussetzungen dafür verbessern sich. Unternehmen, Gewerkschaften und Verbände signalisieren, dass die Balance von Familie und Arbeitswelt für sie einen höheren Stellenwert gewinnt. Auch für

Deutschland belegen mittlerweile „Betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analysen familienfreundlicher Maßnahmen“ von der Prognos AG, dass Familienfreundlichkeit Gewinn bringen kann: für die Unternehmen und ihre Mitarbeiter.

Eine gelingende Balance von Familie und Arbeitsleben benötigt das aktive Mitwirken von Unternehmen und Betriebsräten, Verbänden und Gewerkschaften. Den Schlüssel für Veränderungen im betrieblichen Alltag halten die Gewerkschaften und Unternehmen selbst in der Hand. Im Rahmen von Tarifvereinbarungen und innerbetrieblichen Lösungen können sie sich stärker für die Entlastung von Familien einsetzen. Gemeinsame Anstrengungen sind gefragt für die Entwicklung von flexiblen Arbeitszeitformen, individueller Arbeitsorganisation, einer familienfreundlichen Unternehmenskultur und unterstützenden Dienstleistungen.

Ich setze auf eine solche partnerschaftliche Kooperation zwischen Wirtschaft und Poli-

tik in einer „Allianz für Familie“. Als Promoter beteiligen sich Wirtschaftsvertreter und Gewerkschaftsvorsitzende, Publizisten und Wissenschaftler mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung. Wir brauchen Vereinbarungen und arbeitsteilige Selbstverpflichtungen aller Beteiligten. Durch eine enge und zielgerichtete Kooperation werden wir an den gemeinsamen Interessen ansetzen und gemeinsame Chancen nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familienfreundlichkeit muss sich im Alltag beweisen, im Stadtteil und im Betrieb.

Familienfreundlichkeit muss sich im Alltag beweisen, im Stadtteil und im Betrieb.

lokalen Ebene und im direkten Austausch lassen sich Defizite Schritt für Schritt gezielt abbauen und Familienfreundlichkeit zu einem kommunalen Markenzeichen aufbauen. Zahlreiche Städte, Kommunen und Gemeinden verfügen hierbei bereits über gute Erfahrungen.

Im Interesse des Bundes ist es, die kommunalen Akteure bei der Entwicklung und Umsetzung von familienfreundlichen Maßnahmen zu unterstützen. Darum geht es in unserer Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“. Mein Ministerium will einen Anstoß geben, vorhandene Aktivitäten und Kenntnisse auszutauschen und weitere Partner für mehr Familienfreundlichkeit zu gewinnen.



Auch diese Initiative wird von prominenten Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt. Eine Anlauf- und Beratungsstelle des BMFSFJ steht interessierten Kommunen, Unternehmen, Verbänden und anderen zur Verfügung.

Ziel ist es, zu einer großen Zahl der „Lokalen Bündnisse für Familien“ zu kommen, denn sie sind wichtige Kooperationen auf dem Weg in eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft.

Wir rufen Sie zu einer breiten Unterstützung dieser Bündnisse auf. All das, was ich hier genannt habe, sind lohnende Investitionen in die Zukunft und genauso wichtig für die Modernisierung unseres Landes wie die Reformen des Arbeitsmarktes oder der Sozialsysteme.

Bleibt es nämlich beim Status quo, wird es in absehbarer Zeit heißen: „Ohne Kinder sehen wir ganz schön alt aus.“



Podiumsdiskussion

Innovative Familienpolitik trotz leerer Kassen

88

Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin,
Hans-Jörg Seeh, Stellv. Vorsitzender des Deutschen Vereins
Steffen Reiche, Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Wilhelm Schmidt, Stellv. Vorsitzender des AWO-Bundesverbandes
Christiane Reckermann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie
Moderation: Bärbel Romanowski, Freie Journalistin, Berlin

Die Podiumsteilnehmer und -teilnehmerinnen diskutierten verschiedene Fragen:

Agenda 2010 ist die größte Sozialreform – Was heißt:
Fördern und Fordern für die Familienpolitik der Bundesregierung (einerseits Kinderzuschlag – andererseits Sparen, zB. Schließen von Familienberatungsstellen)?

Bundesregierung tut viel – aber Menschen reagieren nicht allumfassend positiv. Ist das ein Vermittlungsproblem (Politikverdrossenheit, Demokratieverständnis – Auswirkung auf Familienarbeit, Erziehung)?

Chancengleichheit – warum ist Kindererziehung nach wie vor vor allem Frauensache, welche Möglichkeiten habe Sie, dass zu ändern?

Kinder als Armutsrisiko Nummer eins. Chancengleichheit für Kinder aus sozial schwachen Familien?

Ausländische Familien – was kann der neue Familienverband der AWO für Sie tun?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Stand der Dinge und wie ist Bereitschaft der Industrie zu noch besserer Förderung?

Wie wirkt sich die Politik der Bundesregierung (Reformen 2010) auf Brandenburger Familien aus?

Sie müssen sparen. (Zuschüsse für Vereine, Familienurlaub). Führt das zu Einbrüchen in der Qualität des Beratungs- und Betreuungsangebotes für Familien und wie kompensieren Sie das?

3/2004 wird es weitere Kürzungen im Kitabereich geben. Dabei hat die Kinderbetreuung in ihrer Verfassung ihren Platz! Wie ist der Versorgungsgrad und was sagen Sie den künftigen Eltern?

Wie garantieren Sie, dass die Erzieherinnen in den Kitas fit sind – welche Mindeststandards gibt es und wie ist die Weiterbildung?

Was tun Sie für Familien in Gebieten aus denen die Jugend abgewandert ist, weil es keine Arbeit gibt?

89

Podiumsdiskussion

Gesellschaftlicher Stellenwert und Sensibilität für Familie – wie beeinflusst man das aus ihrer Sicht z.B. konkret mit Ihren Erfahrungen in der Kommune?

Was bedeute: Familienpolitik ist Querschnittsaufgabe für die Kommunen (Infrastruktur, Städteplanung)?

Ehrenamt und seine Bedeutung und vor allem, wie motiviert man Leute vor Ort dafür, sich für Familien zu engagieren?

Welche Rahmenbedingungen schafft Politik, damit dieses Land zu einem wirklich familienfreundlichem wird?

Welchen Stellenwert hat Familie in der Öffentlichkeit?

Wie trägt die Politik den völlig veränderten Lebensläufen Rechnung (keine ununterbrochenen Erwerbsbiographien mehr)?

Wozu braucht dieses Land Ihren neuen Familienverband? Was ist sein Alleinstellungsmerkmal – unterscheidet ihn von allen anderen?

Können Sie mit den Rahmenbedingungen, die Ihnen die Politik stellt, leben? Welche Erwartungshaltung haben Sie in Bezug auf eine Besserstellung der Familien?

Allianzen, Bündnisse, Ehrenämter – reicht das oder ist ein Punkt ihrer Arbeit auch das kritische Hinterfragen der vorhandenen Möglichkeiten?

Familien zu stärken, heißt vor allem Kompetenz aufzubauen. Wie konkret werden Sie das mit dem Zukunftsforum Familien e.v. tun?



Das Zukunftsforum Familie wurde am 26.10.2002 in Berlin auf Initiative der Arbeitswohlfa hrt hin gegründet. Auf der Gründungsveranstaltung des familienpolitischen Fachverbandes Zukunftsforum Familie erklärte Dr. Manfred Ragati, AWO-Bundesvorsitzender:

„Wir wollen alle Kräfte für Familien in Deutschland bündeln, wir wollen uns in die politische Diskussion einmischen und eine moderne Familienpolitik mitgestalten“.

Das Zukunftsforum Familie versteht Familie als eine Vielfalt von familialen Lebensformen, die unterschiedlichste gesellschaftliche Gruppen in den Blick nimmt. Aus diesem Grunde setzen wir uns für die Gestaltung eines sozialen, gesellschaftlichen und politischen Weges ein, der starke Kinder und Jugendliche hervorbringt, der die Chancengerechtigkeit für Frau und Mann garantiert, der Eltern- und Erziehungskompetenzen stärkt und die Vielfalt der Kulturen integriert.

Wir setzen uns als familienpolitischer Fachverband für eine Familienpolitik ein, die sich an solidarischen und demokratischen Zielen orientiert. Damit tragen wir der heutigen gesellschaftlichen Notwendigkeit Rechnung, den Wandel „der Familie“ anzuerkennen und sozialstaatlich zu unterstützen, denn nach wie vor sind Familien das Zentrum der Gesellschaft.

Familien gewährleisten die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. In diesem Sinne

zählt sich eine nachhaltige Familienpolitik, die in qualitativ hochwertige Jugendhilfe- und Bildungspolitik investiert, für alle aus.

Darüber hinaus sehen wir in der Gemeinschaft der Generationen die Chance zur familiären Unterstützung. Vielfältige soziale Netzwerke für Familien gehören für uns zu einer demokratischen Zukunft.

Auf der Grundlage dieses modernen Familienverständnisses ist es unser Ziel, entsprechende Fachpolitik und Lobbyarbeit zu leisten. Diese anspruchsvolle Entwicklungsaufgabe setzt das Zukunftsforum Familie in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, Organisationen und Selbsthilfegruppen – auf nationaler und internationaler Ebene – um.

Unsere Arbeitsweise

Das Zukunftsforum Familie arbeitet in enger Zusammenarbeit mit den Einrichtungen und Diensten für Familien.

Es nutzt die unmittelbaren Erfahrungen vor Ort und diskutiert die Erkenntnisse mit Expertinnen und Experten, um sie gemeinsam in familienpolitische Konzepte münden zu lassen. Diese werden in der Öffentlichkeit verbreitet und gegenüber Politikerinnen und Politikern vertreten.

Die ehrenamtliche Arbeit des Dialog- und Entwicklungsprozesses wird unterstützt durch drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle.

Unser Verständnis von Familienpolitik

Das Zukunftsforum Familie steht für eine Familienpolitik, die sich an den solidarischen und demokratischen Grundwerten unserer Gesellschaft orientiert und sich für alle familialen Lebensformen einsetzt.

Die gelungene Anpassung der Familie als Sozialform an komplexe gesellschaftliche Veränderungen ist für uns die größte Herausforderung von Familienpolitik.

Wir verstehen Familienpolitik als Querschnittsaufgabe, die alle Generationen betrifft. Eine nachhaltige Familienpolitik hat sich deshalb neben den klassischen Unterstützungsleistungen für Familien, wie sie z.B. im KJHG festgelegt sind, auch mit anderen Politikfeldern, wie z.B. Wohnungs- und Verkehrspolitik, Ökologie und Gesundheitspolitik, Beschäftigungs- und Sozialpolitik etc., zu befassen.

Unser Familienbegriff

Familien sind für uns das Zentrum der Gesellschaft, wobei es für uns „die Familie“ nicht gibt.

Es existiert kein universelles gesellschaftliches Grundmuster familialen Zusammenlebens. Die biologischen Bedingungen des menschlichen Überlebens bestimmen nur in allgemeinste Weise die Form und Struktur der Familie.

Die soziale Bedeutung der Familie wird gesellschaftlich festgelegt und kann nicht aus dem historischen Zusammenhang heraus betrachtet werden.

Familie ist für uns keine überzeitliche Konstante des menschlichen Zusammenlebens, sondern unterliegt fortwährend gesellschaftlichen Struktur- und Anpassungsprozessen.

Kontakt

Zukunftsforum Familie e.V.

Geschäftsstelle:

Marie-Juchacz-Haus
Oppelner Straße 130
53119 Bonn

Tel.: 0228/6685-260

Fax: 0228/6685-209

E-mail: low@awobu.awo.org





Rückblick – die Einladung

„Familien – unsere Investition in die Zukunft“

27./28. Oktober 2003, Berliner Rathaus, Alexanderplatz

Das Zukunftsforum Familie lädt auf seinem 1. Fachkongress in Berlin dazu ein, gemeinsam mit Politik, Wissenschaft und Praxis zukunftsweisende Wege für Familien zu entwickeln.

Der Umsetzung einer prospektiven Familienpolitik steht eine denkbar schlechte Ausgangslage gegenüber: Die Haushaltskassen sind leer und die Alterung unserer Gesellschaft bedroht die sozialen Sicherungssysteme. Zudem muss die Familienpolitik für unterschiedliche familiäre Lebensformen Integrationslösungen finden. Vor diesem Hintergrund lauten die zentralen Fragestellungen des ersten Tages:

- Wie sehen die unterschiedlichen Lebenslagen von Familien aus?
- Wo setzt die Familienpolitik von heute an und was muss sie für die Zukunft tun?

Unter dem Motto „Wir entwickeln die Zukunft gemeinsam – Was brauchen die Familien von morgen?“ werden am zweiten Tag des Fachkongresses mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu unterschiedlichen Themenfeldern gesellschaftliche, soziale und politische Perspektiven für die Familien von morgen entwickelt.

Programm	
Montag, 27.10.2003	
13.30 – 13.45 Uhr	Begrüßung Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie
13.45 – 14.15 Uhr	Grußwort Klaus Böger, Senator für Bildung, Jugend und Sport, Berlin
14.15 – 14.30 Uhr	Einführung in die Tagung Magda Göller, Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie
14.30 – 15.15 Uhr	„Lebenslagen von Familien heute – Anforderungen an die Politik von morgen“ Prof. Dr. Hans Bertram, Vorsitzender der Kommission für den 7. Familienbericht
5.15 – 16.00 Uhr	Diskussion im Plenum
16.00 – 16.30 Uhr	Kaffeepause
16.30 – 17.00 Uhr	„Familien im Zentrum der Politik“ Kerstin Griese, Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Bundestages
17.00 – 17.30 Uhr	Diskussion im Plenum

Programm	
Dienstag, 28.10.2003	
09.00 – 09.30 Uhr	Familie im Spiegel der Kunst „Die Gorillas“ – Improvisationstheater
09.30 – 11.00 Uhr	Familien als Investition in die Zukunft Ideenwerkstatt „Wir entwickeln die Zukunft gemeinsam“
Parallele Zukunftsforen:	
Forum 1: Familien und kommunale Sozialpolitik Hans Jörg Seeh, ehem. Bürgermeister der Stadt Freiburg	
Forum 2: Familien und Arbeitswelt Prof. Dr. Irene Gerlach, Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster; Projekt Mittelstand und Familie	
Forum 3: Familien und Generationengemeinschaft Dr. Gisela Notz, Friedrich-Ebert-Stiftung	
Forum 4: Familien und soziale Dienstleistungen Jürgen Enke, AWO-Lüneburg	
11.00 – 11.30 Uhr	Kaffeepause
11.30 – 12.00 Uhr	„In der Familie liegt die gesellschaftliche Zukunft“ Bundesfamilienministerin Renate Schmidt
12.00 – 13.00 Uhr	Podiumsdiskussion – Innovative Familienpolitik trotz leerer Kassen Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin Steffen Reiche, Minister für Bildung, Jugend und Sport, Land Brandenburg Hans-Jörg Seeh, ehem. Bürgermeister der Stadt Freiburg Wilhelm Schmidt, stellv. Vorsitzender AWO-Bundesverband Christiane Reckmann, Vorsitzende Zukunftsforum Familie
Moderation der Tagung Bärbel Romanowski, Freie Journalistin, Berlin	



Begrüßung und Einführung in die Tagung

CHRISTIANE RECKMANN

Vorsitzende des Zukunftsforum Familie, Hannover
Studium der Sozialarbeit an der ev. Fachhochschule Hannover,
Dezernentin für Kindertagesstätten/ Tagespflege und Kinderpolitik
im Landesjugendamt Niedersachsen

KLAUS BÖGER

Senator für Bildung, Jugend und Sport, Senatsverwaltung Berlin
Studium der Politologie/ Staatsrecht an der Freien Universität
Berlin, Dezember 1999 Bürgermeister von Berlin und Senator für
Schule, Jugend und Sport, seit Januar 2002 Senator für Bildung,
Jugend und Sport

MAGDA GÖLLER

Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie, Bonn
Erzieherin, Studium der Psychologie an der freien Universität Berlin,
1990 – 2002 Referentin bei der Arbeitsgemeinschaft für Jugend-
hilfe, seit 2002 Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie

BÄRBEL ROMANOWSKI, Moderation

freie Journalistin und Moderatorin, Berlin
Journalistik-Diplom an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, seit
1994 freie Journalistin und Moderatorin in Berlin, wo sie seit 1998
eine PR-Agentur für Medien und Politikberatung betreibt.

Referentinnen und Referenten

PROF. DR. HANS BERTRAM

Humboldt-Universität zu Berlin, Mikrosoziologie Institut für Sozial-
wissenschaften Philosophische Fakultät III, Berlin
Studium der Soziologie, Psychologie und Jura in Münster und
Mannheim, seit 1992 Universitätsprofessor für Mikrosoziologie an
der Humboldt-Universität zu Berlin, 2003 Vorsitzender der Sach-
verständigenkommission für den Siebten Familienbericht.

KERSTIN GRIESE

Vorsitzende des Ausschusses für Familien, Senioren,
Frauen und Jugend des Bundestages, Berlin
Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Heinrich-
Heine-Universität Düsseldorf, seit 2002 Vorsitzende des Bundes-
tagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

HANSJÖRG SEEH

Erster Bürgermeister a.D. der Stadt Freiburg
Erster Bürgermeister der Stadt Freiburg von 1998-2002, Stellver-
tretender Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

PROF. DR. IRENE GERLACH

Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster
Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie in Düsseldorf
und Bielefeld, seit 1987 Wissenschaftliche Assistentin und Hoch-
schuldozentin am Institut für Politikwissenschaften der WWU Mün-
ster, 2001 apl. Professur, Professur- und Lehrstuhlvertretung an
den Universitäten und Hochschulen Vechta, Freiburg und Wupper-
tal, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates für Familienfragen
beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

DR. GISELA NOTZ,

Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte Friedrich-Ebert
Stiftung, Bonn
Studium der Industriesoziologie, Arbeitspsychologie und Erwach-
senenbildung in Berlin, Promotion Dr. phil. TU Berlin, seit 1979
wissenschaftliche Referentin in der Friedrich-Ebert-Stiftung, seit
1978 Lehrbeauftragte an den Universitäten TU Berlin, Hannover,
Marburg, Essen und FH-Jena, SS 2000 Key-Professor an der Inter-
nationalen Frauenuniversität in Hannover.

Podiumsgäste

RENATE SCHMIDT

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

STEFFEN REICHE

Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg
Studium der Theologie am Sprachkonvikt Berlin, von 1994-1999
Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes
Brandenburg, seit Oktober 1999 Minister für Bildung, Jugend und
Sport des Landes Brandenburg.

WILHELM SCHMIDT

Stell. Vorsitzender des AWO-Bundesverbandes
Ausbildung für den gehobenen Dienst der Kommunalverwaltung,
Diplom der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie, seit 1972 in
der Kommunalpolitik, seit 1987 Mitglied des Bundestages

HANSJÖRG SEEH

Erster Bürgermeister a.D der Stadt Freiburg

CHRISTIANE RECKMANN

Vorsitzende des Zukunftsforum Familie, Hannover

Die Geschäftsstelle des zukunftsforum Familie e.V.

MAGDA GÖLLER

Dipl. Psychologin, Geschäftsführerin des Zukunftsforum Familie, Bonn

EVELIN KLEIN

Dipl. Sozialwissenschaftlerin, Referentin des Zukunftsforum
Familie, Bonn

MANUELA LOWAK

Fremdsprachenkorrespondentin, Sachbearbeiterin des
Zukunftsforum Familie, Bonn



Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Altenkirch Kristina, Stiftung SPI, Berlin | Baba A., Stiftung SPI, Berlin | von Barga Petra, AWO Bezirksverband Hannover | Beckers Gerhard, AWO Bezirksverband Westliches Westfalen, Dortmund | Bennühr Karin, BMFSFJ, Berlin | Bertram Hans, Prof. Dr., Humboldt-Universität zu Berlin | Blumenmeyer Lutz, Landkreis Ohrekreis, Haldensleben | Böger Klaus, Senator für Bildung, Jugend und Sport, Berlin | Bonnemann-Böhner Adelheid, Prof. Dr., Deutsches Müttergenesungswerk, Berlin | Brückers Rainer, AWO Bundesverband, Bonn | Cybulska A., Stiftung SPI, Berlin | Diller-Murschall Ilsa, AWO Bundesverband, Bonn | Engel Mathias, AWO Bundesverband, Bonn | Engels Dagmar, Mütterzentren Bundesverband, Berlin | Enke Jürgen, AWO Kreisverband Lüneburg, Lüchow-Dannenberg | Falconere Irene, Dr., BMFSFJ, Berlin | Feichtl Joachim, AWO Landesverband Bayern, München | Feil Michael, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn | Ferchau Antje, Lesben- u. Schwulenverband Deutschlands, Köln | Flitta Jochen, AWO Bezirksverband Hannover | Frick Rudi, AWO Rheinland/Hessen-Nassau, Koblenz | Gerlach Irene, Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster | Goeller Magda, Zukunftsforum Familie, Bonn | Griese Kerstin, Mitglied des Bundestages, Berlin | Hassolt Christine, Bundespresseamt, Berlin | Heinrich Dieter, PEV NW, Gelsenkirchen | Hillert Dieter, AWO Bezirksverband Braunschweig | Hüls Edeltraud, AWO Kreisverband Holzmin-den | Jakob Gisela, ISS Projektbüro, Berlin | Keuer Heinz, Bad Doberan | Kindsmüller-Albei, N., Stiftung SPI, Berlin | Kirsch Armin, AWO Bezirksverband Weser-Ems, Oldenburg | Klein Evelin, Zukunftsforum Familie, Bonn | Kley, B. Stiftung SPI, Berlin | König Barbara, AWO Bundesverband, Bonn | König Anneliese, Deutscher Familienverband, Berlin | König Ute, BAG Evangelische Familien-Bildungsstätten, Dortmund | Kraus Dörte, Selbsthilfeinitiative Alleinerziehender, Berlin | Lachenmair Hannes, Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen, München | Liebisch Peggy, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Berlin | Lissewski Claudia, Berlin | Lodel-Schmidt

Gertraude, BMFSFJ, Berlin | Lowak Manuela, Zukunftsforum Familie, Bonn | May-Bous Christine, AWO Bundesverband, Bonn | Meiser Rudolf, AWO Landesverband Saarland, Saarbrücken | Meißner Hans-Jürgen, Jugendamt Stadt Gelsenkirchen | Merkel Birgit, AWO Kreisverband Hannover Stadt | Metzler E., Stiftung SPI, Berlin | Meyer Sabine, Stiftung SPI, Berlin | Niemeier Hans Peter, AWO Bundesverband, Bonn | Notz Gisela, Dr., Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn | Ossa-Mopes Irene, Potsdam | Otremba Elisabeth, Landesamt für Soziales u. Familie, Suhl | Pingel Andrea, Bundesjugendkuratorium, Bonn | Plewnia Ulrike, Focus Magazin, Berlin | Putz Ulrike, Spiegel Online, Berlin | Rätthlein Monika, Woltersdorf | Reiche Steffen, Minister für Jugend, Bildung u. Sport Brandenburg | Romanowski Bärbel, freie Journalistin und Moderatorin, Berlin | Reckmann Christiane, Vorsitzende Zukunftsforum Familie, Nienstädt | Rühle Anne, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Berlin | Samietz Ursula, Landesamt für Soziales und Familie, Suhl | Seeh Hansjörg, AWO Bezirksverband Baden, Karlsruhe | Schindele Wolfgang, AWO Bezirksverband Oberbayern, München | Schiwarow Juliana, Berlin | Schmidt Renate, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin | Schmidt Wilhelm, AWO Bundesvorstand | Schrader Brigitte, Stiftung SPI, Berlin | Schumann, Brunhild, Ministerium für Arbeit, Soziales u. Frauen, Potsdam | Sinzig Birgit, AWO Akademie, Bonn | Sparr Christiane, Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin | Springborn Meike, AWO Bezirksverband Hannover | Stuecker Bernd, AWO Kreisverband Gelsenkirchen-Bottrop | Tebbe Günter, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh | Tsalastras Apostolos, AWO Bundesverband, Bonn | Dr. Urschll Anne, PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Erfurt | Uhlworm Birgit, SHIA Landesverband Brandenburg | Wagner Wiebke, Bundesforum Familie, Berlin | Wolle Martina, Stiftung SPI, Berlin | Wessels Robert, Kommissariat der deutschen Bischöfe, Berlin | Winkelmann Petra, Sozialdienst Katholischer Frauen, Dortmund

Zukunftsforum Familie e.V.

Geschäftsstelle:

Marie-Juchacz-Haus

Oppelner Straße 130

53119 Bonn

Tel.: 0228/66 85-260

Fax: 0228/66 85-209

E-mail: low@awobu.awo.org

www.zukunftsforum-familie.de